

# Stenographisches Protokoll.

67. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

VI. Gesetzgebungsperiode.

Donnerstag, 6. Dezember 1951.

## Inhalt.

### 1. Personalien.

- a) Krankmeldung (S. 2429);
- b) Entschuldigungen (S. 2429).

### 2. Bundesregierung.

Schriftliche Beantwortung der Anfrage 349 (S. 2429).

### 3. Ausschüsse.

Zuweisung der Anträge 95 bis 98 (S. 2429).

### 4. Verhandlungen.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (445 und Zu 445 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1952 (461 d. B.).

Spezialdebatte:

Gruppe I: Kapitel 1: Bundespräsident und Präsidentschaftskanzlei, Kapitel 2: Organe der Bundesgesetzgebung, Kapitel 3: Gerichte des öffentlichen Rechtes, und Kapitel 3a: Rechnungshof.

Spezialberichterstatte: Dr. Häuslmayer (S. 2429).

Gruppe II: Kapitel 7: Bundeskanzleramt, Kapitel 26, Titel 5: Zentralbüro für ERP-Angelegenheiten, und Kapitel 28, Titel 6: Staatsdruckerei.

Spezialberichterstatte: Hinterndorfer (S. 2430).

Redner: Ernst Fischer (S. 2433), Olah (S. 2439), Dr. Pfeifer (S. 2442), Ludwig (S. 2449), Dr. Kopf (S. 2454), Kranebitter (S. 2456), Dr. Pittermann (S. 2458),

Dr. Stüber (S. 2459), Eibegger (S. 2460) und Dr. Gasselich (S. 2463).

Ausschußentschließungen, betreffend die Übermittlung von Vorentwürfen von Gesetzen an den Nationalrat (S. 2430), betreffend die Vorlage eines Personalvertretungsgesetzes, betreffend einen Finanzplan für die Fortführung der öffentlichen Investitionen, betreffend Auswertung der Volkszählung hinsichtlich des Altersaufbaues der Bevölkerung und betreffend Überprüfung der Verteilung der ERP-Kredite durch den Rechnungshof (S. 2432).

Gruppe III: Kapitel 8: Äußeres.

Spezialberichterstatte: Stürgkh (S. 2465); Redner: Ernst Fischer (S. 2467), Bundesminister Dr. Gruber (S. 2479), Dr. Reimann (S. 2482), Dr. Koref (S. 2485) und Dr. Strachwitz (S. 2492);

Ausschußentschließung, betreffend Verhandlungen mit Jugoslawien wegen Regelung der Besitzverhältnisse im Grenzgebiet (S. 2466).

### Eingebracht wurde:

#### Anfrage der Abgeordneten

Sebinger, Hattmannsdorfer, Strommer, Weidenholzer, Dipl.-Ing. Pius Fink u. G. an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, betreffend Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche (358/J).

### Anfragebeantwortung:

#### Eingelangt ist die Antwort

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abg. Ernst Fischer u. G. (331/A. B. zu 349/J).

## Beginn der Sitzung: 11 Uhr 5 Minuten.

Präsident **Kunschak**: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet hat sich der Herr Abg. Weindl.

Entschuldigt haben sich die Abg. Böck-Greissau, Grubhofer, Kapsreiter und Nedwal.

Die eingelangten Anträge 95 bis 98 wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Die schriftliche Beantwortung der Anfrage 349 wurde den anfragenden Mitgliedern des Hauses übermittelt.

Wir gelangen zur Tagesordnung, das ist die **Spezialdebatte über den Bundesvoranschlag für das Jahr 1952**.

Im Einvernehmen mit den Parteien des Hauses schlage ich vor, daß die Debatte über die Gruppen I und II des Bundesvoranschlages unter einem abgeführt wird.

*Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.*

**Gruppe I: Kapitel 1: Bundespräsident und Präsidentschaftskanzlei, Kapitel 2: Organe der Bundesgesetzgebung, Kapitel 3: Gerichte des öffentlichen Rechtes, und Kapitel 3 a: Rechnungshof.**

Spezialberichterstatte **Dr. Häuslmayer**: Hohes Haus! Was die Ausgaben der ersten vier Kapitel des Bundesvoranschlages — Bundespräsident und Präsidentschaftskanzlei, Organe der Bundesgesetzgebung, Gerichte des öffentlichen Rechtes und Rechnungshof — anbelangt, so beruhen sie auf gesetzlichen Bestimmungen und betragen für das Jahr 1952 rund 25 Millionen Schilling, somit etwas mehr als ein Promille des gesamten Voranschlages. Es ist überflüssig, zu betonen, daß von Einnahmen bei diesen Kapiteln keine Rede ist.

Nun einige grundsätzliche Bemerkungen zur Geschäftsführung des Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshofes.

Der Verfassungsgerichtshof vermochte auch im abgelaufenen Berichtsjahr trotz der stärksten Belastung alle verhandlungsreifen Fälle zu erledigen. Anlässlich der Budgetberatungen wurde wiederholt die Forderung nach Zentralisierung der Wahlgerichtsbarkeit beim Verfassungsgerichtshof gestellt, die noch immer ausständig ist. In der Frage der Heranziehung der beruflichen Selbstverwaltungskörper zur Mitwirkung an der Vollziehung des Bundes und der Länder haben sich in der letzten Zeit vielfach Unstimmigkeiten ergeben, die dringend der Lösung bedürfen. Schließlich wäre es noch notwendig, in der nächsten Zeit eine Novellierung der Verfassungsbestimmungen über die Exekution der Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes zu schaffen, die sehr lückenhaft sind.

Und nun zum Verwaltungsgerichtshof, der auf eine 75jährige ehrenvolle Tradition zurückblicken kann. Lassen Sie mich hier einige wenige Zahlen anführen. Der Anfall von Beschwerden hat sich vom Jahre 1946 mit 598 bis zum Jahre 1950 auf 3060 erhöht. Der Anfall beträgt im Jahre 1951 bis zum 31. Oktober 2654, die Gesamtzahl der bisher eingebrachten Beschwerden 12.534. Der Gesamtrückstand an Beschwerden beträgt zu diesem Zeitpunkt 3805 — ist also sehr hoch —, während 8729 erledigt wurden.

Diesem ungeheuren Anfall von Beschwerden steht die mangelhafte personelle Dotierung gegenüber, sodaß eine expeditivere Erledigung nur durch Vermehrung des Personals möglich ist.

Allgemein möchte ich darauf aufmerksam machen, daß jede Ablösung reichsdeutscher Vorschriften durch österreichische Vorschriften und jede Zusammenfassung und Wiederverlautbarung von Gesetzen die Tätigkeit sowohl des Verwaltungsgerichtshofes wie auch der unteren Instanzen wesentlich beeinflussen würde.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß beide höchsten Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes Säulen der österreichischen Verfassung sind, was im vollen Ausmaße auch vom Rechnungshof gesagt werden muß. Der beste Beweis hierfür sind seine Einschauberichte. Seine Tätigkeit möchte ich mit einem Satz kennzeichnen: Eine rücksichtslose Kontrolle über die Lauterkeit der Verwaltung.

Nun noch einige Worte über die Organe der Bundesgesetzgebung. Ich finde es unter der Würde des Berichterstatters, auf die immer wieder erhobenen böswilligen und bewußten Entstellungen über die Auslagen

einzuweichen, die der Apparat der Gesetzgebung in Anspruch nimmt. Die Öffentlichkeit ist durch die Presse genau informiert; vor allem wurde sie anlässlich der Wahlen des Bundespräsidenten darüber informiert.

Sooft ich über dieses Kapitel berichtet habe, habe ich gegen die Bevormundung des vom Volk gewählten Parlamentes durch alle Alliierten protestiert. Der objektive Berichterstatter, der wahrhaftig in die große Versuchung kommt, des trockenen Tones einmal satt zu werden, kann leider nichts anderes tun, als immer wieder gegen die ungeheuerliche Ungerechtigkeit die warnende Stimme, die Stimme des Volkes, zu erheben.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat sich in der Sitzung vom 5. November mit diesen Kapiteln beschäftigt und ihnen die Zustimmung erteilt, ebenso der folgenden Entschließung:

Die Mitglieder der Bundesregierung werden ersucht, von allen Gesetzentwürfen, die zur Begutachtung an Landesregierungen und Kammern ausgegeben werden, auch eine entsprechende Anzahl dem Präsidenten des Nationalrates zu übersenden.

Namens des Finanz- und Budgetausschusses beantrage ich die Annahme dieser Kapitel einschließlich der vorgelegten Entschließung.

**Gruppe II: Kapitel 7: Bundeskanzleramt, Kapitel 26, Titel 5: Zentralbüro für ERP-Angelegenheiten, und Kapitel 28, Titel 6: Staatsdruckerei.**

Spezialberichterstatter **Hinterndorfer**: Hohes Haus! Der Finanz- und Budgetausschuß hat in seiner Sitzung vom 6. November die Gruppe II eingehendst behandelt. Wenn ich sage eingehendst, so möge dafür die Tatsache sprechen, daß in der Debatte nicht weniger als 18 Abgeordnete zu diesen Kapiteln das Wort ergriffen haben.

Die Gruppe II beinhaltet das Bundeskanzleramt, das Zentralbüro für ERP-Angelegenheiten und die Staatsdruckerei. Wenn ich nun auf das Kapitel Bundeskanzleramt eingehe, so kann ich es mir ersparen, die Detailposten anzuführen, weil jeder der Herren Abgeordneten des Hohen Hauses ein Teilheft bekommen hat, in dem die Budgetposten bekanntgegeben sind. Ich möchte nur die wichtigsten Posten herausgreifen.

Der gesamte Aufwand für das Kapitel 7: Bundeskanzleramt, beträgt rund 39 Millionen Schilling. Hievon entfallen auf den Personalaufwand rund 18 Millionen und auf den Sachaufwand rund 21 Millionen. Der Voranschlag für das Bundeskanzleramt steht auch unter den Auswirkungen der Preis-

steigerungen des Jahres 1951. Der Personalaufwand zeigt eine Erhöhung um rund 5-8 Millionen, die auf das 5. Lohn- und Preisübereinkommen zurückzuführen ist. Das Kanzleramt war bemüht, eine Reduzierung des Personalstandes vorzunehmen, diese konnte aber nicht durchgeführt werden, weil gerade im Kanzleramt das Statistische Zentralamt durch eine Fülle von Mehrarbeit belastet wurde. Wir hatten ja bekanntlich in diesem Jahr die Volkszählung, die nicht nur die Zählung der Bevölkerung, sondern auch eine Zählung der landwirtschaftlichen Betriebe, der Gebäude und der Wohnungen beinhaltet. Hiefür ist eben ein besonderer Personalstand und daher eine Erhöhung des Personalstandes notwendig.

Die Erhöhung des Gesamtsachaufwandes bei Kapitel 7 beträgt gegenüber dem Voranschlag 1951 nur 600.000 S. Diese geringe Erhöhung ist darauf zurückzuführen, daß im Budget für 1952 für den „Österreichfilm“ nur mehr 9800 S eingesetzt sind, während für diesen Film für das Jahr 1951 noch ein Betrag von 9-2 Millionen vorgesehen war.

Ich möchte nur ganz kurz einige der wichtigsten Zahlen herausgreifen. Unter Post 12 finden Sie für Amtserfordernisse einen Betrag von 918.000 S, davon entfällt auf den Bundespressediens allein ein Mehraufwand von 230.700 S. Ich glaube, es ist notwendig, daß auch Österreich in bescheidenem Ausmaße vor allem im Ausland im Wege der Presse Propaganda macht. Der Wert einer solchen Propaganda, auf die in der gegenwärtigen Zeit kein Staat, umsoweniger Österreich als Fremdenverkehrsstaat, verzichten kann, ist wohl nicht zu bestreiten.

Sie finden im Voranschlag auch eine neue Ausgabenpost, und zwar den Aufwand für Dienstprüfungen. Dafür ist ein Betrag von 216.000 S präliminiert. Dieser Betrag ist für alle Prüfungen mit Ausnahme der reinen Fachprüfungen vorgesehen, die man nun beim Bundeskanzleramt vornehmen will, um dadurch eine einheitliche Ausbildung des Beamtennachwuchses zu erreichen. Eine weitere neu aufgenommene Post ist die Post: Fürsorge der Bundesregierung für im Ausland befindliche österreichische Staatsangehörige. Dafür wurde ein Betrag von 196.000 S veranschlagt. Die Verfügung darüber hat sich die Bundesregierung selbst vorbehalten.

Erwähnt sei noch ein Betrag von 1 Million Schilling als Subvention für die Austria-Wochenschau. Sie ist die einzige österreichische Filmschau, die einer starken Konkurrenz ausgesetzt ist. Ihre Unterstützung ist umso notwendiger, da sie ja die einzige österreichische Nachrichtenquelle darstellt, die der Be-

völkerung Österreichs in Wort und Bild einen Überblick über alle bedeutenden Ereignisse innerhalb und außerhalb Österreichs vermittelt.

Dann finden Sie noch eine interessante Post: Statistisches Zentralamt, Aufarbeitung der Volkszählung. Die Volkszählung kostet insgesamt rund 14 Millionen Schilling. Davon sind im kommenden Jahre 1952 laut Voranschlag 9-4 Millionen für die Aufarbeitung der gesamten Volkszählung einschließlich der Betriebszählungen vorgesehen.

Schließlich finden Sie noch den Ansatz: Staatsarchiv, Errichtung von Archivanlagen, einmalige Ausgaben mit dem Betrag von 671.300 S. Das Gebäude Wallnerstraße 6 a, das durch Bomben schwer beschädigt wurde, ist wiederhergerichtet worden, und dort wurde das Allgemeine Verwaltungsarchiv untergebracht. Soweit die Ausgabenposten des Bundeskanzleramtes.

Die Einnahmen des Bundeskanzleramtes betragen rund 2-3 Millionen Schilling. Bis zum Jahre 1950 war die handelsstatistische Gebühr die bedeutendste Einnahmequelle dieses Kapitels. Seit 1951 wird diese Gebühr direkt von der Finanzverwaltung eingebracht. Infolgedessen entfällt beim Kapitel Bundeskanzleramt diese Einnahme-post, und es erscheinen als einzige große Einnahmepost die Einnahmen für die Bundesgesetzblätter, die mit 1,938.900 S präliminiert sind.

Zu dem Kapitel Bundeskanzleramt kann abschließend gesagt werden, daß das Bundeskanzleramt, wie wir feststellen können, bei seinem Voranschlag der Not der Zeit Rechnung getragen hat und bemüht ist, eine ökonomische und sparsame Gebarung zu führen.

In die Gruppe II fällt auch Kapitel 26, Titel 5: Zentralbüro für ERP-Angelegenheiten, weil es eben direkt und unmittelbar dem Bundeskanzleramt unterstellt ist. Die Aufwendungen für die Durchführung des Marshallplanes hat laut Vertrag Österreich zu tragen. Somit haben wir den Aufwand des Zentralbüros für ERP-Angelegenheiten einschließlich seiner sechs Kontrollstellen in Österreich und darüber hinaus der Außenstellen in Triest, Paris und Washington zu bestreiten. Der Gesamtaufwand beträgt rund 16 Millionen, hievon entfallen rund 9 Millionen auf den Personalaufwand und rund 6 Millionen auf den Sachaufwand. Die Erhöhung des Personalaufwandes beträgt gegenüber 1951 etwas über 2 Millionen Schilling. Dies ist wieder auf das 5. Lohn- und Preisabkommen zurückzuführen. Der Sachaufwand wurde gegenüber 1951 um 1,800.000 S erhöht, eine Folge der Preissteigerungen. Ich möchte hier nur eine

2432 67. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 6. Dezember 1951.

Post erwähnen: Für die Mieten unserer Außenstellen in Paris und Washington mußte ein Mehrbetrag von 113.000 S eingesetzt werden. Auch die Erhöhung des Mitgliedsbeitrages für die OEEC um rund 158.000 S fällt hier ins Auge. Auf der Einnahmenseite sind gegenüber dem Jahre 1951 Mehreinnahmen von rund 260.000 S präliminiert.

Weil auch die Staatsdruckerei dem Bundeskanzleramt unmittelbar unterstellt ist, so fällt auch die Behandlung des Kapitels 28, Titel 6, in Gruppe II. Der Voranschlag unserer Staatsdruckerei zeigt die Konsolidierung der finanziellen Lage der Druckerei und die stete Aufwärtsentwicklung, die dieses Institut von 1945 bis zum heutigen Tag genommen hat. Die Betriebsausgaben betragen insgesamt rund 57 Millionen Schilling, die Betriebseinnahmen 51 Millionen Schilling. Somit ergibt sich ein Abgang von rund 6 Millionen. Es sei aber darauf hingewiesen, daß erstmalig im Voranschlag für 1952 die Investitionen im Betrag von rund 6 Millionen nicht wie bisher bei der außerordentlichen Gebarung, sondern erstmalig in der ordentlichen Gebarung mitveranschlagt worden sind. Wenn man dies berücksichtigt, so ergibt sich bei der Staatsdruckerei ein Aktivsaldo.

Der gesamte Personalaufwand der Staatsdruckerei beträgt rund 14 Millionen, der Sachaufwand 43 Millionen. Der Personalaufwand hat gegenüber dem Vorjahr um rund 4 Millionen zugenommen, der Sachaufwand ist um rund 15 Millionen höher. Die Staatsdruckerei ist bemüht, den systemisierten Stand ihrer Bediensteten um 5 Prozent zu verringern. Die Erhöhung der Personalbezüge ist wieder auf das 5. Lohn- und Preisabkommen zurückzuführen. Der um 15 Millionen erhöhte Sachaufwand ist darauf zurückzuführen, daß die Arbeiter, deren Bezüge beim Sachaufwand veranschlagt sind, höhere Löhne erhalten. Weiters tragen dazu die Preissteigerungen für alle Betriebsstoffe bei, die in der Staatsdruckerei benötigt werden.

Es sei hier noch erwähnt, daß die Staatsdruckerei genötigt war, große Investitionen vorzunehmen, denn dieser Betrieb ist der graphische Betrieb Österreichs, der durch die Kriegshandlungen am stärksten mitgenommen wurde. Es mußten vorerst die Betriebsanlagen wieder hergestellt werden. Das Hauptgebäude, das Betriebsgebäude und das Verwaltungsgebäude am Rennweg sind bereits wiederhergestellt und die Aufbauarbeiten beendet. Die Staatsdruckerei muß aber auch eine Erneuerung und Modernisierung ihrer Maschinen vornehmen, damit sie leistungsfähig und konkurrenzfähig bleibt. So wurden im laufenden Jahr sieben Hochleistungs-Satz- und Druck-

maschinen und zwei Spezialdruckmaschinen eingestellt, wodurch sich der Betrieb verbilligt und qualitätsverbessernd gestaltet hat. Im kommenden Jahr werden weitere hochwertige Maschinen angeschafft und eingestellt werden. Schließlich wird der Betrieb aber nur dann auf die Dauer seine Vollbeschäftigung und damit sein finanzielles Gleichgewicht sowie vor allem den jetzigen Arbeiterstand halten können, wenn die Staatsdruckerei noch mehr Druckaufträge bekommt, als es bisher der Fall war. Es sei in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß es der Staatsdruckerei nicht gestattet ist, von Privaten Aufträge entgegenzunehmen. Die Staatsdruckerei ist aber weiterhin wie vor daran interessiert, auch Auslandsaufträge in einem möglichst hohen Maße entgegenzunehmen, um dadurch Devisen hereinzubringen.

Schließlich verweise ich hiebei noch auf die Weihnachtsausstellung der Staatsdruckerei, die am 3. Dezember durch den Herrn Bundeskanzler persönlich eröffnet wurde. Diese Ausstellung zeigt, daß unsere Staatsdruckerei nicht allein eine Druckerei schlechthin ist, sondern ein Kunst- und Kulturinstitut. Es wird jedermann empfohlen, diese Ausstellung zu besichtigen. Sie zeigt in Bild, Buch und Plakat die Leistungen unseres graphischen Institutes.

Abschließend kann gesagt werden, daß die Staatsdruckerei seit 1945 sehr erfolgreich bemüht war, zielbewußte Aufbauarbeit zu leisten.

Im Finanz- und Budgetausschuß wurden auch vier Entschlüsse angenommen. Ich darf diese Entschlüsse, die nur kurz sind, dem Hohen Hause zur Kenntnis bringen.

Eine gemeinsame Entschluß der ÖVP, SPÖ und des VdU lautet:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Verhandlungen über eine Gesetzesvorlage, betreffend die Personalvertretung der Bundesangestellten in den Dienststellen, öffentlichen Verkehrsunternehmungen sowie Unterrichts- und Erziehungsanstalten, fortzusetzen und einen entsprechenden Gesetzesentwurf ehestens dem Nationalrat vorzulegen.

Die zweite Entschluß, gemeinsam von der ÖVP und SPÖ eingebracht, lautet:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, zugleich mit dem Budget für das Jahr 1953 auch einen Finanzplan für die Fortführung der öffentlichen Investitionen, wie Straßen- und Wohnhäuserbau, Elektrifizierung der Bundesbahnen, Ausbau von Post, Telephon und Telegraph, Neubau von Großwasserkraftwerken, landwirtschaftliche Meliora-

tionen, sowie für die Fortführung der Investitionen in Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft dem Nationalrat vorzulegen.

Die dritte Entschliebung, gemeinsam von ÖVP und SPÖ eingebracht, hat folgenden Wortlaut:

Um Unterlagen für die Einführung einer alle Schichten des Volkes betreuenden Kinderbeihilfe zu bekommen, wird das Statistische Zentralamt aufgefordert, aus der Volkszählung 1951 den Altersaufbau der Bevölkerung vordringlich aufzugliedern.

Die vierte Entschliebung, gemeinsam von ÖVP und SPÖ eingebracht, lautet:

Der Rechnungshof wird ersucht, die Verteilung der ERP-Hilfe durch die Kammern zu überprüfen und dem Nationalrat darüber zu berichten.

Namens des Finanz- und Budgetausschusses stelle ich den Antrag, das Hohe Haus wolle

1. dem Kapitel 7: Bundeskanzleramt, dem Kapitel 26, Titel 5: Zentralbüro für ERP-Angelegenheiten, sowie dem Kapitel 28, Titel 6: Staatsdruckerei, des Bundesvoranschlags für das Jahr 1952 in der Fassung der Regierungsvorlage (445 d. B.) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen und

2. die vier Entschliebungen annehmen.

Abg. Ernst Fischer: Meine Damen und Herren! Der Herr Abg. Dr. Pittermann hat gestern in einer auffallend nervösen und manchmal fast hysterisch anmutenden Rede von allen möglichen Ländern gesprochen, von Ungarn, von der Tschechoslowakei, von Ostdeutschland, von England, aber nur sehr wenig von Österreich. Ich möchte diesem Beispiel nicht folgen, obwohl es recht verlockend wäre, über das amerikanische Parlament zu sprechen (*Abg. Grete Rehor: Aber wir sind hier in Österreich!*) oder über das englische. Ich möchte hier nur über das österreichische Parlament sprechen. Ich möchte aber doch in einem Satz voranschickend darauf hinweisen, daß der Herr Abg. Pittermann gestern auch mit einer auffallenden Sachkenntnis gesprochen hat. Ich möchte das an einem kleinen Beispiel illustrieren.

Er hat angeführt, er berufe sich jetzt auf ein Drama aus der Zeit vor Shakespeare. Es hat sich nicht um ein Drama aus der Zeit vor Shakespeare gehandelt, sondern um ein Epos von Milton. Es hat sich nicht um die Zeit vor Shakespeare, sondern um die Zeit nach Shakespeare gehandelt. (*Zwischenrufe. — Abg. Olah: Reden Sie von den ungarischen Preisen, nicht von Shakespeare! — Abg. Horn: Reden Sie von den Preisen!*) Nun, meine Damen und Herren, es wäre lächerlich, von allen Abgeordneten zu fordern, daß sie

die Werke von Milton kennen, aber wenn ein Abgeordneter über eine Sache spricht, dann müßte er diese Sache kennen. Und mit derselben Unwissenheit, mit der der Abg. Dr. Pittermann über diese Sache gesprochen hat, über eine Frage der Literatur, mit derselben Unwissenheit hat er über die Lage der Volksdemokratie gesprochen. (*Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Nun, meine Damen und Herren, möchte ich mich jetzt also dem österreichischen Parlament zuwenden und einige Probleme des österreichischen Parlamentes aufrollen. (*Zwischenrufe bei den Regierungsparteien. — Abg. Slavik: Wie österreichisch der Fischer auf einmal ist! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Der Präsident dieses Hauses, Leopold Kunschak, der über alle Parteigrenzen hinaus als beispielgebender österreichischer Demokrat den größten Respekt für sich beanspruchen darf, hat in der Diskussion im Budgetausschuß über die Arbeitsmethoden des Parlamentes einiges gesagt, was umso gewichtiger ist, da es nicht von seiten der Opposition, ja nicht einmal von seiten der Abgeordneten, sondern von seiten des ersten Präsidenten dieses Hauses kommt. Der Herr Präsident Kunschak hat erklärt: „Wenn darüber geklagt wird, daß die Gesetzesvorlagen nicht rechtzeitig in das Haus kommen, so kann ich mich dieser Klage nur anschließen. Ich habe wiederholt sowohl beim Herrn Bundeskanzler wie auch bei den einzelnen Ministern Vorstellungen erhoben, doch daran zu denken, daß wir im Parlament nicht eine bloße Abstimmungsmaschine sind, der man eine große Anzahl von Gesetzen hinwirft und dann verlangt, eventuell noch unter Abstandnahme von der 24stündigen Auflagefrist der Vorlagen, dazu ja und amen zu sagen.“

Meine Damen und Herren! Ich habe den Eindruck: Wenn das ein Abgeordneter der Opposition in dem Haus gesagt hätte, wäre er mit wilden, beleidigenden Zwischenrufen aus den Regierungsbänken überschüttet worden. Hier hat es der Präsident dieses Hauses gesagt, und ich glaube, seine Kritik ist nur allzu berechtigt und müßte von allen Abgeordneten dieses Hauses nicht nur unterstrichen werden, sondern es müßte, was wesentlich wichtiger ist, Abhilfe geschaffen werden, um diese in der Tat zum Teil unerträglichen Zustände zu ändern, zu bessern, etwas Neues herbeizuführen.

Es ist doch in der Tat so, daß das Plenum des Parlamentes mehr und mehr seinen eigentlichen, ursprünglichen Sinn verloren hat. Es ist doch in der Tat so, daß das Plenum fast immer vor vollendete Tatsachen gestellt wird, die in allen Einzelheiten zu studieren oft

2434 67. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 6. Dezember 1951.

nicht die Zeit vorhanden ist, und daß tatsächlich von den Regierungsabgeordneten einfach ja und amen gesagt wird. Es ist wirklich so, daß das Parlament sich mehr und mehr in einen voll automatisierten Betrieb verwandelt, in dem am laufenden Band Gesetze fabriziert werden, und daß es immer weniger Ähnlichkeit mit einer echten, mit einer lebendigen Volksvertretung hat. Das Parlament liegt zwar im Zentrum unserer Stadt, aber es liegt weit an der Peripherie des österreichischen Bewußtseins! Hier werden Gesetze durchgepeitscht; das sagen nicht nur wir von der Opposition. Die Striemen dieser Durchpeitschung trägt sehr oft das österreichische Volk. Es versteht zwar häufig nicht den Wortlaut der manchmal so kompliziert abgefaßten Gesetze, aber es spürt in der Folge sehr häufig den Peitschenschlag in das Gesicht der sozialen Gerechtigkeit.

Nun, meine Damen und Herren, ich wiederhole, daß bei den meisten Gesetzen, bei den wichtigeren Gesetzen, die in dieses Haus kommen, alles längst vorbesprochen ist, daß in diesem Hause hier Argumente nicht die geringste Wirkung auszuüben vermögen. Jeder weiß im vorhinein, wie abgestimmt wird, jeder weiß im vorhinein, wie die Stimmverhältnisse bei einem solchen Gesetz sein werden. Argumente werden in diesem Hause grundsätzlich nicht berücksichtigt. Und nun erhebt sich nicht selten aus den Bänken der Regierungsparteien der Vorwurf gegen die Opposition: Ihr sprecht zum Fenster hinaus! Ja, meine Damen und Herren, wofür denn sollen wir sprechen? Sollen wir für die halbleeren Bänke sprechen, sollen wir sprechen für Abgeordnete, die häufig interessiert die Zeitung lesen, während hier Argumente vorgebracht werden, oder sollen wir nur für die geplagten Parlamentsstenographen sprechen? Meine Damen und Herren, da wir genau wissen, daß Argumente in diesem Hause keine Geltung haben, daß Argumente sich den Abgeordneten dieses Hauses gegenüber nicht durchzusetzen vermögen — natürlich sprechen wir zum Fenster hinaus, natürlich halten wir es für die Aufgabe des Volksvertreters im Parlament, über die Bänke der Regierungsparteien hinweg, über die Köpfe der Regierungsvertreter hinweg direkt und unmittelbar zum Volke zu sprechen! Das ist ja das einzige, was diesem Parlament als Aufgabe übrigbleibt.

Ich möchte darauf hinweisen, daß offenkundig auch bei einer Reihe von Abgeordneten der Regierungsparteien immer ernstere Bedenken über diese Arbeitsmethode im Parlament, über diese Zustände auftauchen.

Ich möchte mich zum Beispiel auf den Herrn Abg. Ludwig berufen, von dem man

wohl keineswegs sagen kann, daß er mit den Kommunisten, mit der Opposition sympathisiere. Der Herr Abg. Ludwig hat im Budgetausschuß erklärt, „der Nationalrat sei nur zu häufig zu einer Körperschaft formeller Zustimmung geworden, seine Verhandlungen haben sich zum Teil in die Ausschüsse verlagert, die Plenarsitzungen hätten allmählich schematisierten Charakter bekommen, und die öffentliche Meinung nehme von dem Gang des Parlamentes nur mehr wenig Notiz.“ Er hat darauf hingewiesen, wie diese Gesetze in der Regierung von den Parteivorständen vorbehandelt werden, wie sich in diese Besprechungen die Alliierten einschalten, und hat dann die Frage gestellt — mit anderen Worten eine ähnliche Frage, wie ich hier gestellt habe: Was bleibt da noch vom Parlament übrig als die eine oder andere rethorische Schauübung?

Meine Damen und Herren! Auch der Herr Abg. Dr. Pittermann hat in ähnlicher Richtung im Ausschuß Kritik an diesen Methoden des Parlamentes geübt, und wir haben aus seiner Rede im Budgetausschuß erfahren, daß nicht nur die Abgeordneten der Opposition sehr häufig nicht informiert sind über die Gesetze, die hier vorgelegt werden, sondern er hat Beschwerde erhoben, daß sogar die Abgeordneten der Regierungsparteien nicht rechtzeitig über solche Gesetzesvorlagen informiert werden.

Nun, meine Damen und Herren, wenn das schon so weit ist, daß nicht einmal die Abgeordneten der Regierungsparteien in diesem Parlament über Beschlüsse, die da hinter den Kulissen gefaßt werden, rechtzeitig informiert werden, muß man sagen, daß die Anklage der Opposition gegen diese unparlamentarischen und undemokratischen Zustände dreifach berechtigt ist.

In der Tat ist es so: Wir haben in diesem Parlament einen großen Saal. Aber wir haben außerdem im politischen Getriebe Österreichs ein Kabinett und einige Kammern. Die Politik liebt es, sich in das Kabinett und in die Kammern zurückzuziehen, und in kleinen, engen Besprechungen in den Kammern und im Kabinett wird dann alles ausgebraut, was schließlich und endlich zu einer reinen Schaustellung dem Plenum im großen Saal in diesem Hause vorgetragen wird.

Ich möchte weiter darauf hinweisen, daß entscheidende Gesetze oder, besser gesagt, entscheidende Maßnahmen der österreichischen Politik überhaupt nicht vor das Parlament kommen, sondern außerhalb des Parlamentes ausgehandelt werden, daß das Parlament

auf diese Weise mehr und mehr von der Entscheidung über die politischen Grundfragen des österreichischen Volkes ausgeschaltet wird. Mein Freund Koplenig hat schon gestern in seiner Rede zitiert, was der Herr Bundeskanzler über die ERP-Hilfe hier erklärt hat, als er ausdrücklich feststellte, das gehe das Parlament nichts an, das sei auf einer anderen Hoheitsebene vereinbart, das sei ausschließlich eine Angelegenheit der Regierung und eine Angelegenheit der Amerikaner. Ich möchte hier nicht unendlich lang zitieren. Aber auch da haben Abgeordnete der Regierungsparteien sich eingeschaltet und Kritik daran geübt, daß nicht einmal die Abgeordneten der Regierungsparteien in der Lage seien, hier irgendwie nennenswert Einblick zu nehmen, geschweige denn hier irgendwie nennenswert mitzuwirken. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Grundlagen der gesamten verfehlten Politik in Österreich niemals vor das Parlament gekommen sind. Der Marshallplan wurde außerhalb des Parlamentes unterzeichnet. Außerhalb des Parlamentes hat die Regierung mit den Amerikanern diese Vereinbarungen getroffen. Die fünf Lohn- und Preisakte, die entscheidend für die arbeitende Bevölkerung in Österreich waren, wurden außerhalb des Parlamentes ausgehandelt. Das Parlament stand vor vollzogenen Tatsachen, und die Regierungsparteien haben dann zu einigen sich daraus ergebenden Gesetzen einfach ja und amen gesagt.

Meine Damen und Herren! Wir hören sehr oft das Wort: Demokratie ist Diskussion! Wir haben den Eindruck, daß die Regierungsparteien Diskussionen nicht sehr lieben, daß die Regierungsparteien in jeder Weise trachten, die Diskussionen in diesem Haus abzukürzen, abzuwürgen, daß es ihnen am liebsten wäre, wenn überhaupt keine solche öffentliche Diskussion durchgeführt würde, sondern wenn zwischen Kammern und Kabinetten hinter dem Rücken des Volkes, hinter dem Rücken des Parlamentes alle entscheidenden Fragen ausgehandelt würden.

Wir haben weiter erlebt, meine Damen und Herren, wie etwa bei der für die Massen des Volkes sehr wesentlichen, sehr entscheidenden Abstimmung über die Erhöhung der Mietzinse hier im Parlament die Diskussion darüber abgewürgt wurde, aber noch mehr, wie dieses Parlament sich hier in eine Kaserne verwandelt hat, wie dieses Parlament vollgestopft war mit Polizei und Gendarmerie. Auf Schritt und Tritt ist die Demokratie über die österreichische Exekutive gestolpert, und man hatte den Eindruck, auf jeden Abgeordneten kommen drei Polizisten oder drei Gendarmen. Das Volk wird abgeriegelt, das

Volk wird hinausgewiesen! Hier wird nicht nur mit Methoden der Geschäftsordnung die Diskussion abgewürgt, sondern hier wird ein Eiserner Vorhang von Bajonetten zwischen dem Parlament und dem arbeitenden Volk in Österreich aufgerichtet. (*Stürmische Zwischenrufe bei der SPÖ. — Gegenrufe beim Linksblock.*)

**Präsident** (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte um Ruhe. (*Weitere Zwischenrufe.*)

**Abg. Ernst Fischer** (*fortsetzend*): Wir stehen der Tatsache gegenüber, daß von den Regierungsparteien Demokratie nicht als Diskussion aufgefaßt wird, sondern daß von ihnen Demokratie als Geheimberatungen und Geheimvereinbarungen hinter dem Rücken des Volkes in Österreich aufgefaßt wird. (*Heftiger Widerspruch bei den Regierungsparteien. — Anhaltende Unruhe.*) In Wahrheit nähern wir uns in Österreich (*andauernde Zwischenrufe und Gegenrufe — der Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen*) mehr und mehr einem autoritären Regime der Parteivorstände. Wir haben immer mehr einen Staat, der in Wirklichkeit ein Machtorgan der Parteivorstände der beiden Regierungsparteien ist.

Meine Damen und Herren! Man spricht in Österreich am Wahltage und einige Wochen vor dem Wahltage sehr gerne vom Volk. Da gibt es auf einmal ein Volk, und da appelliert man an das Volk. Da hört man in allen Reden hundertmal das Wort Volk. Nach den Wahlen verwandelt sich das Volk in der Ausdrucksweise der Regierungspolitik auf einmal in Straße. Da spricht man plötzlich nicht mehr vom Volk, sondern nur mehr von der Straße. Man erklärt, die Straße habe sich in die Beratungen des Parlamentes nicht einzumischen, sie habe nicht ihre Stimme zu erheben. Da heißen auf einmal die arbeitenden Menschen in Österreich nicht mehr Volk, sondern da heißen sie plötzlich Straße. Meine Damen und Herren, vielleicht hat es da symbolischen Wert, daß die Pallas Athene vor dem Parlament diesem Hause den Rücken und der Straße das Gesicht zuwendet. (*Heftige Zwischenrufe bei den Regierungsparteien.*)

Wir sind der Auffassung, daß das Volk nicht nur alle vier Jahre einmal am Wahltage zur Entscheidung aufgerufen werden soll, sondern wir sind der Meinung, daß das Fremdwort Demokratie in das deutsche Wort Volksherrschaft zu übersetzen ist. Wir sind also der Auffassung, daß die Meinung des Volkes in allen entscheidenden Fragen unmittelbar zum Ausdruck gelangen müßte (*Abg. Wallner: Wer ist bei euch das Volk?*), denn wir haben es in der letzten Zeit nicht selten erlebt, daß im Parlament und hinter dem Rücken des Parlamentes Gesetze be-

geschlossen werden, gegen die die Mehrheit der Bevölkerung in Österreich zweifellos ist. Wir haben immer wieder Situationen erlebt, in denen die Massen des Volkes draußen ohne Unterschied der Parteirichtung gegen die Beschlüsse waren, die hier im Parlament oder außerhalb des Parlamentes gefaßt wurden. Wir sind der Auffassung, daß eine Möglichkeit geschaffen werden muß, um das Volk zum Zug kommen zu lassen, damit in solchen entscheidenden Fragen das Urteil nicht in einer Abstimmungsmechanik wie hier im Parlament, sondern in einer echten Abstimmung des Volkes darüber gefällt wird. (*Erregte Zwischenrufe und Gegenrufe.*)

Meine Damen und Herren! Die Österreichische Volkspartei hat ... (*Andauernde heftige Zwischenrufe und Gegenrufe.*) Ja, meine Herren, beruhigen Sie sich doch, Sie selber sind ja der deutlichste Beweis für die Richtigkeit meiner Ausführungen, daß Sie Diskussion nicht ertragen können (*heftiger Widerspruch bei den Regierungsparteien*), ja, daß Sie es nicht ertragen können, wenn eine andere Meinung als die Ihre gesagt wird, daß Sie in Geschrei und Gebrüll ausbrechen, wenn hier Argumente vorgebracht werden, die Ihrer Auffassung nicht entsprechen.

Meine Damen und Herren! Die Österreichische Volkspartei hat, wie man aus der Presse erfährt, einen Antrag eingebracht oder sie hat die Absicht, einen solchen einzubringen, durch den die Volksabstimmung in die österreichische Verfassung eingeführt werden soll. So weit, so gut, wir wären damit völlig einverstanden. Allerdings, wenn man dann liest, wie sich die Österreichische Volkspartei eine solche Abstimmung vorstellt, dann muß man sagen, daß hier aus dem Gedanken der Volksabstimmung eine Farce, einfach ein Hilfsmittel für die beiden großen Regierungsparteien gemacht werden soll.

Wir sind für das Prinzip der Volksabstimmung, wir sind auch der Auffassung, daß in Österreich Volksabstimmungen notwendig sind (*Zwischenrufe*), wir würden aber einen anderen Weg für richtig und vernünftig halten. (*Abg. Weinberger: Vielleicht den ungarischen?*)

Wir haben heute in der Verfassung die Einrichtung des Volksbegehrens. Dieses Volksbegehren in der jetzigen Verfassung ist die reinste Farce. Auf diesem Wege kann nämlich durch einige hunderttausend Wähler ein Gesetzentwurf zustandekommen, und das Parlament ist verpflichtet, diesen Gesetzentwurf wie irgendeinen anderen Gesetzentwurf, der nicht von der Regierung eingebracht wird, zu behandeln. Das heißt, klar gesagt: ein solcher Gesetzentwurf, der aus einem Volksbegehren hervorgeht, hätte das-

selbe Schicksal, das Anträge der Opposition in diesem Hause haben, das heißt, ein solcher Gesetzentwurf würde wahrscheinlich monatelang nicht oder vielleicht überhaupt nicht zur Diskussion in diesem Haus gelangen. Wir hielten es für richtig, diese Bestimmung über das Volksbegehren in unserer Verfassung dahin zu ergänzen, daß das Parlament verpflichtet wird, wenn in einem Volksbegehren ein solcher Gesetzentwurf zustandekommt, diesen Gesetzentwurf in der nächsten Sitzung des Hauses in Beratung zu nehmen. Und weiter: Wenn ein solcher Gesetzesantrag, der unmittelbar aus dem Volk kommt, hier im Haus abgelehnt wird, dann muß er einer Volksabstimmung unterbreitet werden. Damit hätten wir tatsächlich Möglichkeiten geschaffen, unmittelbar, direkt und in jeder entscheidenden Frage die Massen des österreichischen Volkes in die Beschlußfassung über seine Schicksalsfragen einzuschalten.

Meine Damen und Herren! Man kann nicht über das Parlament sprechen, ohne darauf hinzuweisen, daß hier mit allen Mitteln, mit allen Tricks versucht wird, die Opposition möglichst mundtot zu machen, der Opposition die ihr gebührenden parlamentarischen Rechte zu beschneiden. Ich möchte dies an einigen kleinen Beispielen illustrieren. Es ist leider zu einer Gepflogenheit geworden, daß Anfragen der Opposition monatelang nicht beantwortet werden, und irgendwann einmal, meistens aus Anlaß der Budgetdebatte, wenn sich nach Monaten die Situation geändert hat, kommen dann die Antworten des Bundeskanzlers oder des Ministers auf solche Anfragen. Wir begrüßen daher einen Antrag, der im Budgetausschuß gestellt wurde — ich hoffe, er wird hier aufrechterhalten; ich glaube, er kommt von der SPÖ (*Zwischenrufe*) —, den Antrag, daß die Regierung verpflichtet wird, solche Anfragen spätestens nach einem Monat zu beantworten, widrigenfalls im Parlament die Diskussion über diese Anfrage zu eröffnen wäre. Wir halten dies für einen richtigen, für einen vernünftigen Antrag, der geeignet sein kann, dem Unfug entgegenzutreten, daß die Regierung schweigt, wenn es ihr beliebt, und redet, wenn es ihr beliebt, und daß faktisch die Abgeordneten keine Möglichkeit haben, die Regierung rechtzeitig zum Sprechen zu bringen.

Ich möchte auch auf einen zweiten Unfug hinweisen, der im Parlament eingerissen ist. Es handelt sich um das Lesen von Reden. Meine Damen und Herren, ich habe alle Seiten der Geschäftsordnung dieses Parlamentes durchgeblättert, um irgendwo einen Paragraphen zu finden, der das Lesen von Reden verbietet. Ich habe diesen Paragraphen

nicht gefunden; diesen Paragraphen gibt es in der ganzen Geschäftsordnung nicht. Es gibt in der Geschäftsordnung lediglich zwei Paragraphen, die sich mit einer ähnlichen Frage beschäftigen.

Der erste ist der § 22 des Geschäftsordnungsgesetzes, der lautet: „Die Mitglieder der Bundesregierung können in den Sitzungen des Nationalrates und der Ausschüsse auch zu wiederholten Malen, jedoch ohne Unterbrechung eines Redners, das Wort nehmen. Es ist ihnen gestattet, schriftlich abgefaßte Vorträge vorzulesen.“

§ 53 der Geschäftsordnung besagt: „Die Berichterstatter haben das Recht, auch nach Schluß der Debatte zu sprechen, derart, daß ihnen jederzeit, auch wenn die Mitglieder der Regierung noch wiederholt das Wort ergreifen sollten, das Schlußwort gebührt.“

Kein Redner darf über denselben Gegenstand öfter als zweimal sprechen.

Die Mitglieder der Bundesregierung können in den Sitzungen des Nationalrates und der Ausschüsse auch zu wiederholten Malen, jedoch ohne Unterbrechung eines Redners, das Wort nehmen. Es ist ihnen gestattet, schriftlich abgefaßte Vorträge vorzulesen.“ Mit keinem Wort, in keinem Paragraphen der Geschäftsordnung wird gesagt, daß ein Abgeordneter nicht auch schriftliche Ausführungen verlesen kann.

Meine Damen und Herren! Mißverstehen Sie mich nicht, ich persönlich bin ein Anhänger des freien Sprechens. Ich fühle mich am wohlsten, wenn ich frei spreche. Ich fühle mich am allerwohlsten, wenn mir bei einer solchen freien Rede der stürmische Unwille der Regierungsparteien entgegenbrandet. (*Heiterkeit und Zwischenrufe.*) Das regt an, das ist Kampf, da fühlt man sich wohl, wenn man gegen den Strom schwimmt, wenn man spürt, hier hat man die Herren getroffen, hier fangen sie an aufzuschreien! (*Lebhafte Zwischenrufe.* — *Abg. Reismann: Das geht nur in Österreich!* — *Abg. Weinberger: Das geht in Rußland nicht, das ist gegen die Linie!*) Das ist nur bei freier Rede möglich! Ich spreche also nicht pro domo, denn ich selber liebe die freie Rede, denn ich liebe die freie Auseinandersetzung. (*Abg. Weinberger: Er ist gegen die Linie!*) Aber ich gebe offen zu: es gibt Themen, über die auch ich mir sehr ausführliche Notizen zu machen pflege. (*Anhaltende Zwischenrufe.*) Es gibt Fragen, für die man außerordentlich viel Material sammeln muß; das sind häufig Fragen für die Budgetdebatte, bei denen — nehmen wir etwa das Kapitel Unterricht, nehmen wir auch Außenpolitik oder andere Punkte — ein ungeheures Material in eine Rede hineingearbeitet werden muß und wo man das Bestreben hat, die Rede präzise zu

gestalten. (*Abg. Geisslinger: Das macht ja die Wasagasse!*) Man strebt darnach, Wiederholungen zu vermeiden und der Rede eine geschlossene Form zu geben.

Meine Damen und Herren! Ich sage offen: Es geschieht doch einfach aus einer Art Verantwortungsgefühl, wenn man da, wo man viel Material zusammenfassen muß und wo es auch auf präzise Formulierungen ankommt, bestimmte Partien seiner Rede schreibt und diese Partien dann hier vorliest. Sehr viele der Reden fielen viel länger aus, wenn das nicht geschähe, als es bei einer solchen konzentrierten, geschriebenen Rede der Fall ist.

Aber ich möchte hinzufügen, daß wir in dieser Frage sehr häufig ein Messen mit zweierlei Maß bemerken müssen. Wenn Abgeordnete der Regierungsparteien eine Rede vorlesen — und das geschieht sehr häufig —, dann kommt höchstens nach der Verlesung dieser Rede die milde Bemerkung eines der Präsidenten: Eigentlich hätten Sie nicht lesen sollen! Wenn aber ein Abgeordneter der Opposition liest, dann läuft er Gefahr — gegen die Geschäftsordnung, ohne berechtigte Berufung auf die Geschäftsordnung! —, in seiner Rede unterbrochen zu werden. Meine Damen und Herren, ich wiederhole also: Ich spreche hier keineswegs für meine Person, denn ich persönlich spreche sehr gern frei, ich spreche vielmehr für einen Grundsatz, weil ich es für richtig halte, daß in ernsten, schwerwiegenden, entscheidenden Fragen wenigstens ein Teil der Formulierungen einer Rede auch schriftlich vorliegt.

Meine Damen und Herren! Nun einige Worte über die schlechte Legistik, über diese Geheimsprache, die sich in unserer Gesetzgebung entwickelt hat, weil auch darüber sehr viel diskutiert wurde und auch in der Öffentlichkeit sehr viel gesprochen wird. Es ist bekannt: ein großer Teil der Gesetze, die hier beschlossen werden, sind nicht nur schlampig stilisiert und müssen nicht nur immer aufs neue novelliert werden, sondern sie sind auch für den einfachen Menschen unverständlich. In einer öffentlichen Diskussion wurde nun darüber von einigen Seiten erklärt, das sei im wesentlichen die Schuld der Beamten.

Gestatten Sie mir, dem entgegenzutreten. Ich glaube nicht, daß das die Schuld der Beamten ist, sondern ich habe den Eindruck, daß in diesen Gesetzen eben sehr häufig versucht wird, sozusagen die Quadratur des Kreises zu lösen. Da wird ein Gesetzentwurf vorgelegt, und nun möchte die eine Regierungspartei diesen Nebensatz, die andere Regierungspartei jenen Nebensatz darin haben, dies muß noch eingeschachtelt, jenes muß noch berücksichtigt, das muß noch angenommen werden,

und am Schluß entsteht ein Wust, eine Anhäufung von Sätzen, wobei der Sinn des Hauptsatzes sehr häufig durch Nebensätze aufgehoben wird und sehr häufig ein guter Vorsatz über den bösen Nachsatz stolpert. In diesen Gesetzen wird sehr häufig ein Labyrinth hergestellt, zum Teil planmäßig, um alle möglichen Hintertürn zu öffnen, die zwar für den einfachen Menschen nicht erkennbar sind, die aber für den in solchen Gesetzen Gewiegten und Gewitzigten bald herauszufinden sind. Wir sind also auch der Meinung, daß es notwendig wäre, in den Gesetzen nicht eine Geheimsprache, sondern die Sprache des österreichischen Volkes zu sprechen. Wir wissen schon, daß manchmal recht komplizierte Tatbestände in einem Gesetz festgehalten werden müssen, aber wir halten es jederzeit für möglich, auch solche komplizierte Tatbestände so darzustellen, daß man einfach den Gesetzen der deutschen Grammatik und nicht den Gesetzen der parlamentarischen Grammatik gehorcht, sodaß sie auch der einfache Mann verstehen kann.

Meine Damen und Herren! Ein weiterer Einwand gegen die Arbeitsweise des Parlamentes im letzten Jahr ist der, daß das Parlament, das an sich schon so weitgehend ausgeschaltet wird, noch die Tendenz bekundet, sich selber weiter auszuschalten; ich meine damit die mannigfaltigen Ermächtigungsgesetze, die in der letzten Zeit beschlossen wurden, Gesetze, die einzelnen Ministerien weitestgehende Ermächtigungen geben, wobei das Parlament, wobei die Volksvertreter ausgeschaltet sind, ihren Einfluß auf diese oft sehr weittragenden Dinge zu nehmen. Wir halten es für eine Selbstentmannung des Parlamentes, wenn man auf diesem Wege vorwärtsschreitet und mehr und mehr den einzelnen Ministern zu ihren schon so weitgehenden Kompetenzen noch größere Ermächtigungen erteilt und damit noch mehr das Parlament von der Mitbestimmung ausschaltet.

Es wird sehr oft in diesem Hause das Wort von der Würde des Hauses gebraucht. Ich muß sagen: Ich habe manchmal den Eindruck, daß, wenn hier oben auf der Galerie höhere Klassen von Schulen anwesend sind, diese nicht immer den besten Eindruck von der Demokratie gewinnen müssen und daß die parlamentarische Sitzung nicht immer eine Erziehung zur Demokratie darstellt. Ich möchte hier sehr ernst davon sprechen, daß in diesem Haus in wachsendem Ausmaß ein Mißbrauch mit Zwischenrufen getrieben wird, um dem Argument auszuweichen. Um nicht argumentieren zu müssen, hat sich bei einer Reihe von Abgeordneten so eine Art Professionalismus der Zwischenrufe entwickelt.

Nun, der Zwischenruf ist meiner Ansicht nach notwendig für ein Parlament, er gehört zum Leben des Parlamentes. Aber der Zwischenruf muß den Nagel genau auf den Kopf treffen, der Zwischenruf soll wenigstens ein Gramm von Geist, ein Gramm von Witz enthalten. Er soll von einer Art sein, daß er tatsächlich lebendig wirkt, daß er tatsächlich mithilft, die Atmosphäre einer Diskussion, meinetwegen einer leidenschaftlichen Diskussion, herbeizuführen. (*Abg. Koplénig: Nicht diese USIA-Schreierei!*) Wir erleben hier immer wieder — das muß man offen aussprechen — bei einer Reihe von Abgeordneten das Gegenteil. Es gibt rühmliche Ausnahmen davon. Ich persönlich schätze die meisten Zwischenrufe des Abg. Pittermann, der, wenn ihm auch nicht jeder Zwischenruf gelingt, sehr oft witzige Zwischenrufe macht; ich schätze die Zwischenrufe des Abg. Gschnitzer, der oft sehr schlagende Zwischenrufe hat. Ich habe also hier zwei Abgeordnete von den Regierungsparteien genannt. Aber, meine Damen und Herren, es gibt eine Reihe von Abgeordneten, bei denen Zwischenrufe einfach zu einer blöden, öden Art monotoner Widerrede und Beschimpfungen wird, wo anstatt der Argumentation die anmutigen Ausdrücke fallen: „Hochverräter“, „Gauner“, „Pülcher“ usw. (*heftige Entrüstungsrufe — Präsident Böhm, der inzwischen den Vorsitz übernommen hat, gibt das Glockenzeichen*), sodaß man häufig das Gefühl hat, nicht in einem Parlament, sondern in einem Dorfwirtshaus zu sein. Ich glaube, meine Damen und Herren, es wäre gerade im Interesse der Regierungsparteien, den Zwischenruf und die gesamten Beratungen auf ein etwas höheres Niveau zu erheben, es wäre gerade im Interesse der Regierungsparteien, nicht selber mutwillig dazu beizutragen, daß der Mißkredit, in den das Parlament bei der Bevölkerung immer mehr und mehr gekommen ist, ununterbrochen wächst.

Damit möchte ich schließen. Es entsteht dabei die ernste Frage: Hat das Parlament, oder genauer gesagt, haben die Parteivorstände der Regierungsparteien die Absicht, das parlamentarische System mehr und mehr auszuschalten? Meine Damen und Herren, dann wird das Ergebnis sein, daß das Volk überhaupt nicht mehr darauf hören wird, was im Parlament gesprochen wird, daß das Volk es überhaupt nicht mehr ernst nehmen wird, was im Parlament vor sich geht, und dann werden Sie selber entscheidend dazu beigetragen haben, daß alle wesentlichen Entscheidungen in Österreich außerhalb des Parlamentes fallen werden. (*Zwischenrufe.*) Denn, meine Damen und Herren, den Weg, alles außerhalb des Parlamentes, alles in Kammern und Kabinetten zu machen, diesen Weg kann

## 67. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 6. Dezember 1951. 2439

auch die Arbeiterklasse gehen. Auf diese außerparlamentarischen Entscheidungen, die Sie immer mehr und mehr anstreben, kann auch die Arbeiterklasse mit außerparlamentarischen Entscheidungen antworten. Dann werden Sie selber all das erreicht haben und dann werden Sie die Schuldigen an der Ausschaltung des Parlamentes sein, dann werden Sie nicht darüber zu klagen haben, wenn in Österreich nicht im Parlament, sondern außerhalb des Parlamentes die Schicksalsfragen unseres Volkes entschieden werden. (*Zwischenrufe.*)

Abg. Olah: Hohes Haus! Zum Kapitel Bundeskanzleramt gehört auch das Zentralbüro für ERP-Angelegenheiten. Mit diesem Kapitel möchte ich mich heute besonders beschäftigen, ist es doch ein wesentlicher Bestandteil, eine wesentliche Komponente des außerordentlichen Staatshaushaltes und damit der österreichischen Wirtschaft.

Der Marshallplan ist zu einer politischen Kampflosung geworden. Man kann dazu stehen, wie man will, für das österreichische Volk und damit für das österreichische Parlament erhebt sich aber die Frage: Wie würde unser Land dastehen, wenn wir im Verlaufe der letzten Jahre diese Hilfe nicht erhalten hätten? Ich erinnere das Hohe Haus auch daran, in welcher Situation wir in Österreich vor dem Einsetzen dieser Hilfe waren. Ich möchte hier das wiederholen, was wir nicht nur einmal gesagt haben. Wir haben uns nicht darauf kapriziert, Hilfe von einer oder nur einer bestimmten Seite zu nehmen. Wir wären für jede Hilfe dankbar gewesen, von welcher Seite auch immer sie unserem verarmten und ausgebluteten Volk zuteil geworden wäre. Aber wir müssen uns damit begnügen, diese Hilfe von dort zu nehmen, wo wir sie bekommen. Das enthebt uns nicht der Verpflichtung und Notwendigkeit, auch das zu sagen, was kritisch dazu zu sagen ist. Zum Unterschied vom Herrn Abg. Fischer bin ich der Meinung, daß wir im Parlament — wir haben dieses Recht in Österreich — auch die Gebarung, die Verwendung und die Methodik der Marshallplan-Hilfe und ihrer ganzen Konstruktion kritisieren sollen.

Es wäre noch zu sagen, warum diese Hilfe unentbehrlich ist. Wir sind in der glücklichen Lage, nicht rüsten zu müssen. Wir geben für Waffen und für Rüstung keine Mittel aus, die heute in fast allen Ländern der Welt einen außerordentlich hohen Prozentsatz des Nationaleinkommens wegnehmen. Aber auch Österreich drückt die Last des Kalten Krieges, weil sich der Gegensatz zwischen Ost und West nicht zuletzt auf unsere Schultern ladet. Daher ist die Frage natürlich: Wer ent-

schädigt uns dafür, daß wir jetzt sechseinhalb Jahre lang die Last der Besatzung tragen, daß wir in unserer wirtschaftlichen und politischen Entwicklung gehindert werden? Und jetzt steht diese Frage vor uns, weil wir im letzten Jahr dieser Hilfe stehen. Diese Hilfe ist befristet. Warum wurde sie befristet und auf wie lange? Auf vier Jahre. Am Anfang haben wir alle geglaubt, diese vier Jahre würden ausreichen, um während dieser Zeit den Staatsvertrag für Österreich und damit seine volle Souveränität zustande zu bringen; wir glaubten, dann würden wir uns, auf eigene Füße gestellt, selbständig und unabhängig weiterhelfen. Für niemanden wäre es eine größere Genugtuung als für uns und für die Volksvertretung, wenn wir die fremde Hilfe nicht mehr brauchen würden, sondern auf eigenen Füßen stehen könnten. Aber die Zeit verstreicht, und der Staatsvertrag und damit die Unabhängigkeit, die Souveränität und die Verfügung über die eigenen Möglichkeiten im Land sind nach wie vor in einer unbestimmten Ferne. Wenn wir auch die Hoffnung und die Forderung darauf nicht aufgeben, sondern weiter darauf drängen, daß Ordnung gemacht und der Staatsvertrag abgeschlossen wird, daß wir unsere Freiheit erhalten, so wissen wir doch nicht, wann das eintreten wird. Wir haben ja auch darauf kaum einen bedeutenden Einfluß.

Auch nach Ablauf dieser Hilfe können wir die Last nicht allein weitertragen; wir werden weiter Hilfe und Unterstützung brauchen. Aber ich möchte sagen: Man hätte auch am Anfang daran denken müssen, was geschieht, wenn diese Hilfe zu Ende geht, um nicht erst im letzten Stadium darüber zu reden, was geschehen wird, wenn es damit aus ist. Es ist vielleicht teilweise in der Mentalität des Österreicher und des Österichertums gelegen, daß man sagt: Es wird schon etwas werden; wenn das aufhört, wird es etwas anderes geben! Aber ich glaube, daß es nicht das Um und Auf unserer ganzen Wirtschaftspolitik und unserer ganzen Zukunftsarbeit sein kann, daß wir immer von dem einen auf das andere Mal hoffen.

Es muß daher gesagt werden, daß manches und Wesentliches versäumt worden ist. Jetzt haben wir nicht mehr viel Zeit. Wir führen den Kampf um Freiheit und Demokratie in Österreich auf einer anderen Ebene als andere Staaten; wir führen ihn nicht zuletzt auf der wirtschaftlichen Ebene, und für diesen Kampf ist diese Hilfe eine wesentliche Voraussetzung, weil sie es uns ermöglicht hat, daß wir in diesen Jahren, wenn auch nicht gut, so doch leben und uns langsam eine eigene Existenz schaffen konnten.

2440 67. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 6. Dezember 1951.

Auch wenn es vor mir ein Redner der kommunistischen Fraktion gesagt hat, so stehe ich nicht an, es ebenfalls zu sagen — ich hatte es mir schon vorher aufgeschrieben und sage es nicht deswegen, weil es der Herr Abg. Fischer gesagt hat —, denn ich geniere mich nicht, das zu sagen, was richtig ist: Ja, es ist richtig, der Vertragstext ist ohne das österreichische Parlament zustande gekommen, die Durchführung des Vertrages geschieht ohne das österreichische Parlament! Wenn man jetzt in den letzten Monaten in stärkerem Maße aus den Kreisen des amerikanischen Parlamentes, der amerikanischen Senatoren und Abgeordneten und aus dem Kreise der Zentralverwaltung des Marshallplanes kritische Stimmen über die unzweckmäßige oder die nicht genug wirkungsvolle Verwendung dieser Mittel hören konnte, so müssen wir ihnen sagen: Letzten Endes fällt die Verantwortung zum Teil auf sie, denn sie haben den Vertragstext so vorgelegt, daß er unter Ausschaltung des österreichischen Parlamentes akzeptiert werden mußte. Auch der Rechnungshof hat bis jetzt keine Möglichkeit der Kontrolle über die Gebarung und über die Verwendung dieser Mittel. Diese Verantwortlichkeit fällt also auf die Schultern der Regierung und des Parlamentes der Vereinigten Staaten — denn sie haben ja diesen Gesetzestext so beschlossen — und nicht auf die der zuständigen österreichischen Ressorts.

Wir sind der Meinung, daß besser als jede strafrechtliche Bestimmung, wirksamer als jede Strafsanktion die Kontrolle durch Rechnungshof und Parlament ist, aber nicht nur die Kontrolle über die ordnungsgemäße Verwendung, sondern auch die Kontrolle über die zweckmäßige und wirtschaftliche Verwendung der Mittel. In der Auswirkung wird also Kontrolle durch Rechnungshof und Parlament viel mehr bedeuten als jede andere Sicherungsmaßnahme.

Wir sind auch gar nicht der Meinung, daß diese Mittel immer zweckmäßig verwendet worden sind, sondern glauben, daß eine bessere Kontrolle über die widmungsgemäße Verwendung solcher Mittel notwendig wäre, denn wir haben von manchen Fällen gehört, wo diese Kredite und Subventionen für ganz andere Zwecke verwendet wurden als für jene, für die sie ursprünglich gegeben wurden. Daher fordern wir noch einmal die volle Kontrolle durch Parlament und Rechnungshof.

Bei der Diskussion wird auch von Anhängern des Marshallplanes manchmal kritisiert, daß diese oder jene Gruppe, dieser oder jener Kreis oder Wirtschaftszweig zuviel oder zuwenig bekommen hätte. Natürlich haben noch alle zuwenig bekommen. Es wird

aber besonders daran Kritik geübt, daß die verstaatlichte Industrie angeblich einen viel zu großen Anteil an dieser Hilfe erhalten habe. Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir wissen doch alle, was in Österreich verstaatlicht wurde. Es sind die Grundstoffindustrien. Es ist doch klar, daß man bei der Steigerung der Produktion, der Produktivität und bei der Rationalisierung am Beginn des Produktionsprozesses anfangen muß und nicht am Ende; daß man dort größere Investitionen machen soll, wo sich eine Säule, die Grundlage unserer Wirtschaft befindet — nämlich bei den Grundstoffindustrien —, wobei ich aber die Bedeutung der anderen Zweige der österreichischen Wirtschaft nicht verkleinern und als bedeutungslos hinstellen möchte. Es ist doch gerechtfertigt, daß wir auf dem Energiesektor, der eine Voraussetzung für unsere Produktion darstellt, bei der Eisen- und Stahlerzeugung, bei der Erzförderung und anderen Industrien größere Beträge investieren als anderswo.

In diesem Zusammenhang muß aber auch noch etwas anderes gesagt werden. Was ist von dieser Hilfe, die zweifellos eine bedeutende Hilfe für die österreichische Wirtschaft war, nicht nur der Industrie und der Betriebe, was ist von ihrer Auswirkung der österreichischen Bevölkerung zugute gekommen? Was haben die Konsumenten, die Arbeiter und Angestellten davon? Auch im amerikanischen Parlament sind da einige Stimmen laut geworden: Wir wollten doch mit dieser Hilfe bezwecken, daß die Lebenshaltung gesichert und wenn möglich verbessert wird, und zwar durch gesteigerte und verbilligte Produktion!

Ich möchte hier mit aller Deutlichkeit aussprechen: Auch unserer Ansicht nach ist die Hilfe des Marshallplanes nicht nur eine Hilfe für die Betriebe, nicht nur eine Hilfe für Unternehmer, gleichgültig, ob in der verstaatlichten oder in der Privatindustrie, sondern sie ist eine Hilfe, um billiger und mehr zu produzieren, nicht um höhere Gewinne zu machen. Letzten Endes muß dann diese Hilfe in ihrer Auswirkung den Konsumenten, den Arbeitern und Angestellten zugute kommen. Dies ist in einem viel zu ungenügendem Maße geschehen. Ein Hauptzweck dieser Hilfe war, daß sie in ihrer weiteren Auswirkung eine Hilfe für die österreichische Bevölkerung sei.

Nun gibt es noch einen Unterschied zwischen Österreich und den anderen Ländern, in denen diese Hilfe wirksam ist. Überall legt man größten Wert darauf, daß man nicht nur die eine Seite hört, sondern daß man auch die Arbeiter und Angestellten hört, und zwar nicht nur formlos oder zeitweise oder bloß, um

dem Kind einen Namen zu geben, sondern daß man sie bei der Beratung heranzieht und auch bei der Aufstellung von Plänen über die Verwendung dieser Mittel mitwirken läßt. Noch immer vermissen wir die Einsetzung eines ordentlichen gewerkschaftlichen Beratungskomitees bei der ERP-Zentralstelle in Österreich. Ja, so alle Zeitlang — habe ich mir sagen lassen — findet eine Zusammenkunft mit den Abteilungsleitern statt, bei der auch ein Vertreter der Arbeiterkammer und des Gewerkschaftsbundes anwesend ist und bei der in mehr oder weniger humorvoller Weise irgendeine allgemeine Darstellung gegeben wird. Damit können wir uns nicht zufrieden geben, sondern wir wünschen und fordern, daß nicht nur eine oder einige bestimmte Seiten angehört werden, sondern daß die Arbeiter und Angestellten durch ihre wirtschaftliche Interessenvertretung auch unmittelbar gehört werden und daß ihnen der bestimmende Einfluß eingeräumt wird, der ihnen als einem wesentlichen Faktor der österreichischen Wirtschaft zukommt; denn die österreichische Wirtschaft besteht nicht nur aus den Betrieben, sondern auch aus den Menschen, die in diesen Betrieben arbeiten.

Daher soll sich auch nicht der Leiter des österreichischen ERP-Büros, weil keine unmittelbare parlamentarische Kontrolle vorhanden ist, als Alleinherrscher fühlen und soll eine Kritik an den Arbeiten des ERP-Büros nicht als eine persönliche Beleidigung auffassen. Auch der offiziellen Mission der ECA-Verwaltung in Österreich möchte ich einige wenige Sätze für ihr Stammbuch mitgeben: Sie soll sich auch ihre Informationen nicht nur immer allzu einseitig holen und sich von der anderen Seite die Informationen aufdrängen lassen. Sie soll nicht nur Experimente machen, manchesmal nach persönlichen Einfällen und nach Gutdünken der einen oder anderen Seite, sondern sie soll sich auch etwas sagen lassen in Fällen, wo es eine andere Meinung gibt, die von den Menschen in Österreich stammt, die für sich auch in Anspruch nehmen können, wirtschaftliche Verhältnisse zu kennen. Damit habe ich einiges über die bisherige Praxis gesagt.

Uns fehlt jetzt in der letzten Zeitspanne des Marshallplanes der Investitionsplan, der den geänderten Verhältnissen angepaßt werden muß, der nachkommen muß, der Investitionsplan, der Wirtschaftsplan, der zur Fortsetzung unserer wirtschaftlichen Bautätigkeit und unserer wirtschaftlichen Stabilisierung notwendig ist.

Ich möchte von dieser Stelle aus auch noch einmal der Auffassung des österreichischen ERP-Büros entgegenreten, das grundsätzlich

auf dem Standpunkt steht, daß Gelder aus diesen Mitteln für Wohnbauzwecke vergeudet werden und nicht zweckmäßig verwendete Mittel sind. Aufwendungen für Obdach, für eine anständige Wohnung für die Menschen hier in Österreich können nach den Zerstörungen und bei der Wohnungsnot niemals vergeudete Mittel sein. Ich möchte hier besonders auf die Situation der österreichischen Gemeinden und Städte hinweisen, die aus diesen Mitteln noch niemals Hilfe erhalten haben. Sie haben wichtige Aufgaben zu erfüllen und sie sind zum Teil in einer wirtschaftlich ungunstigen, schwierigen Situation. Mittel aus dieser Hilfe für Wohnbau, für Wasserversorgung, für den Straßenbau und Kanalisationsbauten, die für die Gesundheit und für die Arbeitskraft der Bevölkerung wichtig sind, können auch verantwortet werden.

Diese Mittel und diese Hilfe werden zu Ende gehen, aber ich glaube, das österreichische Parlament, die Vertretung des österreichischen Volkes, muß noch einmal die Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen und in aller Deutlichkeit sagen: Es kann doch nicht daran gedacht werden, daß mit dem Ablauf dieser vier Jahre die Last nur auf unsere Schultern gelegt wird. Dieses Volk, das um seine wirtschaftliche Selbständigkeit und seine politische Freiheit ringt, braucht weitere Hilfe von der freien Welt. Diese Hilfe möge uns bedingungslos und in voller Freiheit gegeben werden. Die freie Welt hat auch uns gegenüber, die wir hier für Frieden und Freiheit eintreten, eine Verpflichtung.

Die Freigaben aus dieser ERP-Hilfe werden Mitte des Jahres 1952 eine sehr große Summe erreichen, zirka 9, vielleicht bis 10 Milliarden Schilling. Davon geht ein Teil für Subventionen auf, die also geschenkt worden sind, aber mindestens 6 Milliarden, vielleicht bis zu 7 Milliarden Schilling sind verzinsliche, rückzahlbare Kredite. Wenn nun die Amortisation voll anläuft, kann im Jahre mit einer bedeutenden Summe rücklaufender Mittel gerechnet werden, sowohl was die Amortisation wie auch was die Verzinsung anbelangt. Das österreichische Parlament hat ein Interesse, zu erfahren, wie man diese nicht unbedeutenden Summen zu verwenden gedenkt. Wir sind nicht der Meinung, daß auch das unter Ausschluß des Parlamentes erfolgen soll, denn gerade diese rückfließenden Mittel können eine außerordentlich wichtige Komponente für die Beseitigung der Kapitalknappheit und für eine zusätzliche Hilfe werden, und sie müssen es auch für die Stützung unserer Wirtschaft, für die Aufrechterhaltung der Stabilität unserer Währung, für die Sicherung der Vollbeschäftigung, für die industrielle Umschichtung und

2442 67. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 6. Dezember 1951.

für die Anpassung an die veränderte Weltmarktlage sein. Wir wünschen, daß man sich mit diesen Fragen ehebaldigst beschäftigt, und zwar nicht nur einzelne Personen, sondern daß man dazu auch die Volksvertretung oder einen parlamentarischen Ausschuß heranzieht. Wir würden es auch für zweckmäßig halten, wenn man vielleicht gerade bei dieser Gelegenheit einen zentralstaatlichen Investitionsfonds schaffen würde.

Ein interessantes Detail dazu: Bis jetzt erreichen die Kredite aus diesen Geldern ungefähr 55 Prozent und die Subventionen ungefähr 45 Prozent. Die Subventionen können also abgeschrieben werden. Es ist nicht uninteressant — weil man sagt, die verstaatlichte Industrie sei außerordentlich bevorzugt worden —, zu erwähnen, daß die Gelder, die der Landwirtschaft gegeben wurden, zu 83 Prozent aus Subventionen und nur der Rest von 17 Prozent aus rückzahlbaren Krediten bestehen.

Ich bitte die Verantwortlichen für dieses Ressort, die Bundesregierung in ihrer Gesamtheit, das Bundeskanzleramt, dem das ERP-Büro untersteht, und das ERP-Büro selbst, diese Wünsche auch als eine, wie ich glaube, nicht unberechtigte Kritik an der bisherigen Art aufzufassen, aber nicht nur, weil es anlässlich der Budgetdebatte gesagt wird, sondern weil es unser Wunsch ist, daß man diese Worte auch beherzigt und an der bisherigen Praxis das ändert, was mit unseren Interessen, aber auch mit den berechtigten Forderungen des Parlamentes unvereinbar ist. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)*

Abg. Dr. Pfeifer: Hohes Haus! Ich habe bereits im vorigen Jahr bei der Gruppe I, die wir damals am 7. Dezember behandelt haben, auch über die Arbeitsweise des Parlamentes gesprochen. Vieles ist dort schon niedergelegt worden, was heute und bei anderen Gelegenheiten auch von anderen Rednern zum Ausdruck gebracht wurde. Ich kann aber doch nicht umhin, gewisse Grundgedanken kurz noch einmal von unserer Seite herauszustellen, damit das, was wir früher schon gesagt haben, nicht in Vergessenheit gerät, und dabei auch manches darüber ergänzend hinzuzufügen, wie bestehende Mißstände beseitigt werden können.

Es ist sicher, daß das Verhältnis, das nun einmal heute zwischen Parlament und Regierung besteht, kein befriedigendes ist, und zwar insofern nicht, als es tatsächlich darauf hinausläuft, daß das Parlament fast wie ein Vollzugsorgan der Regierung in seiner praktischen Tätigkeit erscheint und in der Regel nur kleinere Abänderungen an dem vornimmt, was es an Vorlagen bekommt. Ich glaube,

wenn von der Einrichtung der ersten Lesung, die unsere Geschäftsordnung immerhin vorsieht, sowohl bei Regierungsvorlagen als auch insbesondere bei Initiativanträgen in reicherm Maße Gebrauch gemacht würde, wäre schon manches besser, weil vor allem einmal zu den Vorlagen der Regierung und auch zu den Initiativanträgen des Hauses im Grundsätzlichen Stellung genommen werden kann, was ja der Zweck der ersten Lesung ist.

Ein zweites ist die Behandlung der Initiativanträge überhaupt. Wir müssen auch heuer noch immer sagen, daß diese Initiativanträge leider nicht so behandelt werden, wie man es wünschen möchte. Tatsächlich werden sie verschieden behandelt, je nach dem, von welcher Seite sie kommen. Die Initiativanträge der Opposition erfahren eine sehr schlechte Behandlung in der Richtung, daß sie entweder überhaupt nicht auf die Tagesordnung der Ausschüsse kommen, oder wenn es endlich gelungen ist, einen solchen Antrag in einem Ausnahmefall einmal auf die Tagesordnung zu setzen, dann ist auch diese erste Behandlung nur oberflächlich, um die Sache wieder auf die lange Bank zu schieben. Ich brauche nur daran zu erinnern, daß etwa die Initiativanträge hinsichtlich der Abänderung des Dritten Rückstellungsgesetzes — und hier handelt es sich sogar um mehr oder weniger übereinstimmende Anträge einer Regierungspartei und einer Oppositionspartei — nun schon über zwei Jahre im Ausschuß nicht behandelt worden sind und daß ein anderer Initiativantrag, jener zum Beamten-Überleitungsgesetz, der von uns vor zwei Jahren eingebracht wurde, über eine ganz oberflächliche Behandlung nicht hinausgekommen ist.

Wir glauben daher, daß diesem Übelstand nur dadurch wirksam begegnet werden kann, daß in die Geschäftsordnung eine Fristbestimmung eingebaut wird, wonach über eingebrachte Anträge innerhalb einer bestimmten Zeit zunächst im Ausschuß und dann im Plenum verhandelt werden muß. Dieser Gedanke ist derselbe, der ja auf einem anderen Gebiet, auf dem Gebiete des Verwaltungsverfahrenes, bei der großen Reform im Jahre 1925 schon längst verwirklicht wurde; denn auch hier ist es so, daß man sich zwar darüber im klaren war, daß die Behörden zur Entscheidung verpflichtet sind, aber man hat erst dadurch, daß man gesagt hat, daß sie innerhalb einer bestimmten Frist entscheiden müssen, der Entscheidungspflicht Wirksamkeit verliehen.

Ich glaube ferner, daß es immer mehr in Vergessenheit geraten ist, daß die Behandlung der Vorlagen und Anträge in den Ausschüssen

ja nur den Sinn hat, daß die Ausschüsse vorzubereiten haben, und die Geschäftsordnung sagt ja ausdrücklich, daß die Ausschüsse vorberatende Organe sind, die dann ein Gutachten, also eine Empfehlung an das Haus abzugeben haben. Aber in Wirklichkeit hat sich immer mehr die unrichtige Auffassung verbreitet, daß schon der Ausschuß beschließe und das Haus dann nur mehr sozusagen seinen Segen zu der beschlossenen Sache zu geben habe. So ist es eben nicht, und durch diese unrichtige Auffassung verschiebt sich manches. Dadurch ist eben der ursprüngliche Sinn der zweiten und der dritten Lesung der Vorlage im Haus verlorengegangen; denn dieser Sinn war ja, daß im Haus, das das beschließende Organ ist, in dem doch eine viel größere Anzahl von Abgeordneten an der Beschlussfassung teilnimmt, die auch noch ihre Gedanken zu dem beitragen können, was erst im kleinen Kreis des Ausschusses beraten wurde, noch Bedenken zur Geltung gebracht werden können und daß das Gesetz erst hier seine endgültige Gestalt empfangen soll. Eben deshalb gibt es dann noch die dritte Lesung, die das Ganze noch einmal überprüfen soll.

Würde noch etwas anderes dazukommen, was ebenfalls im Sinne der Verfassung liegt, daß nämlich jeder Abgeordnete hier im Haus seiner persönlichen Überzeugung Ausdruck gibt, frei von jedem Zwang und jedem Auftrag, wie es der Bundesverfassung entspricht, in der im Art. 56 ausdrücklich gesagt ist, daß der Abgeordnete an keine Aufträge gebunden ist, dann würde manches schlechte Gesetz verhindert oder zumindest verbessert werden. Hier hat sich das Merkwürdige ereignet, daß sich ein Satz, der in der Verfassungsgeschichte schon alt ist, nach dem der Abgeordnete an Aufträge nicht gebunden ist, ein Satz, der erstmals nach der Französischen Revolution in die erste französische Verfassung Eingang fand und damals verhindern sollte, daß die Abgeordneten von den Ständen Aufträge bekommen, nunmehr in der modernen Demokratie dahin gewandelt hat, daß die Abgeordneten ihre Aufträge nicht von den Parteien und Klubs erhalten sollten. Auch daß die Abgeordneten von den Parteien und Klubs Aufträge erhalten, widerspricht genau so dem Sinn der Verfassung, wie es ursprünglich diesem Sinn widersprach, daß die Abgeordneten von den Ständen ihre Aufträge bekamen. Der heutige Parlamentsbetrieb — und das möchte ich feststellen — entspricht also in mancher Hinsicht weder der Verfassung noch der Geschäftsordnung.

Ich glaube, daß zunächst eine Reform der Geschäftsordnung gemacht werden muß. Dazu sind ja auch schon Anregungen, ja sogar Anträge eingebracht worden. Insbesondere

im Laufe der Budgetbehandlung im Ausschuß sind wertvolle Anträge von den Abg. Dr. Pittermann und Eibegger in dieser Hinsicht eingebracht worden, und der Ausschuß hat ja beschlossen, sie dem Geschäftsordnungsausschuß zu überweisen. So können und wollen wir hoffen, daß diese notwendige Reform der Geschäftsordnung zu Beginn des neuen Jahres in Angriff genommen wird.

Aber nicht nur, daß die Arbeitsweise des Parlamentes selbst sehr viele Wünsche übrig läßt, ist es heutzutage auch so, daß der Wille der herrschenden Parlamentsparteien oftmals nicht mehr dem wahren Willen der Mehrheit des Volkes entspricht. Darum haben wir schon vom Anfang an in unserem Programm und ebenso bei jeder sich bietenden Gelegenheit, insbesondere bei diesem Kapitel des Budgets, immer wieder den Wunsch und die Forderung ausgesprochen, daß das Volk selbst Gesetze beantragen, gutheißen und ablehnen können sollte. Wir haben in der Form des Volksbegehrens und der Volksabstimmung solche Ansätze in unserer Verfassung verankert. Es sind dies aber nur rudimentäre Ansätze, und sie liegen derzeit brach, weil die Ausführungsgesetze fehlen. Wir haben es erreicht, daß solche Ausführungsgesetze zum Volksbegehren und zur Volksabstimmung ausgearbeitet wurden, und möchten nur hoffen, daß sie recht bald eingebracht werden.

Aber darüber hinaus ist es wohl sicher, daß die Bestimmungen der Verfassung über Volksbegehren und Volksabstimmung unzulänglich sind, und auch in dieser Hinsicht habe ich schon vor Jahren ganz bestimmte Wünsche formuliert und geäußert, insbesondere am 7. Dezember 1950, wonach die Verfassungsbestimmungen über Volksbegehren und Volksabstimmung dahingehend wirksam zu gestalten seien, daß, wenn der Nationalrat nicht innerhalb einer bestimmten Zeit über das eingelangte Volksbegehren entscheidet, das Volk selbst zur Abstimmung berufen ist. Das ist also im Sinne der Wünsche, die in neuester Zeit von der Österreichischen Volkspartei ausgesprochen und in der Form eines Antrages eingebracht wurden. Es liegt durchaus in diesem Sinne, daß wir wünschen, daß über Volksbegehren letzten Endes das Volk selbst zu entscheiden hat, wenn ihnen das Parlament nicht innerhalb einer gewissen Frist vollständig Rechnung trägt. Man kann natürlich auch noch weitergehen, wie es nun der neue Antrag der ÖVP tut, und kann auch sagen, daß es überhaupt nicht der Zwischenschaltung des Parlamentes bedarf, um über konkrete gesetzförmige Anträge des Volkes, das heißt einer bestimmten Zahl von Staatsangehörigen, sofort eine Volksabstimmung durchzuführen;

2444 67. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 6. Dezember 1951.

da wird man freilich noch über die Frage zu diskutieren haben, wie groß die Zahl der Stimmberechtigten sein muß, die solche Volksbegehren stellen können.

Ein dritter Gedanke ist der, der auch von mir schon geäußert wurde und der auch wenigstens in den Verfassungen der westlichen Bundesländer enthalten ist, nämlich, daß das Volk auch das Recht haben soll, gegen gefaßte Gesetzesbeschlüsse des Parlamentes nachträglich ein Veto einzulegen, wenn es eben mit dem, was beschlossen wurde, nicht einverstanden ist. Diese Gedanken sind schon wiederholt von uns in ganz dezidierter Form geäußert worden.

Ich möchte noch zu dem anderen Kapitel, das von den Gerichtshöfen des öffentlichen Rechtes handelt, sprechen. Hier ist es das Sonderbare, daß ein Wunsch, der wiederholt von verschiedenen Seiten geäußert wurde und der insbesondere auch jetzt wieder bei der Budgetdebatte von dem Herrn Berichterstatter selbst ausgesprochen und unterstrichen wurde: daß nämlich die Zuständigkeit des Verfassungsgerichtshofes als Wahlgerichtshof, der er ja zurzeit schon ist, dahingehend ergänzt werden soll, daß er nicht nur über die Wahlen zu den allgemeinen Vertretungskörperschaften, sondern auch über die Wahlen in die Berufsvertretungen, über die Wahlen der Landesregierungen und über die Wahlen der Gemeindevorstände zu wachen hat und daß er letzten Endes alle Wahlen überprüft —, daß also der Wunsch nach einer solchen von allen Seiten als richtig empfundenen Einrichtung dann dennoch auf Ablehnung stößt, wenn man diesen Wunsch in die Form eines Entschließungsantrages kleidet.

Ich habe ja im vorigen Jahr und heuer wieder einen gleichlautenden Antrag zunächst im Ausschuß eingebracht, welcher lautet:

Der Nationalrat wolle nachfolgende Entschliebung fassen:

Die Bundesregierung wird ersucht:

1. die bereits am 6. September 1950 verheißene Gesetzesvorlage, betreffend die Erweiterung der Zuständigkeit des Verfassungsgerichtshofes als Wahlgerichtshof, ehestens einzubringen;

2. ferner eine Gesetzesvorlage einzubringen, durch welche der Kreis der Personen und Dienststellen, welche die Überprüfung der Gesetzmäßigkeit einer Verordnung und der Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes beim Verfassungsgerichtshof beantragen können, erweitert wird.

Wie Sie also sehen und hören, besteht der Antrag aus zwei Punkten. Beide beziehen sich auf den Verfassungsgerichtshof. Der erste bezieht sich auf den Verfassungsgerichts-

hof als Wahlgerichtshof und wünscht nichts anderes, als diese schon genannte Ausdehnung seiner Zuständigkeit.

Ich habe vor mir eine Anfragebeantwortung des Herrn Bundeskanzlers liegen, die vom 6. September 1950 stammt und in der folgendes mitgeteilt wird:

„Die Bundesregierung hat sich mit der im Tätigkeitsbericht des Verfassungsgerichtshofes über das Jahr 1949 enthaltenen Anregung, Artikel 141 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 abzuändern, in der Sitzung vom 7. März d. J. beschäftigt. Sie ist zu der Auffassung gelangt, daß sie dem Nationalrat eine Novellierung des Artikels 141 B-VG. in der Richtung vorschlagen wird, derzufolge auch die Wahlen in die Berufsvertretungen, die Wahlen in die Landesregierung und die von den Gemeindevertretungen vorzunehmenden Wahlen der Gemeindevorstände der Überprüfung durch den Verfassungsgerichtshof unterworfen werden sollen. Die Bundesregierung wird eine diesbezügliche Vorlage zusammen mit anderen notwendig scheinenden einzelnen Änderungen des Bundes-Verfassungsgesetzes einbringen.“

Auf Grund dieser Anfragebeantwortung habe ich voriges Jahr davon Abstand genommen, diesen Punkt des Antrages hier im Hause noch einmal formell vorzubringen, weil wir der Auffassung waren: Es ist ja von der Regierung ohnedies zugesagt, es wird daher geschehen, warten wir also ab! Gut, wir haben nun über ein Jahr lang gewartet. Es geschah nichts. Wenn es die einheitliche Auffassung der Regierung und des Parlamentes ist, daß diese Forderung endlich verwirklicht werden soll, sehe ich nicht ein, warum man dann einen diesbezüglichen Entschließungsantrag, wie es ja geschehen ist, im Ausschuß ablehnt, der doch nur das wiedergibt, was die anderen schon gesagt haben. Das bezieht sich auf den Punkt 1 dieses Antrages.

Der zweite Punkt betrifft das Überprüfungsrecht des Verfassungsgerichtshofes hinsichtlich allgemeiner Rechtsnormen, und hier ist es auch eine weithin anerkannte Tatsache, daß der Kreis jener, die Anträge auf Überprüfung von Gesetzen und Verordnungen stellen können, zu eng ist. Es ist ja so, daß insbesondere bei der Überprüfung von Gesetzen der Antrag dazu nur von den drei höchsten Gerichtshöfen gestellt werden kann, also vom Obersten Gerichtshof, vom Verwaltungsgerichtshof und vom Verfassungsgerichtshof von Amts wegen. Ferner gilt dasselbe, unserem föderalistischen Prinzip entsprechend, noch von der Bundesregierung hinsichtlich von Landesgesetzen und von den Landesregierungen hinsichtlich von Bundesgesetzen. Das ist aber zu wenig.

Erstens müßte man wünschen, daß mindestens schon jedes Gericht einen solchen Antrag stellen, die Kontrolle anrufen kann, wenn es Bedenken hat, ein Gesetz anzuwenden, das ihm verfassungswidrig scheint. Darüber hinaus wäre es richtig, daß jedermann bezüglich eines Gesetzes oder einer Verordnung, die er für verfassungswidrig hält, einen solchen Antrag stellen kann, wenn er in seinen Grundrechten verletzt zu sein behauptet. Das ist die sogenannte Popularklage. Das ist nicht etwa bloß ein Phantasieprodukt irgendwelcher Gelehrter, sondern eine Einrichtung, die unser Nachbarstaat Bayern bereits verwirklicht hat. Dort ist es so, daß jedermann, der glaubt, in seinen ihm von der Verfassung gewährleisteten Grundrechten durch ein Gesetz oder eine Verordnung verletzt zu sein, diese Normenkontrolle durch einen Antrag anrufen kann. Und die Erfahrungen, die dort gemacht wurden, sind durchaus gut und sind zusammengefaßt in einer kleinen Broschüre, die ein Senatspräsident des bayerischen Verfassungsgerichtshofes herausgegeben hat, der sagt:

„1. Durch die Popularklage wird das naturrechtliche unorganisierte Widerstandsrecht in verfassungsrechtliche Bahnen gelenkt, dem Streben jedes einzelnen nach Verwirklichung und Wahrung der Grundrechte gewissermaßen ein ‚legitimes Ventil‘ gegeben. 2. Das freiheitliche demokratische Bewußtsein des Staatsbürgers wird gestärkt, sein Sinn für Recht und Rechtsstaatlichkeit geweckt. 3. Der Staatsbürger wird zur aktiven Teilnahme am politischen Leben aufgerufen, ihm selber wird die Wahrung seiner Grund- und Freiheitsrechte auch dem Gesetzgeber gegenüber in die Hand gegeben und er trägt dadurch die Mitverantwortung dafür, daß die Verfassung unversehrt bleibt.“ Die Erfahrungen, die dort gemacht wurden, sind durchaus günstig, und es ist kein mißbräuchlicher Gebrauch davon festzustellen gewesen.

So habe ich denn diesen Antrag, der beide Forderungen enthält, hier nochmals dem Präsidenten zu überreichen, mit der Bitte, ihn der Abstimmung durch das Haus zu unterziehen. Ich knüpfe daran geschäftsordnungsmäßig den Antrag, bei der Abstimmung jeden der beiden Punkte getrennt zu behandeln. Es könnte ja sein, daß das Haus nur mit dem ersten Punkt, der ja schon eine Zusage der Regierung enthält, ohneweiters einverstanden ist und beim zweiten Punkt, etwa weil man sich noch nicht genügend damit befaßt hätte, anderer Meinung ist.

Was nun den Verwaltungsgerichtshof anlangt, so haben wir mit Befriedigung festgestellt, daß nach dem Dienstpostenplan dort eine Vermehrung der Richterstellen um drei

für das kommende Jahr, und zwar für den vorübergehenden Bedarf, bis auf weiteres vorgesehen ist. Wir stellen das mit Befriedigung fest, weil wir ja alle Jahre hindurch diese Forderung in formeller Weise gestellt haben und es also eine teilweise Erfüllung dieses immer wieder vorgetragenen Wunsches ist. Freilich glauben wir, daß für das, was beim Verwaltungsgerichtshof an Rückständen vorhanden ist, drei Richter noch zuwenig sind. Der Herr Berichterstatter hat ja selbst in seinem Bericht mitgeteilt, daß die Zahl der rückständigen Akten beim Verwaltungsgerichtshof immerhin 3800 beträgt, und da bedarf es schon wenigstens vorübergehend einer ansehnlichen Vermehrung des Richterstandes, um dieses Rückstandes Herr zu werden und damit wieder die Rechtsschutzfunktion des Verwaltungsgerichtshofes zu verwirklichen, die er heute schon vielfach eingebüßt hat.

Ebenso haben wir es begrüßt, daß der Rechnungshof seinen Stand um zwölf neugeschaffene Dienstposten vermehrt hat, weil ja auch seine Tätigkeit letzten Endes nur dazu dient, die Sparsamkeit, Sauberkeit und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung zu gewährleisten.

Damit habe ich meine Ausführungen zur Gruppe I beendet und wende mich nun der Gruppe II zu, da sie in einem Zug zu behandeln ist.

Die Verwaltungsreform gehört nun einmal zu den Tätigkeitsbereichen des Bundeskanzleramtes. Aber hier will ich mich kurz fassen, weil wir zu diesem Punkt noch einen anderen Redner stellen werden. Ich darf hier bloß sagen, daß wir der Meinung sind — das habe ich auch schon im Ausschuß zum Ausdruck gebracht —, daß das, was bisher auf diesem Gebiete zu verzeichnen ist, zuwenig ist — bei aller Anerkennung dessen, daß eine Kommission zur Vereinheitlichung oder Vereinfachung der österreichischen Rechtsordnung eingesetzt worden ist und ihre Tätigkeit hinsichtlich der Wiederverlautbarung von Gesetzen entfaltet, daß ferner ein Arbeitsausschuß zur Vereinfachung des Vorschriftenwesens besteht und daß auf diesem Gebiete etwas geschehen ist, etwa daß die Verwaltungsformularverordnung erneuert und die Formulare ergänzt wurden, und dann drittens, daß die Einrichtung der Ersparungskommissäre besteht, über deren Tätigkeit der Herr Bundeskanzler eben erst eine Antwort gegeben hat.

Wir glauben, daß dies alles sehr löblich ist, aber noch nicht den Kern der Sache trifft. Wir glauben — und das habe ich immer wieder zum Ausdruck gebracht —, daß die Verwaltungsreform vor allem dahingehend wirksam

werden muß, daß überflüssige Verwaltungsaufgaben materieller Natur abgebaut werden; abgesehen davon, daß auch eine Abkürzung des Instanzenzuges und eine Dekonzentration der Verwaltung Platz zu greifen hätte.

Wir sind weiter der Meinung, daß eine solche weitgehende und von entscheidenden Erfolgen begleitete Verwaltungsreform nur dann verwirklicht werden kann, wenn dazu ein eigenes Organ in der Gestalt einer gemischten Kommission zur Vereinfachung der Verwaltung eingesetzt wird; eine gemischte Kommission, bestehend aus Verwaltungsfachleuten, Abgeordneten, Rechtsanwälten und Wirtschaftsführern.

Erst dann, wenn diese wichtigste Aufgabe, die heute anscheinend noch zum größten Teil am Widerstand der Ressorts scheitert, durchgeführt ist und die Genehmigung des Parlamentes erhalten hat, erst dann wird man zu der letzten Phase, der entsprechenden Verringerung des Personalstandes, mit Erfolg schreiten können.

In dieser Hinsicht haben wir ja auch — das hängt damit zusammen — im Ausschuß einen Antrag eingebracht, daß endlich auch das Personalvertretungsgesetz im Hause eingebracht wird. Dieser Antrag hat ausnahmsweise einmal auch die Zustimmung der übrigen gefunden. Wir glauben, daß diese Personalvertretungen notwendig sein werden, damit, wenn ein Personalausgleich zwischen den Ressorts stattfindet oder auch später ein Personalabbau, diese Vertretungen dann ein sachkundiges Wort mitzureden haben. Soviel zum Thema Verwaltungsreform.

Nun das zweite große Kapitel, das nun einmal der Hauptsache nach beim Bundeskanzleramt konzentriert ist, die NS-Frage, die NS-Gesetzgebung, die ja schon gestern in der Generaldebatte von einzelnen Rednern, insbesondere vom letzten Redner, Abg. Doktor Tončić, behandelt wurde. Unser Standpunkt in dieser Frage ist wohl zur Genüge bekannt. Wir sind vor allem einmal der Meinung und geben auch der sicheren Erwartung Ausdruck, daß die Spätheimkehreramnestie, die ja doch in allen wesentlichen Teilen fast schon hundertprozentig im Unterausschuß behandelt und erledigt ist, nun auch ehestens auf die Tagesordnung des Hauptausschusses und noch vor dem Weihnachtsfeste auf die des Hauses gesetzt wird. Ich sehe in dieser Hinsicht keine Schwierigkeiten, wenn der Wille vorhanden ist. Das Haus tagt nun jeden Tag ab 11 Uhr, und es ist kein Hindernis, daß der Hauptausschuß, der heute beisammen war, aber diese wichtige Vorlage leider nicht behandelt hat, morgen oder am Samstag oder am Montag neuerlich um 9 Uhr zusammen-

tritt, um endlich die Spätheimkehreramnestie-Vorlage zu erledigen, und dem Hause noch im Laufe der nächsten Woche zur Beschlußfassung vorlegt. Wir halten das für eine Ehrenpflicht, die hier zu erfüllen ist. Wir glauben, dies wäre auch deswegen von besonderer Bedeutung, weil wir ja hoffen und glauben, daß diese so selbstverständliche Spätheimkehreramnestie ein Vorläufer für eine weitere allgemeine Amnestie der Belasteten in naher Zukunft sein wird. Denn wir dürfen nicht vergessen, daß sich im kommenden Frühjahr sieben Jahre vollenden, daß wir mit diesen Gesetzen einen Ausnahmezustand im Land haben, der demnach genau solange gedauert hat wie die ganze NS-Herrschaft in Österreich.

Bis dahin aber, verehrte Abgeordnete, sind wir der Meinung, die einmal mögliche Gnadenpraxis sei im Einzelfalle so großzügig, als es nur überhaupt möglich ist, zu handhaben, sowohl nach dem berühmten § 27 Verbotsgesetz als auch nach dem Artikel 65 der Bundesverfassung, soweit es sich um strafgerichtliche Urteile handelt.

Wir müssen dazu sagen, daß wir immer wieder wahrnehmen können, daß gerade die Handhabung des § 27 Verbotsgesetz oft und oft kleinlich ist. Wenn man hier schon endlich Gnadenakte setzen will, dann gebe man doch nicht bloß Nachsicht von der einen oder der anderen Sühnefolge, sondern von allen Sühnefolgen. Auch die Dauer der Erledigung läßt, wie ja bekannt, ungeheuer zu wünschen übrig.

Zu dieser Sache muß ich hier überhaupt ein offenes Wort sagen. Es ist etwa so, wie ich schon erwähnt habe, daß man bei Sühnefolgen, die einen finanziellen Charakter tragen, sehr zurückhaltend ist oder aber die Nachsicht überhaupt nicht gewährt. Ein typisches Beispiel ist die Sühnefolge des Pensionsverlustes, hinsichtlich der sich der Ministerrat darauf geeinigt hat, daß diese Nachsicht nur Leute über 60 Jahre oder solche erhalten sollen, die kriegsversehrt sind. Ja, verehrte Abgeordnete, damit komme ich eben auf das, was gestern Abg. Tončić berührt hat. Ich meine, wenn man sagt: Macht uns keinen Vorwurf wegen des ersten und des zweiten Verbotsgesetzes, wir haben unter Druck und Zwang gehandelt! — und das wird von den Regierungsparteien immer wieder beteuert —, dann sagen wir: Gut, wenn das wahr ist, was ihr sagt, dann beweist es doch dadurch, daß ihr dort, wo ihr könnt, den guten Willen zeigt! *(Zwischenrufe.)* Denn hier, wo es sich darum handelt, in der Praxis diese einmalige Ungerechtigkeit zu handhaben, oder wo es sich darum handelt und wo der Weg

dazu gegeben ist, an Hand des Gesetzes Gnade zu üben, hier kann der gute Wille bewiesen werden. Wenn man sagt: Wir haben nicht gewollt, daß schon alle Zellenleiter zu Belasteten gemacht werden und alle Ortsgruppenleiter nach §§ 10 und 11 des Verbotsgesetzes mit Vermögensverlust und Pensionsentzug abgestraft werden, wir haben erst bei viel höheren Stufen mit der Strafe anfangen wollen!, so sagen wir: Ja, bitte, wenn man es nicht gewollt hat, warum übt man dann in diesen Fällen nicht das sogenannte Gnadenrecht? Dann kann man doch reparieren, was an Unrecht im Gesetz gesetzt wurde! Es ist doch so, daß das, was sich Gnade nennt, nicht bloß ein Ventil der Billigkeit ist, sondern hier auch ein Ventil des Rechtes, das sich an Stelle des legalisierten Unrechtes eben wieder durchsetzt.

Hier möchte ich dahin appellieren, alle diese Schwierigkeiten, die immer wieder gemacht werden, fallen zu lassen, auch dort, wo man sich schließlich auf die finanzielle Lage des Staates beruft. Es läßt sich doch nicht vereinbaren, daß man sagt: Das habe ich nur unter Druck und Zwang getan, ich wollte es ja nicht!, dann aber, wenn man heute feststellt: Du kannst ja Nachsicht üben, du kannst ja das, was dem Betroffenen weggenommen wurde, wiedergeben, du kannst die Pension wieder zuerkennen!, dahin erwidert: Das ist ja schön, aber der Staat hat nicht die Mittel dazu! Es handelt sich doch hier um die Beseitigung von Unrecht und von Härten, die nicht zu vertreten sind.

Jetzt komme ich zum zweiten Punkt, über den ich offen sprechen will, zu dem Einwand, der aus höchstem Mund wie auch von Abgeordneten immer wieder zu hören ist: Ja, es ist auch hier Unrecht geschehen, auch dieses Unrecht muß beseitigt werden, aber zuerst kommen — so sagt man — die ehemals politisch Verfolgten!

Nun, meine verehrten Zuhörer, ein Abgeordneter der Österreichischen Volkspartei, der Herr Abg. Frisch, hat im Finanz- und Budgetausschuß ein richtiges und gerechtes Wort gesprochen, an das ich mich halten möchte. Er hat gesagt, der Abstand vom Jahre 1945 sei weit genug, um die Dinge heute richtiger beurteilen zu können. Er hat gesagt, politisch verfolgt seien sowohl die in der Zeit vom Jahre 1933 bis 1938 Verfolgten als auch die Menschen, die in den Jahren 1938 bis 1945 verfolgt wurden, wie auch die vom Jahre 1945 bis heute Verfolgten. Das muß man einmal grundsätzlich feststellen, und ich glaube, wer ehrlichen Willens ist, der kann das nicht bestreiten. „Politisch verfolgt“ kann nicht ein Begriff sein, der auf die Jahre 1938 bis 1945 beschränkt ist.

Wenn man daher sagt, zuerst müßten die politisch Verfolgten wieder entschädigt werden, so muß man schon zuerst die Korrektur am Begriffe machen. Wenn man meint, in der Reihenfolge kämen die vom Jahre 1938 bis 1945 Verfolgten früher daran als die vom Jahre 1945 an Verfolgten, dann darf man jene Menschen nicht vergessen, die in der Zeit vom Jahre 1933 bis zum Jahre 1938 verfolgt wurden. Hier gibt es eine Gruppe, die man ausgenommen hat. Man hat ja im § 4 des Beamten-Überleitungsgesetzes gesagt: Wer auf Grund der Verordnung der Bundesregierung vom Jänner 1934 aus politischen Gründen entlassen wurde, der wird rehabilitiert und wieder in den Aktivstand übernommen und bekommt zumindest seine Pension vom Mai 1945 an, es sei denn, daß er sich jemals nationalsozialistisch betätigt hätte, auch wenn diese Betätigung nur in einer Zeit erfolgte, in der diese Partei noch gar nicht verboten war.

Meine Frauen und Herren! Das ist ein Unrecht, das gegen die Verfassung verstößt und das beseitigt werden muß. Hier ist eine Gruppe, die zeitlich am frühesten dran ist und bei der bis heute noch nichts gutgemacht ist. Ich anerkenne eine Reihenfolge, wenn man sagt: Zuerst kommen die politisch Verfolgten aus der Zeit von 1938 bis zum Jahre 1945 und dann jene vom Jahre 1945 bis heute! Dazu sage ich: Gut, aber man kann nur Gleiches mit Gleichem vergleichen! Man muß fragen: Was ist hier schon gutgemacht worden von dem Unrecht an den in den Jahren 1938 bis 1945 Verfolgten, das auch wir verurteilen? Man muß fragen: Sind den Leuten, die in der Zeit vom Jahre 1938 bis zum Jahre 1945 gedient haben oder ausgeschaltet waren und einem anderen Berufe nachgingen, die Jahre nicht längst schon angerechnet worden? Ich glaube schon!

Es ist ja ausdrücklich im Beamten-Überleitungsgesetz gesagt, daß dem Betroffenen auch die Jahre, die er dem Dienste ferne war, angerechnet werden können. Kann ich dann nicht sagen: Wenn auch das schon geschehen ist und selbst die Jahre bereits angerechnet wurden, während der jemand ausgeschaltet war und also gar nicht Dienst machen konnte, sondern etwas anderes getan hat — ist es dann nicht recht und billig, zu verlangen, daß die effektiven Dienstjahre von 1938 bis 1945, die der andere geleistet hat, ebenfalls angerechnet werden, ebenso wie die Jahre, die er dann der Zweiten Republik in der Zeit von 1945 bis 1948 effektiv gedient hat?

Dazu sagt man dann, das Verbotsgesetz sei ein Hindernis, aber wir haben ja schon einen Spruch des Verwaltungsgerichtshofes vom 23. Dezember 1950 in dieser Sache, der aus-

2448 67. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 6. Dezember 1951.

drücklich entschieden hat, daß dieses im Verbotsgesetz statuierte Einrechnungsverbot mit dem 6. Juni 1948 weggefallen ist und daß diese Zeit für die späteren Jahre angerechnet werden kann.

Meine Damen und Herren! Damit sind wir wieder beim guten Willen angelangt. Wenn der Verwaltungsgerichtshof sagt, ein verfassungsgesetzliches Hindernis bestehe nicht, es liege vielmehr im Ermessen der Behörde, es zu tun, dann erkläre ich: Erbringt hier also den Beweis, daß ihr guten Willens seid! Wenn aber der gute Wille dazu nicht vorhanden ist, dann muß erst das „Kann“ in ein „Muß“ im Wege des Gesetzes umgewandelt werden.

So ist es also auf weiten Gebieten zu sehen. Ich meine auch die Sache, die ich früher angedeutet habe, daß nur Gleiches mit Gleichem zu vergleichen ist. (*Zwischenrufe.*) Wenn die in der Zeit vom Jahre 1938 bis 1945 aus den Ämtern Verdrängten wiedereingestellt wurden, dann ist es nur billig, auf der anderen Seite auch die Frage der Wiedereinstellung der nach dem Jahre 1945 Verdrängten zu lösen. Ich kann Gleiches immer nur mit Gleichem vergleichen.

Wenn von Haftentschädigung die Rede ist für die Haft, die die einen erlitten haben, so steht die Haftentschädigung für die anderen, die nach 1945 unrechtmäßig in Haft waren, ebenfalls zur Debatte, und dasselbe gilt für die Nachzahlung der Bezüge. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Ich kann nicht Dinge, die nicht sachlich miteinander zusammenhängen und die nicht dasselbe darstellen, künstlich zusammenspannen, ich darf nicht etwa einen Zusammenhang in der Weise herstellen, daß ich sage: Die Novellierung des Dritten Rückstellungsgesetzes wird davon abhängig gemacht, daß die Opfer von 1938 bis 1945 eine Haftentschädigung bekommen. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*)

Das hat doch miteinander gar nichts zu tun, abgesehen davon, daß die Rückstellungsbetroffenen überhaupt keine politische Gruppe sind, denn sie gehören allen politischen Parteien an, ja es gibt auch solche, die überhaupt unpolitisch sind. Alle aber sind in gleicher Weise von den Ungerechtigkeiten des Rückstellungsgesetzes betroffen. Sicher ist, daß man nichts Ungleiches miteinander verkoppeln, sondern nur Gleiches mit Gleichem vergleichen darf. Nur dann kommt man zu einem gerechten Ergebnis.

Ich möchte hier nochmals sagen, daß nicht nur die Handhabung des Verbotsgesetzes und die Gnadenpraxis, sondern ebenso auch die Handhabung des in mehrfacher Hinsicht verfassungswidrigen Beamten-Überleitungs-

gesetzes mit seinem uferlosen Ermessen leider Gottes bis zum heutigen Tag immer noch dazu benützt wird, auch den minderbelasteten Nationalsozialisten, die seit dem Verfassungsgesetz vom April 1948 nach dem Berichte des Abg. Eibegger wieder gleichberechtigt mit den übrigen Staatsbürgern sind, aus dem Titel einer früheren Parteimitgliedschaft auf beamtenrechtlichem Gebiet immer noch eine schlechtere Behandlung widerfahren zu lassen, sie deswegen nicht auf den Personalstand zu übernehmen, sie deswegen nicht zu rehabilitieren und ihnen deswegen die Dienstzeit nicht anzurechnen.

Dies war also das, was ich zu diesem leidigen Kapitel zu sagen habe, was aber in seiner Bedeutung nicht unterschätzt werden soll, und fast so waren die gestrigen Worte des Herrn Abg. Dr. Tončić zu verstehen. Es ist so: Wenn Unrecht geschieht, dann wird dies so lange einen Unfrieden im Staate erhalten, bis das Unrecht beseitigt ist! Es geht nicht bloß nach der Größe der Zahl, aber ich glaube doch, die Zahl, die gestern der Herr Abg. Tončić genannt hat, ist so groß, daß wir alles daransetzen sollten, diese Fälle zu beheben und wieder auf allen Seiten Gerechtigkeit zu schaffen.

Damit habe ich hier auch das Kapitel der Nationalsozialistengesetzgebung und des Beamten-Überleitungsgesetzes behandelt, das ja zu jenen Gesetzen gehört, deren Novellierung wir seit zwei Jahren verlangen, ohne daß man sie in Angriff genommen hat.

Bei dieser Gelegenheit ist noch zu erwähnen, daß das, was ich in unserem Antrag zur Novellierung des Beamten-Überleitungsgesetzes vorgeschlagen habe, daß man nämlich die lediglich aus politischen Gründen vorzeitig in den Ruhestand versetzten und ausgeschiedenen Beamten doch wiedereinstellen soll, und zwar auch aus staatswirtschaftlichen Gründen, ganz abgesehen davon, daß es sich ja um viele ganz besonders gut qualifizierte Beamte handelt, inzwischen unabhängig von uns in Westdeutschland, in der Bundesrepublik Deutschland, in einem Gesetze Verwirklichung gefunden hat, das heuer, im Mai 1951, vom Deutschen Bundestag beschlossen wurde. Es handelt sich um ein Ausführungsgesetz zum Artikel 131 des Bonner Grundgesetzes. Nach diesem Gesetze sind eben alle aus verschiedenen Titeln vorzeitig ausgeschiedenen Beamten, sei es, daß es sich um Beamte von Dienststellen handelt, die heute außerhalb des Gebietes der westdeutschen Republik liegen, die aber eben deutsche Beamte waren, sei es, daß sie, weil sie einfache Parteimitglieder waren, im Zuge der ersten Maßnahmen der Alliierten ihres Amtes ent-

hoben wurden, dann aber in dem Entnazifizierungsverfahren, das ja draußen viel mehr nach individuellen Gesichtspunkten durchgeführt wurde als bei uns, wieder entnazifiziert wurden, wiedereinzustellen. Man hat alle diese Beamten in der Gruppe der „Beamten zur Wiederverwendung“ zusammengefaßt, und man hat im Gesetz die Verpflichtung ausgesprochen, daß alle in Betracht kommenden öffentlich-rechtlichen Körperschaften — Bund, Länder, Kreise, Gemeinden usw. — diese „Beamten zur Wiederverwendung“ nach näheren Vorschriften wieder im öffentlichen Dienste unterzubringen haben und daß bei Nichtbefolgung dieser Unterbringungspflicht die betreffende Dienstkörperschaft einen Ausgleichsbetrag in eine Ausgleichskasse des Bundes zu zahlen hat. Damit hat man eine wirksame Sanktion auf diese Verpflichtung gesetzt. Man hat ferner bestimmt — und das ist immerhin interessant, weil ja doch die Deutsche Bundesrepublik eine rein demokratische Regierung und ein rein demokratisches Parlament hat —, daß diese Beamten ein gleichwertiges Amt erhalten sollen, wie sie es seinerzeit hatten, und daß Beförderungen während der NS-Zeit nach einem gewissen Schlüssel anzurechnen sind. Dort wurde der Schlüssel „für sechs Jahre eine Beförderung“ aufgestellt; denn es ist doch so, daß die Leute, die damals eben im Amte waren, die verdammte Pflicht und Schuldigkeit hatten, ihr Amt weiterzusehen und weiterzudienen. Sie können doch auch nichts dafür, daß sie mit dieser Amtszeit gerade in jene Zeit hineingefallen sind.

Dann ist hier noch das Kapitel des Vermögensverfalles zu erwähnen. In dieser Hinsicht möchten wir nur neuerlich unsere Hoffnung zum Ausdruck bringen, daß möglichst bald ein Weg gefunden wird, in welcher Weise die verfallenen Vermögen, die schon bei reinen Formaldelikten verfallen sind, den ursprünglichen Eigentümern zurückgegeben werden. Es laufen ja interministerielle Besprechungen, und ich möchte nur bitten, daß da bald irgendein geeigneter Weg gefunden werde.

Zum Schlusse noch ein Wort zugunsten der Auslandsösterreicher, die als Rückwanderer in ihre alte österreichische Heimat zurückgekehrt sind, zum größten Teil nicht freiwillig, sondern weil man sie aus den Nachbarstaaten, wo sie sich befanden, oder auch aus Übersee im Jahre 1945 zumeist ebenso vertrieben hat wie die Volksdeutschen aus diesen Gebieten. Sie haben sehr viel Leid erfahren und erduldet und hier im Lande nicht die Aufnahme und Behandlung gefunden, die sie für ihr unverdientes Schicksal verlangen könnten. Sie wissen ja, daß hier ein Bund der Auslands-

österreicher mit einer eigenen Sektion für Rückwanderer besteht, die ihre Wünsche und Forderungen in einem Punkteprogramm zusammengefaßt hat. Im Budgetausschuß hatte ich den Antrag gestellt, damit diese Frage wie die der Volksdeutschen eben doch auch sachgemäß und vordringlich behandelt wird, einen Beirat aus diesem Kreise zur Beratung der Zentralstellen in den Fragen der österreichischen Rückwanderer und zivilen Heimkehrer zu bilden. Ich will den Antrag nicht mehr ausdrücklich wiederholen, ihm aber doch in Form des Wunsches Ausdruck geben, daß diesen berechtigten Forderungen der zivilen Heimkehrer Rechnung getragen werden möge. Schließlich haben sie eine Organisation. Man könnte das sehr leicht machen, indem man diese bestehende Organisation einfach auffordert, ein paar Leute zu nominieren, die die Interessen ihrer Leute bei den Behörden vertreten. Wenn im Budgetausschuß von seiten eines Regierungsparteiabgeordneten gesagt wurde: Ja das sind ohnedies österreichische Staatsbürger, die bedürfen der Vertretung durch einen solchen Beirat nicht!, kann ich dieses Argument nicht anerkennen. Würde man annehmen, daß die österreichischen Staatsbürger keine Vertreter für ihre Interessen brauchen, dann könnte man alle Vertretungen, alle beruflichen Vertretungen, den Gewerkschaftsbund und die zahlreichen Beiräte, die man aufgestellt hat, beseitigen. Das ist kein Argument, sondern ich glaube, daß man doch diese berechtigten Wünsche und Forderungen der zivilen Heimkehrer ernstlich prüfen und auch berücksichtigen und daß man ihnen Gelegenheit geben muß, durch eine entsprechende Organisation an der Erledigung dieser Frage mitzuwirken. (*Beifall beim KdU.*)

Abg. Ludwig: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Gruppen I und II sind von staatspolitischer Bedeutung. Die Gruppe I ist es deshalb, weil sich in der Gruppe I das Bundespräsidium, die Organe der Bundesgesetzgebung, die Gerichte des öffentlichen Rechtes und schließlich und endlich der Rechnungshof befinden. Das sind naturgemäß maßgebliche Momente der staatsrechtlichen Entwicklung, und es ist selbstverständlich Aufgabe des Parlamentes, diese staatsrechtliche Entwicklung in entsprechender Form zu überprüfen. Es entspricht einer Usance, die seit dem Jahre 1945 hier Platz gegriffen hat, das Kapitel Bundespräsident und Präsidentschaftskanzlei im allgemeinen ohne weitere Debatte zu genehmigen. Da aber die Gruppen I und II untereinem behandelt werden, möchte ich der Regierung meinen Dank aussprechen, daß sie in Verfolg einer Interpellation im Ausschuß den früheren Kabinettsvize-

2450 67. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 6. Dezember 1951.

direktor in entsprechende weitere Verwendung genommen hat.

Wir haben heute von Herrn Nationalrat Fischer eine interessante Darlegung gehört, ich möchte sagen, er hat uns ein Manual über die Handhabung parlamentarischer Sitten gegeben. Wir hörten seine Beschwerde, daß das Parlament allmählich aus der aktiven Entscheidungsrolle zurückgedrängt worden wäre. Vor allem hat Herr Nationalrat Fischer die Beschwerde erhoben, daß die Parteien der Regierung der Diskussion aus dem Wege gingen. Seien Sie mir nicht böse, wenn ich Ihnen folgendes sage: Sie haben heute soviel diskutiert, und wir haben mit selbstverständlichem Respekt einer so bedeutenden Persönlichkeit der Opposition zugehört, aber Sie haben sich an der weiteren Diskussion kaum beteiligt, denn Sie haben, verehrter Herr Staatssekretär, sofort, nachdem Sie Ihre Rede beendet hatten, dieses Haus verlassen. Die Diskussion scheint Ihnen also bei Gott nicht allzu stark am Herzen gelegen zu sein. Und was heißt Diskussion? Sie haben gesagt, hier in diesem Haus ist eine Diskussion fast unmöglich. Ich glaube nicht, daß das stimmt.

Sie haben den Appell an die Straße gerichtet und haben erklärt, daß die Diskussion zwischen Ihnen im Verein mit der Straße abzuführen sei. Wenn ich Ihre Worte richtig verstanden habe, so heißt das ja, den Versuch unternehmen, die parlamentarische Entscheidungsgewalt auszuschalten, um sie der Straße zu übertragen. Wenn Ihnen das gelingt, dann haben wir mit dem Begriff der Revolution zu rechnen, dann würden Sie an unsere Stelle einrücken. Ich kann Ihnen aber die Garantie geben, verehrter Freund, wir haben weder Lust noch Liebe, Ihnen unsere Stellungen anzuvertrauen.

Man hat in Ihrer Rede auch eine Kritik darüber gehört, daß bei der Verabschiedung eines bestimmten Gesetzes Polizei hier gewesen ist und daß Sie über die bewaffnete Macht gestolpert seien. Ich glaube, daß Ihnen das allmähliche Erstehen einer bewaffneten Macht, des Brachiums der Bundesregierung, keine besondere Freude bereitet. Es ist aber zu hoffen, daß die Hohe Bundesregierung den Ausbau dieses Brachiums fortsetzen wird, denn das ist notwendig. Wenn Sie den Appell an die Straße gegen das Parlament richten, so hat die Regierung die Verpflichtung, das Parlament bei der Erfüllung seiner Aufgaben durch ihr Brachium zu unterstützen.

Wenn Sie, verehrter Freund, parlamentarische Grundbegriffe haben, so müssen Sie wissen — und damit widerlege ich Ihren Vorwurf, daß die beiden Regierungsparteien nur mit Ja zu stimmen haben —, daß es eben Regierungsparteien und Opposition gibt. Auf-

gabe der Regierungsparteien ist es, nach demokratischen Manieren die Regierung in der Handhabung ihrer Geschäfte zu unterstützen. Ihre Aufgabe kann es sein, nein zu sagen. Sie haben ja gemeint, die Regierungsparteien sagen ununterbrochen ja. Da muß ich Ihnen das eine sagen: Wenn Sie schon ein Manual der parlamentarischen Verkehrsformeln herausgeben wollen — wir werden auch weiter ja sagen. Das heißt, wir haben volles Vertrauen zu der von uns bestellten Regierung und ihrer Geschäftsführung. Das will natürlich nicht wieder sagen, daß wir hundertprozentig mit gewissen Mängeln, die in den Beziehungen zwischen dem Parlament und der Regierung bestehen, einverstanden wären. Aber der Parlamentarismus, von der Französischen Revolution angefangen bis zu uns herauf, hat ja mancherlei Änderungen erfahren. Diese Änderungen sehen wir schließlich auch hier. Wenn die eine oder andere Beschwerde erhoben wird, daß das Parlament nicht mehr die Allmacht habe, die es gehabt hat, ja dann sind Sie doch genau so mitverantwortlich wie die gesamte Entwicklung. Wir haben heute Gewerkschaften, wir haben Kammern, und alle diese Korporationen haben sich ein gewisses Mitspracherecht erobert. Sache des Parlamentes ist es natürlich, dieses Mitspracherecht in einem Maße zu halten, das den wahren Aufgaben des Parlamentes nicht schaden kann.

Ich glaube nicht, daß bei der Regierung *dolus* oder *culpa lata* oder *levis* vorliegt, wenn in dem einen oder anderen Fall das Parlament nicht Gelegenheit hat, in entsprechender Form zur Sprache zu kommen. Wir haben ja eine besondere Art demokratischer Verhandlung, und diese besondere Art demokratischer Verhandlung wickelt sich eben in erster Linie heute in den Ausschüssen ab. Und wer sich von diesen Arbeiten in den Ausschüssen freiwillig absentiert, trägt daran schuld, wenn er unter Umständen bei der Schlußverhandlung — und ich wiederhole hier ruhig das Wort, das ich schon im Ausschuß gesagt habe — vielleicht in dem einen oder anderen Fall nur rhetorisches Schauspiel bieten kann, und dafür sind ja auch Sie ein Beispiel, aber vom tatsächlichen parlamentarischen Leben ausgeschaltet ist. (*Abg. Ernst Fischer: Was heißt „freiwillig absentiert“? Sie wissen, daß wir sehr unfreiwillig aus den Ausschüssen ausgeschaltet wurden!*)

Wir werden ja noch Gelegenheit haben, unsere Meinungen beim Kapitel Äußeres auszutauschen. Ich habe nur immer die Empfindung, daß Ihre vorgeschützte Freudigkeit an der Mitarbeit und am Mitaufbau des Staates nur außerordentlich bedingt ist. Aber

wir haben diese bedingte Freudigkeit bis heute ertragen und werden sie weiter ertragen müssen. Es wäre sehr interessant, hier gerade beim Manual, beim Handbuch parlamentarischer Sitten, das Sie uns vorgehalten haben, auf den Staatsvertrag als solchen — Sie haben schon darauf angespielt — zu sprechen zu kommen. Aber das wird ja bei einem späteren Kapitel der Fall sein.

Es ist natürlich ein Faktum, daß dieses Parlament nicht vollkommen sein kann. Daran trägt bei Gott nicht diese Regierung und nicht dieses Parlament die Schuld, sondern daran trägt die heute noch immer bestehende Okkupation die Schuld. Wenn wir vielleicht in dem einen oder anderen Fall nicht mehr so genau gebunden sind — aber nur in dem einen oder anderen Fall —, so bedeutet das noch keineswegs, daß dieser Staat nach wahrhaft demokratischen Prinzipien regiert werden könnte; er wird schließlich und endlich nach dem Diktat nicht zuletzt der Gruppe, verehrter Herr Staatssekretär, der Sie nahestehen, regiert. Diese betrübliche Tatsache muß hier im Hause konstatiert werden, denn nur die wahre demokratische Einstellung des Hauses hat es Ihnen ermöglicht, in diesem Haus Ihre jeweiligen rhetorischen Schaustücke aufzuführen. *(Zustimmung bei der Volkspartei.)*

Ich habe davon gesprochen, daß durch die Entwicklung der Parlamente vielerlei Änderungen eingetreten sind. Heute kann ich bei dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht naturgemäß keinerlei irgendwie geartete Vergleiche mit dem Parlament vor dem Jahre 1918 anstellen. Das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht ist die Basis unserer politischen Entwicklung, und diese Entwicklung wird vollkommen davon abhängen, ob wir weiter in der Lage sind, mit diesem Wahlrecht und den ergänzenden Arbeiten der Gewerkschaft und der Kammern die Weiterentwicklung so zu beeinflussen, wie es bis heute geschehen ist. Ich bin vollkommen der Überzeugung, daß es keine andere Grundlage für wahre Demokratie geben kann als dieses allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht.

Wenn wir nun auf die nächste Gruppe übergehen, so möchte ich nur eine ganz kurze Bemerkung machen. Diese ganz kurze Bemerkung bezieht sich auf Herrn Universitätsprofessor Dr. Pfeifer. Er hat in besonderer und ausführlicher Weise über die NS-Frage in der gesetzlich fundierten Form gesprochen. Es ist hier nicht notwendig, weitere Ausführungen zu machen, aus dem einfachen Grunde, da ja gestern schon unser Freund Tončić darüber gesagt hat, daß es nicht notwendig ist, durch Gesten diese Fragen geradezu

als den Angelpunkt der innerpolitischen Entwicklung darzustellen.

Er hat auch in ganz klarer Form eine weitere Forderung gestellt. Hier möchte ich, nachdem der Herr Professor Dr. Pfeifer über die Bonner Regierung, über das Bonner Parlament gesprochen hat, darauf aufmerksam machen, daß eine Koinzidenz zwischen ehemals politisch Verfolgten und angeblich verfolgten Nazis dort schon längst hergestellt ist; denn die Bonner Regierung hat bereits den politisch Verfolgten alle ihre Rechte wiedergegeben, die sie bei uns in keiner Form haben. Wir sind aber selbstverständlich gerne bereit, den von Ihnen aufgeworfenen Fragen nahezutreten. Wenn man die Tatsache zur Kenntnis nimmt, daß wir gegen früher 27 Beschwerdekommisionen heute nur mehr drei Beschwerdekommisionen haben, daß vom Jahre 1947 an nicht weniger als 13.000 Begnadigungen durchgeführt wurden, daß das Bundeskanzleramt in geradezu vorbildlicher Form jeden dieser Akte, der nach § 27 eingereicht wird, innerhalb von drei Tagen erledigt, so kann man vom Standpunkt der Verwaltungsreform dem Bundeskanzler, dem Vizekanzler und ihren Beamten nur Dank und Anerkennung aussprechen. Ich bin überhaupt der Meinung, daß sich gewisse Fragen, die hier juristisch behandelt wurden, ihrer Lösung nähern.

Bitte noch eine Frage: die Rückstellungsgesetze. Ich möchte hier wieder eines sagen, verehrter Herr Universitätsprofessor Pfeifer! Wir sprechen sehr häufig vom Staatsvertrag oder Friedensvertrag. Ich weiß nicht, ob Sie die 59 Paragraphen schon durchgelesen haben. Wenn wir auf der einen Seite diesen Staatsvertrag wollen, so müssen wir auf der anderen Seite in gewisser Beziehung den Inhalt dieses Vertrages zur Kenntnis nehmen. Ich glaube nicht, daß Sie in der Lage sein werden, Einwendungen, die von seiten der Hohen Alliierten erhoben werden, hier Ihr eigenes Urteil entgegenzusetzen.

Es dürfte Ihnen übrigens bekannt sein — um noch einmal auf die Begnadigungsfrage zurückzukommen —, daß das Bundeskanzleramt und im besonderen der Bundeskanzler selbst verpflichtet ist, über jeden einzelnen Akt den Alliierten Rechenschaft zu geben. Ich glaube mich nicht zu täuschen: Das NS-Gesetz ist ein Verfassungsgesetz, es braucht eine Änderung daher die Zustimmung der Alliierten. Es ist auf dem von Ihnen angeschnittenen Gebiete viel geschehen — das werden Sie konzedieren müssen, verehrter Herr Universitätsprofessor —, um hier in Form von Milderungen auch Ihren Wünschen, auch den Wünschen sogenannter nationaler Kreise entgegenzu-

2452 67. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 6. Dezember 1951.

kommen. Das sind aber nicht nur Wünsche der nationalen Kreise, sondern hier möchte ich doch eine Tatsache konstatieren. Sie waren ja damals nicht im Parlament! Wer hat begonnen, hier diese Fragen anzuschneiden? Diese Fragen wurden in erster Linie von dem Klubobmann der ÖVP, von meinem Freund Gschnitzer und von Minister Kolb angeschnitten. Es wurde immer wieder daran gearbeitet, bis es möglich war, Sie hier nach Ihrem Einzug zur Mitarbeit einzuladen. Das sind die wenigen Worte, die ich zu dieser Frage sprechen wollte.

Ich wurde gestern einige Male in der Frage der Verwaltungsreform apostrophiert. Die Verwaltungsreform gehört naturgemäß zum Kapitel Bundeskanzleramt. Es wäre sehr interessant, heute neuerlich die Themen der Verwaltungsreform anzuschneiden, aber ich habe die Empfindung, daß man hier vielleicht von vollkommen falschen Voraussetzungen ausgeht. Ich habe gestern dem Herrn Präsidenten des Hauses zugehört, wie er die eingelaufenen Gesetzentwürfe den verschiedenen Kommissionen zugeteilt hat, und ich dachte mir innerlich: Du armes Haus, du arme Beamenschaft, du arme Bevölkerung! Wir werden naturgemäß gesetzmäßig unter einen so außerordentlich starken Druck gesetzt, daß die Verwaltung als solche allmählich Schwächen aufweisen muß. Wenn ich mir so einen armen Bezirkshauptmann vorstelle, der sich seinen Früheinlauf ansieht und vor dessen Tür schon hundert Parteien warten, so muß ich mich fragen: Wie soll denn der Mann in verwaltungsmäßig entsprechender Form seine Arbeit abführen? Es muß eine Vereinfachung der Verwaltung erfolgen! Wenn es uns nicht gelingt, diese Vereinfachung der Verwaltung durchzuführen, kann ich Ihnen ein weiteres Prognostikon stellen: Ohne Verwaltungsreform gibt es bei Gott keine Finanzreform! Das sind koinzidente Begriffe, und es wäre eine Aufgabe des österreichischen Parlamentes und der Bundesregierung, mit aller Energie endlich an die Frage heranzugehen.

Wir haben doch heute, ehrlich gesagt, noch nicht einmal einen Kompetenzkatalog. Wenn ein armer Staatsbürger das Vergnügen hat, in der Früh zu einer Behörde gehen zu müssen, so weiß er nicht genau, ob bei dieser Behörde, die ihn vorlädt, die Entscheidung über die Sache fällt, oder ob er noch zu drei oder vier anderen Behörden weitergejagt wird. Es ließen sich hier ganz heitere Dinge anführen. Wir haben jetzt in Wien die Hundesteuer. Ich besitze keinen Hund, aber ich bin vorgeladen und muß in der Zeit zwischen 8 und 12 Uhr mittags die Erklärung abgeben, daß ich keinen Hund besitze. Ja haben denn diese Be-

hörden — es kann auch eine staatliche Behörde sein, es gibt dort dieselben Dinge — keine Ahnung, was Zeit ist, was Zeit für den Wiederaufbau dieses Staates bedeutet? Sie können ohne Übertreibung sagen, daß die Erledigung jedes einzelnen Aktes übermäßig Zeit in Anspruch nimmt, und Sie können annehmen, daß ein Staatsbürger, wenn ich das Jahr mit 365 Tagen annehme, besonders wenn er ein selbständiger Gewerbetreibender ist, durch Vorsprachen bei den Behörden zumindest einen Monat an Zeit verliert. Das sind traurige Dinge, und hier soll man, ohne auf die heikle Personalfrage näher einzugehen, denn doch endlich die entsprechende Ordnung schaffen.

Ich habe gerade diesen Fragen ein besonderes Augenmerk zugewendet. Es ist auch gar nicht so, als ob keine tragbaren Vorschläge vorlägen. Wir haben ja hier unter meinem Vorsitz und unter dem Vorsitz meines Freundes Pittermann eine Verwaltungsreformkommission gehabt. Diese Verwaltungsreformkommission konnte naturgemäß nicht aus eigener Kraft Verwaltungsreformen schaffen, sondern sie brauchte die entsprechende Kooperation mit der Regierung. Diese konnte aber leider nicht immer gefunden werden, und so hat man in diesem Parlament dem Verfassungsausschuß noch ein Epitheton ornans — Verwaltungsreform-ausschuß — gegeben.

Ich glaube, daß die außerordentlich tüchtige und befähigte Beamenschaft des Bundeskanzleramtes sehr leicht in der Lage sein wird, zumindest ein kleines Reformprogramm zu entwerfen, damit sich aus dem kleinen Reformprogramm und nicht zuletzt aus dem Kompetenzkatalog die weiteren Arbeiten ableiten lassen können. Das möchte ich zur Verwaltungsreform gesagt haben. Es ist gar nicht so, wie gesagt wird, daß Leute landauf, landab ziehen und über Verwaltungsreform sprechen. Die Verwaltungsreform entspricht einem Wunsche der Beamenschaft, und sie entspricht auch des weiteren den absoluten und zu wiederholten Malen deutlich ausgedrückten Wünschen unserer gesamten Bevölkerung. Natürlich, wenn ich ununterbrochen der Verwaltung neue Agenden zuteile, dann kann ich bei Gott nicht damit rechnen, daß durch die Vereinfachung der Verwaltung allmählich auch eine Vereinfachung der personellen Frage stattfindet.

Es ist auch nicht so, als ob ich so naiv wäre, zu glauben, daß sich die Verwaltungsreform von heute auf morgen durchführen ließe. Wir haben die Kommission Härtel seinerzeit in der Monarchie gehabt, und die Arbeiten wurden im Jahre 1925 unter dem Ministerium Ramek unter Mannlicher, Frieberger usw. der Vollendung nahegebracht. Aber man soll

uns doch von Zeit zu Zeit mitteilen, wieweit diese Arbeiten bei den kompetenten Stellen gediehen sind. So wird sich vielleicht auch die Information der Öffentlichkeit leichter vollziehen, und gewisse Unruheerscheinungen in der Bevölkerung können auf diese Weise am besten abgebaut werden.

Ich möchte nicht über das European Recovery sprechen. Hiezu wurde von sozialistischer Seite die eine oder andere Bemerkung gemacht. Was ich sagen möchte, ist vollkommen klar. Ich glaube auch nicht, daß das Parlament beim Abschluß dieses bilateralen Vertrages ausgeschaltet war, denn er wurde vom Außenminister — wenn ich mich nicht täusche — dem Hauptausschuß unterbreitet, und ich glaube, daß zu dieser Zeit auch noch ein Vertreter der Kommunistischen Partei — ich glaube, es war der Chef der Kommunistischen Partei, der Herr Abg. Koplénig — im Hauptausschuß anwesend war. (*Abg. Koplénig: Das ist aber ein Irrtum! Dort wurde diese Frage niemals behandelt!*) Wie er sich dazu stellte, ist eine andere Frage. Anwesend, glaube ich, waren Sie oder einer Ihrer Herren. Aber man kann schließlich und endlich in den Protokollen hier nachsehen und wird finden, daß die Behauptung, die ich hier vorgebracht habe, den Tatsachen entspricht.

Hier ist eine Reihe von Wünschen geäußert worden. Ich glaube trotz der formellen Zugehörigkeit dieser Frage zum Bundeskanzleramt nicht, daß heute schon der richtige Zeitpunkt dafür ist, sich mit diesen Wünschen näher abzugeben. Ich habe eher die Empfindung, daß das im Bereiche der rein wirtschaftlichen Ministerien geschehen sollte. Aber heute muß schon die eine Tatsache konstatiert werden, daß die beiden Regierungsparteien die Möglichkeit haben, ihre Wünsche in der entsprechenden Form zur Geltung zu bringen. Ich glaube meiner Überzeugung Ausdruck geben zu können, daß es nicht allzu schwierig sein wird und daß uns auch die Regierung keine besonderen Schwierigkeiten in den Weg legen wird, wenn wir die Forderung unseres Freundes Olah aufgreifen, daß entweder dieses Haus oder irgendein Ausschuß in kürzeren Zwischenräumen als den einjährigen Berichten des European Recovery die entsprechende Information erhält.

Aber im Wesen glaube ich im Namen der Österreichischen Volkspartei heute schon sagen zu können, daß hier ja eine gewisse Kooperation der beiden Regierungsparteien vorliegt, und es besteht keinerlei irgendwie geartete Ursache, diese Kooperation und ihre Ergebnisse — denn auch auf die muß ich zu sprechen kommen — in irgendeiner Form der Öffentlichkeit vorzuenthalten.

Wir haben nun noch die eine oder andere Frage beim Bundeskanzleramt. Hier kommt wieder die „Wiener Zeitung“ und die Staatsdruckerei. Schon in dem ausgezeichneten Bericht des Herrn Berichterstatters wurde darauf verwiesen, daß die Staatsdruckerei Österreich in ihren Leistungen und in ihren Arbeiten nur zur Ehre gereicht. Der Herr Bundeskanzler hat vor wenigen Tagen eine Ausstellung der Staatsdruckerei eröffnet. Große historische Erinnerungen treten hier vor uns hin, aber auch neueste modernste Arbeit. Der Leitung der Staatsdruckerei ist es wieder gelungen, eine Reihe von Aufträgen zu erhalten und auf diese Weise das Ansehen Österreichs in kulturpolitischer Beziehung wieder weiter hinauszutragen.

Was die amtliche „Wiener Zeitung“ betrifft, muß ich eines konstatieren: Es ist außerordentlich schwer, eine amtliche Zeitung zu redigieren. Gerade jetzt gab es bei der Bonner Regierung unendliche Diskussionen über Presse, Pressebehandlung, über das Bundespresseamt; ich habe selbst vor kurzem mit Herrn von Swardowski, dem kommissarischen Leiter des Bonner Presseamtes, gesprochen. Auch die Publikationen, die auf Grund verschiedener Attacken heute in Bonn herausgegeben werden, sind schon wieder Gegenstand der verschiedensten Angriffe. Auch die Tatsache, daß das Informationssystem draußen sogar Gegenstand strafrechtlicher Behandlung wird — ich verweise hier nur auf die Fälle Platow und Schulze —, sollte uns zu denken geben, und wir sollten, genau genommen, der österreichischen Bundesregierung dankbar sein, daß sie uns ein Organ erhält, das durch eine außerordentlich geschickte Leitung in der Lage ist, uns Informationen sowohl innenpolitischer als auch außenpolitischer Natur zu bieten, die jede Konkurrenz, auch mit der sogenannten freien und unabhängigen Presse, durchhalten. Daß natürlich ein Regierungsorgan gewisse Rücksichten nehmen muß, wird, glaube ich, niemand bestreiten. Aber wenn gerade dieses, vom kulturpolitischen Standpunkt wichtigste Kapitel des Kanzleramtes von mir zur Sprache gebracht wird, so geschieht es nur aus dem einfachen Grunde, um dieser Leitung dafür zu danken, daß sie über alle diese Schwierigkeiten, manchesmal naturgemäß auch unter der einen oder anderen herben Kritik, in entsprechender Weise hinwegkommen konnte.

Ich glaube, über die beiden Gruppen I und II ist nicht mehr zu sagen. Abschließend möchte ich aber doch im Namen meiner Partei eine Bemerkung machen. Das heißt, es ist mehr als eine Bemerkung. Ich möchte abschließend erklären, daß die Österreichische Volkspartei

diese Regierung unterstützen wird, daß die Österreichische Volkspartei der Meinung ist, daß es vielleicht in allernächster Zeit notwendig sein wird, die bestehende Koalition, die mancherlei Brüche aufweist, etwas besser zu fundieren. Das bezieht sich naturgemäß nicht auf die beiden hier sitzenden Regierungsmitglieder. Ich bin überzeugt, daß diese Arbeit gelingen muß. Sie muß deshalb gelingen, weil ohne die wirkliche Zusammenarbeit dieser Parteien die Zukunft dieses Staates einer außerordentlichen Gefährdung ausgesetzt werden könnte. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

*Inzwischen hat Präsident Dr. Gorbach den Vorsitz übernommen.*

**Abg. Dr. Kopf:** Hohes Haus! Gestatten Sie mir, daß auch ich Ihnen einige Gedanken zur Verwaltungsreform vortrage, und zwar deshalb, weil das Kapitel Verwaltungsreform doch ein Gebiet ist, von dem man sagen kann: Da brennt's! Meine Frauen und Herren! Ich glaube nicht zu übertreiben, wenn ich sage, daß in allen Wahlreden im Jahre 1949 in irgendeiner Form mit mehr oder weniger, mit stärkerer oder geringerer Betonung das Wort Verwaltungsreform gebraucht worden ist. Man hat damals dem Volk in unzähligen Variationen versprochen: Wir bringen euch eine Verwaltungsreform, wir schaffen Zustände, durch die das Staatsbudget in ein Verhältnis kommt, das die Wirtschaft ertragen kann. Auch in Regierungserklärungen wurde verschiedentlich darauf hingewiesen, daß es eine der großen Aufgaben der Regierung sein müsse, die Verwaltungsreform durchzuführen.

Nun, meine verehrten Frauen und Männer, wenn wir uns das Budget anschauen, dann finden wir, daß von einer Reform der Verwaltung im Budget eigentlich noch wenig zu bemerken ist. Denn von der großen Summe von 18 oder beinahe 20 Milliarden gehen über 40 Prozent allein für den Personalaufwand auf. Dazu kommen noch die Personalausgaben der Länder, Gemeinden und sehr vieler großer, kostspieliger öffentlicher Körperschaften. Ich glaube nicht zu übertreiben, wenn ich sage: Auf diesem Gebiet muß Wandel geschaffen werden, denn sonst gehen wir einer Katastrophe entgegen! Auf die Dauer ist es ganz unmöglich, daß die Wirtschaft diese Belastung erträgt. Ich frage nicht, wer schuld ist an den Zuständen, durch die wir heute so ungeheure Personallasten haben. Es hat gar keinen Sinn, danach zu fragen, und ich will auch keine Worte über die edle Gilde der „Proporzianer“ verlieren. Wenn die Hochwassergefahr einen Damm zu sprengen droht, dann fragt man nicht: Wer ist schuld, daß dieser Damm nicht gut gebaut ist? Dann fragt man

nur eines: Wie kann ich diesen Damm halten und wie kann ich die Katastrophe vermeiden?

Wenn man von Verwaltungsreform spricht, denkt man auch an Personalabbau. Wenn ich aber an Personalabbau denke, so nicht deshalb, weil ich etwa ein Feind der Beamten bin. Niemals! Ich war ja selber Beamter und ich weiß, wie tüchtig und fleißig und brav unsere Beamtenschaft ist. Ich glaube auch sagen zu dürfen: In den gefährlichen Zeiten, die der Staat mitgemacht hat, in den Zeiten der Zusammenbrüche, war die Beamtenschaft das eiserne Gerippe, das den Staat gehalten hat. Aber ich möchte vermeiden helfen, daß eines Tages der Augenblick kommt, in dem wir die Beamten nicht mehr zahlen können und gezwungen sein werden, sie zu entlassen oder mit schäbigen Pensionen abzufertigen.

Ich erinnere mich an das Jahr 1924. Damals ist das Gespenst des Beamtenabbaues durch ganz Österreich gegangen, und ich weiß, mit welcher Angst die Beamten selber, ihre Frauen und ihre Kinder auf den Augenblick gewartet haben, wo man sie aus dem Amt hinauswirft, auf die Straße setzt und ihnen vielleicht eine kleine Pension gibt, die noch geringer ist als die bisherigen Hungerlöhne.

Es ist selbstverständlich und im Laufe dieser Debatte oft betont worden, daß dem Beamtenabbau ein Arbeitsabbau vorausgehen muß. Es ist kein Zweifel, daß unsere Bürokratie nicht nur beim Staat, sondern auch bei anderen Körperschaften Formen angenommen hat, die ein gebieterisches Halt fordern. Ich nehme nur ein Kapitel heraus, das mir im Laufe des letzten Jahres am meisten in die Augen gesprungen ist. Ich denke hier an die Durchführung der Verbotsgesetze. Ich habe mit einem Beamten gesprochen, der in die Dinge ziemlich Einblick hat, und der hat mir gesagt: Wenn man alles durchrechnet und durchdenkt, dann kann man sagen, daß mit der Durchführung der Verbotsgesetze in Verwaltung und Justiz seit etwa fünf Jahren 4500 bis 5000 Beamte vollbeschäftigt sind. Es ist klar, daß wir das nicht vertragen.

Wenn man nun in die Einzelheiten eingeht und die einzelnen Vorgänge beobachtet, so habe ich zum Beispiel in der letzten Zeit erlebt, daß kleine Leute wegen Formaldelikten zum Vermögensverfall verurteilt worden sind. Da sieht man, was sich da für ein Aktenlauf ergibt und wieviel Polizei und Gendamerieorgane zu diesen armen Teufeln hingehetzt werden. Die gezwungen sind, Taschentücher, Hemden und Bettwäsche zu zählen, weil man bei einem verfallenen Vermögen auch das Vermögen der Frau erfassen will. Sie können mir glauben: Die Szenen, die ich da erlebt habe, waren zum verzweifeln. Die Leute sagen sich: Ja um

Gottes willen, haben denn die staatlichen Organe nichts anderes zu tun, als uns nach fünf Jahren noch weiter zu schikanieren? Und die Organe sagen dann, daß die Entscheidung über die Frage, ob das Taschentuch der Frau oder dem Mann gehört, nur vom Ministerium gefällt werden kann. Dadurch werden die Leute beunruhigt und in ewiger Angst gehalten. Sie sehen im Staat irgendein unheimliches Wesen, das ihnen gar nichts anderes bringt als Sorgen, Kummer und Elend. Und wenn man so sieht, wie die Leute wegen kleinlicher Dinge schikaniert werden, wie man der Frau ihre Aussteuer wegnehmen will, dann, meine Herren, ist es ganz begreiflich, daß die Leute in ein Stadium einer gewissen Verzweiflung kommen und sich sagen: Wozu sind wir denn eigentlich da? Wir haben doch die ehrliche Absicht, als treue Staatsbürger zu leben und unsere Pflicht dem Vaterland gegenüber zu erfüllen, und nun kommt man daher und schikaniert und plagt uns auf diese Weise. Meine Damen und Herren, die Familie hat Kinder, sie hat Verwandte, Freunde. Glauben Sie mir, sie alle sind in gleicher Weise von diesem Unrecht oder vielleicht von dieser Ungeschicklichkeit betroffen, die ihnen angetan wird. Ich habe oft das Gefühl, daß man hier eigentlich, vielleicht ungewollt, Sabotage an dem begeht, was man Staatsfreude und Patriotismus nennt.

Ich habe auch erlebt, daß einer Gruppe von armen Teufeln, die sich Einfamilienhäuser erschunden, erspart und erhungert haben, das Vermögen für verfallen erklärt worden ist. Nun sitzen sie zwar noch in ihren mühsam zusammengesparten Häusern, sie müssen aber Zins zahlen. Nun kommen Organe von der Steuerbehörde, Gendarmen und Polizei ins Haus und sagen: Jetzt wird dein Zins erhöht, der Zins, den du für dein eigenes Haus zahlen mußt, und jetzt mußt du Feuerversicherung und Grundsteuer bezahlen.

Alle diese Dinge sind so Kleinigkeiten, aber sie erfordern einen ungeheuren Aufwand an Arbeit und Zeit. Dieser Aufwand und diese — ich möchte fast sagen — Personalverschwendung geht vom kleinsten Beamten der Gemeinde an bis hinauf ins Ministerium.

Meine Damen und Herren! Wir stehen heute vor dem gleichen Problem, vor dem wir im Jahre 1924 gestanden sind. Ich habe damals Gelegenheit gehabt, als Schriftführer in der Ersparungskommission zu sein, und habe damals den ganzen Vorgang bei der Verwaltungsreform, die man damals gemacht hat, beobachten können. Damals hat die Verwaltungsreform ein großes Ergebnis gezeitigt, denn damals sind die Verwaltungsverfahrensgesetze geschaffen worden. Ich darf wohl

sagen, daß diese Verwaltungsverfahrensgesetze zu den besten Gesetzen zählen, die seit Jahrzehnten aus der österreichischen Gesetzesmaschine herausgekommen sind. Die Männer, die damals Verwaltungsreform gemacht haben, sind zum Teil noch da. Ich nenne gleich zwei Namen: es sind der Senatspräsident Mannlicher und Professor Adamovich. Ich bin der Meinung, daß man die Männer wieder heranziehen müßte, die schon damals Erfahrungen gesammelt haben.

Nun gebe ich wohl zu, daß damals in puncto Personalabbau schwere Fehler geschehen sind. An diesen schweren Fehlern waren aber nicht die Herren schuld, die als Beamte beauftragt waren, die Verwaltungsreform durchzuführen, sondern damals war ein allmächtiger Diktator aus dem Auslande da, der beispielsweise den Befehl erteilt hat, binnen 14 Tagen müßten 6000 Beamte abgebaut sein. So kann man das natürlich nicht machen. Es ist doch ganz klar, daß man nicht binnen 14 Tagen 6000 Beamte abbauen kann! Was war die Folge davon? Man hat sie abgebaut, weil man sie abbauen mußte. Damals sind in Massen vierzigjährige gesunde, rüstige Männer als Pensionisten herumgelaufen. Es war so, daß vorne aus dem Hause junge Leute, kräftige Männer als Pensionisten herausgegangen sind, und hinten sind sie wieder in reicher Zahl hineingeströmt, sodaß die Beamtenszahl nach kurzer Zeit wieder genau so groß war wie vor dem Abbau. Warum war das möglich? Das war deshalb möglich, weil man die ganze Sache überstürzt und systemlos gemacht hat.

Eine Verwaltungsreform ist ein gewaltiges Aufbauwerk. Wenn ich das kleinste Haus baue, so muß ich vorher einen Plan machen, der das Haus in allen Einzelheiten vorausbestimmt. Daher ist es eine Selbstverständlichkeit, daß auch für die Verwaltungsreform ein gründlich durchdachter Plan gemacht werden muß. Erst wenn man diesen Plan erstellt hat, kann man an die Arbeit gehen. Man muß wohlüberlegt und planvoll diese schwere, große Aufgabe in Angriff nehmen. Das kann nach meiner Auffassung weder ein Ministerkomitee noch das Parlament machen. Ich habe damals erlebt, daß in der Ersparungskommission Vertreter von sämtlichen Ministerien waren. Dann hat man darüber gesprochen, daß reformiert werden muß. Es muß Arbeit und es müssen auch Beamte abgebaut werden — darüber waren sich alle einmütig im klaren. Dann hat es geheißen: So, nun führen wir die Sache durch. Jetzt fangen wir an! Dann hat jedes Ressort erklärt: Bei mir ist es unmöglich! Erstens brauche ich alle meine Beamten, ich habe niemanden zum Abbauen, und zweitens läßt sich die

2456 67. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 6. Dezember 1951.

Arbeit, die von mir geleistet wird, letzten Endes auch nicht verkleinern.

Deshalb habe ich die Überzeugung, daß diese Aufgabe nur gelöst werden kann, wenn man ein paar Männer bestimmt, eine Kommission oder ein Direktorium, die vom Parlament mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet sind. In dieser Kommission oder diesem Direktorium müssen auch Männer der Wirtschaft und des Rechnungshofes vertreten sein. Nur eine Kommission mit weitgehenden Vollmachten wird imstande sein, dieses Problem zu lösen.

Nun ist es auch selbstverständlich, daß man ein solches Problem nicht von heute auf morgen lösen kann. Es war doch ein großer Fehler, wenn man im Jahre 1949 gedacht hat, man könnte in einem Jahr 20.000 Beamte abbauen. Das ist natürlich unmöglich, denn einem Beamtenabbau muß zuerst der Arbeitsabbau vorausgehen; und dann ist letzten Endes der Abbau von Beamten ein schwerer Eingriff in den Verwaltungsapparat. *(Abg. Ernst Fischer: Was will Ihre Partei eigentlich? Kraus sagt: Abbau! Sie sagen: Nicht Abbau!)* Lassen Sie mich reden, mein holdes Vis-à-vis. Ich sage so: Es muß ein Arbeitsabbau vorausgehen, dann kann auch der Beamtenabbau erfolgen. Nur sage ich: Es ist unmöglich, diese Sache in einem Jahr zu machen. Da muß ein wohldurchdachter Plan, der auf mehrere Jahre berechnet ist, ausgearbeitet werden; nur so kann man diese Arbeit durchführen, denn es ist ein schwerer Eingriff in den Verwaltungsapparat.

Nicht allein der Staat leidet aber an Überbürokratisierung. Es sind sehr viele öffentliche Körperschaften, die ebenfalls vom Bazillus bürokratikus befallen sind. Und auch in diesen Körperschaften muß dieses Direktorium dreinreden können; denn nur dann, wenn man gerecht überall dort, wo der Bürokratismus sich zu breit gemacht hat, hineingreifen kann, nur dann werden wir einen Arbeitsabbau und mit dem Arbeitsabbau auch einen Personalabbau zustande bringen, der auf die Dauer haltbar ist.

Meine sehr Verehrten! Ich habe im Laufe der letzten Zeit oft und oft gehört, daß man uns vorgeworfen hat: Ja ihr vom VdU, ihr bejaht den Begriff Österreich nicht! Meine Frauen und Männer! Den Begriff bejahen wir. Wir haben durch alle unsere Anträge, die wir im Laufe der letzten Jahre eingebracht haben, bewiesen, daß wir positiv zu Österreich stehen und daß wir nur das wollen, was dem Staate und dem Volke nützt. Wenn man uns nicht gehört hat, so ist das nicht unsere Schuld. Aber wir gehen diesen Weg unentwegt weiter; und auch auf dem Gebiet der Verwaltungs-

reform werden wir unentwegt zähe darauf losarbeiten und keine Ruhe geben, nach dem Grundsatz: „Steter Tropfen höhlt den Stein.“ Wir werden keine Ruhe geben, bis endlich das Ziel erreicht sein wird. Es muß erreicht werden und kann erreicht werden. Und damit bringen wir einen neuen Beweis, daß wir den Staat bejahen, wenn wir auch dieses Budget verneinen. *(Beifall beim KdU.)*

**Abg. Kranebitter:** Hohes Haus! Dem österreichischen Volke und Staate ist seit 1945 von Amerika als Ersatz für die direkten und indirekten Kosten und Auswirkungen der Besetzung unseres Landes und zur Förderung der volkswirtschaftlichen Gesundung eine großzügige und dankenswerte Unterstützung zuteil geworden. Der Brand in Korea und die dadurch erzwungenen Maßnahmen zum Schutze der europäischen Völker vor einem strategischen Überfall haben nun ein frühzeitiges Absinken der amerikanischen Hilfe bewirkt. Daß bei der endgültigen Verteilung der im geringeren Ausmaße uns zur Verfügung stehenden amerikanischen Hilfe Fehler soweit als möglich vermieden oder bereits gemachte Fehler möglichst gutgemacht werden, das aufzuzeigen und zu verlangen ist eine wesentliche Aufgabe der Budgetdebatte.

Es ist nun schon bei den Budgetberatungen in den Jahren 1949 und 1950 wiederholt als ein bedauerlicher Fehler hingestellt worden, daß die österreichische Landwirtschaft bei der Verteilung der ERP-Mittel nicht jene Berücksichtigung gefunden hat, die sie als Nährstand der österreichischen Volksfamilie und als Rückgrat ihrer Wirtschaft verdient hätte. Umsomehr mußte das Bundeskanzleramt im Verein mit dem Landwirtschaftsministerium und allen landwirtschaftsfördernden Organen Österreichs bemüht sein, die amerikanische Hilfe so planmäßig zu verteilen, daß der größtmögliche volkswirtschaftliche Nutzen für die Zukunft gewährleistet ist. Die zweckdienliche und fruchtbringende Verwendung der ERP-Hilfe für die Landwirtschaft ist von maßgeblichen führenden Persönlichkeiten und Repräsentanten Amerikas wiederholt lobend anerkannt worden.

Das Bundeskanzleramt und das Landwirtschaftsministerium waren bemüht, mit Zustimmung Amerikas bisher auch der Bergbauernschaft einen entsprechenden Anteil von ERP-Mitteln zur Sicherung ihrer Existenz und zur Steigerung ihrer sozialen Leistungskraft zuzuwenden. Zur Verteilung der reduzierten ERP-Hilfe für das Jahr 1952 hat nun aber Amerika die Parole ausgegeben, daß dieselbe nur mehr zur Erzielung einer raschen Ertragssteigerung verwendet werden dürfe. Es kam daher zur Streichung der ERP-Hilfe für Fluß-

regulierungen, für die Wildbach- und Lawinerverbauung, für den Bau von Güterwegen und Seilbahnen, zur Förderung des Landarbeiterwohnungsbaues sowie zu einer wesentlichen Senkung dieser Hilfe für die Elektrifizierung der Landwirtschaft und andere Bedürfnisse.

Die angespannte finanzielle Lage des Staates hat nun leider einen wesentlichen Ersatz für den Ausfall der ERP-Mittel für diese Bedürfnisse nicht möglich gemacht. So beträgt die Erhöhung der Bundesmittel für die genannten Bedürfnisse prozentuell nicht viel mehr, als die erhöhten Baukosten ausmachen. Es würde infolgedessen eine bedauerliche Benachteiligung des notwendigen Schutzes und der Förderung der Landwirtschaft in den Bergbauerngebieten und damit letzten Endes eine volkswirtschaftliche Schädigung derselben bedeuten, wenn nicht doch noch nachträglich gewisse Verschiebungen dieser Hilfe vorgenommen würden. Die Einstellung beziehungsweise Einschränkung so mancher in der arbeitsärmeren Herbst- und Winterszeit sich vollziehenden Güterweg- und Seilbahnbauten würde zunächst eine große Zahl unserer Bergbauern um den zusätzlichen Nebenverdienst bringen, der sie in die Lage versetzt, die notwendigen Mittel zur Ernährung und Bekleidung ihrer Familien und zur Intensivierung ihrer Betriebe zu beschaffen.

Die Schaffung von Güterwegen und Seilbahnen ist für viele Tausende von Bergbauern dann aber auch die unerläßliche verkehrstechnische Voraussetzung für die Zufuhr von Baustoffen und technischen Behelfen zur Schaffung moderner Düngerstätten, Gülle- und Beregnungsanlagen, für die technische Aufrüstung der Betriebe sowie zur Bringung der notwendigen Ergänzungsdüngemittel und Futtermittel, damit die Erträge in allen Zweigen der Bergbauernwirtschaften gesteigert und die soziale Leistungskraft der Bergbauern erhöht werden kann.

Durchgeführte Landesplanungen haben ergeben, daß in Österreich zur volkswirtschaftlichen Erschließung aller bergbäuerlichen Siedlungen noch 45.000 km neue Güterwege notwendig sind, deren Schaffung beim derzeitigen Umfange der für diese Bedürfnisse zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel erst in einem Zeitraum von 450 Jahren möglich wäre.

Sehr bedauerlich ist dann auch die Kürzung der ERP-Hilfe zur Förderung der Elektrifizierung der Landwirtschaft Österreichs; denn wir haben in Österreich noch über 96.000 bäuerliche Betriebe, die noch keinen Licht- und Kraftstrom haben, und weitere 66.000 landwirtschaftliche Betriebe haben nur Lichtstrom. Beim gegenwärtigen Ausmaße der

staatlichen Förderung der Elektrifizierung der Landwirtschaft würde es noch volle 70 Jahre dauern, bis alle Bauernhöfe Österreichs der unentbehrlichen Hilfe der elektrischen Kraft teilhaft wären.

Besonders bedenklich und unter Umständen auch tragisch ist ferner die erzwungene Reduzierung der Mittel für Wildbach- und Lawinerverbauung. Sie bewirkt neben dem bedauerlichen Verdienstentgang für Tausende von Menschen vor allem die Gefahr, daß die bisher so großzügigen Investitionen durch Unwetter und Murbrüche unwirksam werden. Die Unterbindung der Verbauung gefährlicher Wildbäche, wie zum Beispiel des Bretterwandbaches in Matri in Osttirol, der nach dem Urteil der Fachleute in zwei Jahren so weit gebändigt wäre, daß keine akute Gefahr mehr bestünde, kann unter Umständen aber auch die Verwüstung großer Flächen wertvollsten Kulturgrundes in den Tallagen und die Zerstörung menschlicher Siedlungen bedeuten. Nicht gebändigte Wildbäche in den Alpentälern können aber auch große Gefahrenquellen für weit entfernte kostbare Kulturgründe und menschliche Siedlungen sein. Ich verweise in diesem Zusammenhang auch nochmals auf die dem Bretterwandbache fast ebenbürtige Gefahrenquelle des Gantschenbaches bei Nikolsdorf an der Kärntner Grenze. Aus diesem im verflorenen Schreckenswinter durch einen katastrophalen Lawinengang und durch das Wegrasieren einer großen Waldfläche entstandenen Gefahrenherd sind bisher 40 ha Kulturgrund im Tal vermurrt und das Dorf Nikolsdorf in höchste Gefahr gebracht worden. Ein neuer Murbruch könnte diese Ortschaft zu einem wesentlichen Teile begraben.

Welch überragende volkswirtschaftliche Bedeutung das Verstopfen derartiger Gefahrenquellen hat, beleuchtet die Tatsache, daß in Österreich in den Jahren von 1948 bis 1951 durch Verwüstung von Kulturgründen, durch Zerstörung von Verkehrswegen, Baulichkeiten und industriellen Anlagen, ohne Einbeziehung der Schäden am Walde, ein Gesamtschaden von 280 Millionen Schilling angerichtet wurde.

Schließlich muß aufs tiefste bedauert werden, daß für den Landarbeiterwohnungsbau keine ERP-Mittel mehr zur Verfügung gestellt werden können und daß es bei der Erstellung des Budgets auch nicht möglich war, diesen Ausfall durch die Bereitstellung entsprechender Bundesmittel wenigstens einigermaßen auszugleichen. Wie segensreich sich diese Hilfe bisher ausgewirkt hat, beweist die Tatsache, daß im Jahre 1950 durch die erstmalige Bereitstellung von 14,5 Millionen Schilling 1910 Dienstwohnungen erbaut und damit 3270 Landarbeitern und davon 1341 Land-

2458 67. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 6. Dezember 1951.

arbeiterfamilien ein Heim geschaffen werden konnte. Das Selbstmachen der Landarbeiter durch die Schaffung menschenwürdiger Heimstätten und die Ermöglichung der Familiengründung ist das entscheidendste Gegenmittel gegen die für das ganze Volk verhängnisvolle Berg- und Landflucht der Menschen. Sie ist der ausschlaggebendste Beitrag zur Verhinderung der durch den Landarbeitermangel drohenden extensiven Bewirtschaftung Tausender von Bauernbetrieben und zur weiteren Steigerung der sozialen Leistungskraft der österreichischen Landwirtschaft.

Die Unsicherheit der Weltlage macht die Intensivierung der österreichischen Landwirtschaft einschließlich der höchsten und entlegensten Bergbauernhöfe im wahrsten Sinne des Wortes zu einer Lebensfrage für Österreich! (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Das Bemühen um die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung, die gestern Herr Abg. Dr. Pittermann als das Allheilmittel hingestellt hat, und das Bemühen um die Sicherung der Währung zur Steigerung der volkswirtschaftlichen Gesundung und zum Schutze und zur Förderung des sozialen Friedens ist gewiß recht und gut. Wenn aber heute der Herr Nationalrat Olah die bevorzugte Unterstützung der verstaatlichten Betriebe mit ERP-Mitteln damit zu rechtfertigen versuchte, daß diese Betriebe Grundstoffe verarbeiten, so könnten wir dies mit gutem Recht auch von der Landwirtschaft sagen. Sie würde aber nicht nur deshalb eine diesen Betrieben angepaßte Unterstützung verdienen, sondern ich kann sagen:

Der ganze stolze Bau unseres vielgerühmten Wohlfahrtsstaates bricht wie ein Kartenhaus in sich zusammen, wenn unserer Volkswirtschaft nicht im letzten Augenblick das einzig sichere Fundament einer starken und leistungsfähigen Landwirtschaft gegeben und damit die Voraussetzung für die befriedigende Lösung der Magenfrage geschaffen wird! Die Volksvertreter aller Berufsstände und Parteien — soweit sie sich nicht auf die Stufe von Volksschädlingen erniedrigen wollen — haben daher die Pflicht, mit dem Herrn Bundeskanzler, dem Herrn Landwirtschaftsminister und allen berufenen Faktoren nach Mitteln und Möglichkeiten zu sinnen, wie trotz der Reduzierung der amerikanischen Hilfe die aufgezeigten Maßnahmen zum Schutz unserer Kulturen und Heimstätten vor Elementargefahren und zur Steigerung der Leistungskraft unserer volkswirtschaftlich ebenso bedeutsamen Bergbauernschaft in einem größeren Umfange ermöglicht und wie noch in diesen Wintermonaten alle Voraussetzungen für eine möglichst weitgehende Intensivierung der österreichischen Landwirtschaft geschaffen

werden können! (*Lebhafter Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.*)

Abg. Dr. Pittermann: Hohes Haus! Ich habe mich zum Worte gemeldet, um zwei Feststellungen zu machen. Die eine bezieht sich auf eine Notiz in der heutigen „Volksstimme“, wo es auf Seite 3 heißt: „Pittermann gesteht: SP-Führung hat Angst vor dem Frieden.“ In der „Volksstimme“ steht: „In der gestrigen Generaldebatte über das Budget im Nationalrat hat der Hauptsprecher der SP Pittermann ein klares Bekenntnis zum Kalten Krieg abgelehnt. Während seit jeher der Kampf gegen den Krieg das oberste Gebot jedes Sozialisten war, erklärte gestern Pittermann wörtlich im Parlament: ‚Die Sozialistische Partei hat Angst vor dem Frieden.‘“

Ich habe den Text des stenographischen Protokolles vor mir, der mir vor ungefähr zwanzig Minuten eingehändigt wurde, wo es auf Seite 212 des Manuskriptes heißt — ich habe gesagt —: „Wenn jetzt die Friedenstaube gurr, so kann morgen schon wieder die Trompete ertönen und die Trommel geschlagen werden.“ Honner hat da einen Zwischenruf gemacht: „Ihr habt Angst vor dem Krieg! Vor dem Frieden!“ — „Nein, Herr Abg. Honner, da haben Sie recht: Vor dem Krieg haben wir Angst! Wir bejahen die Brutalität und Bestialität des Krieges nicht, auch dann nicht, wenn der Krieg von Kommunisten geführt wird.“ Zwischenruf des Abg. Honner: „Das ist ein sehr wertvolles Eingeständnis gewesen!“ Zwischenruf geschlossen. „Von Honner! Sehr richtig, Herr Abg. Honner, das war ein wertvolles Eingeständnis von Ihnen, daß Sie Ihre Politik darauf gründen, den arbeitenden Menschen in der ganzen Welt Angst vor dem Krieg zu machen.“ (*Zwischenruf des Abg. Honner.*)

Was macht die „Volksstimme“ daraus? „Pittermann sagt wörtlich im Parlament: ‚Die Sozialistische Partei hat Angst vor dem Frieden.‘“ Offenbar ist dies ein Ausfluß der kommunistischen Wahrheitsrelativitätstheorie.

Sie haben in Ihrer Zeitung gestern einfach gelogen, und wir werden dafür sorgen, daß Sie in Ihrer eigenen Zeitung als unzuverlässige Auskunftspersonen bekanntwerden. (*Abg. Ernst Fischer: Sie haben den Bericht korrigiert!*) Herr Abg. Fischer, ich verwahre mich, von Ihnen der Korrektur eines Berichtes beschuldigt zu werden, Sie sind der letzte Mann in diesem Haus, der Grund hat, von Ehre zu reden. (*Beifall bei den Sozialisten. — Zwischenrufe beim Linksblock. — Ruf beim Linksblock: Sie wagen jetzt nicht, dazu zu stehen! — Zwischenrufe des Abg. Fischer. — Gegenrufe bei der SPÖ.*)

Es ist dies, Herr Präsident, auch ein Vorwurf, der gegen die Leitung des Stenographen-

büros hier im Hause erhoben wurde, und ich nehme an, daß das Parlamentspräsidium eine entsprechende Untersuchung einleiten und entsprechende Konsequenzen daraus ziehen wird. (*Abg. Fischer: Nein, das ist ein Vorwurf gegen Sie!*)

Der Herr Abg. Fischer hat es ferner für notwendig befunden, meine Fehlbarkeit in literarischen Dingen und seine Unfehlbarkeit darin zu betonen. Ich habe mich weder auf dem Gebiet der Literatur noch in einer anderen Wissenschaft zum Unterschied von Herrn Abg. Fischer je für unfehlbar gehalten, sondern mich immer als einen Menschen betrachtet, der den menschlichen Irrtümern unterliegt, und habe nie gezögert, auch hier im Hause nicht, solche Irrtümer freimütig zuzugeben. In einem allerdings — zum Unterschied vom Herrn Abg. Fischer, und ich sage, ich bin stolz auf diesen Unterschied — betrachte ich mich als unfehlbar: In meiner Treue zur sozialistischen Gesinnung und zu der Partei, in die ich eingetreten bin (*Abg. Fischer: Und zum amerikanischen Kapital!*) und in der ich seit meiner Jugendzeit gearbeitet habe. In dieser Unfehlbarkeit unterscheide ich mich von Ihnen, Herr Abg. Fischer (*neuerlicher Zwischenruf des Abg. Fischer*), und auf diesen Unterschied bin ich stolz, wie jeder andere anständige Mensch auf diesen Unterschied stolz ist. (*Lebhafter Beifall bei den Sozialisten. — Abg. Fischer: Renegaten des Sozialismus! — Gegenrufe bei der SPÖ. — Präsident Doktor Gorbach gibt wiederholt das Glockenzeichen.*)

Abg. Dr. Stüber: Sehr geehrte Damen und Herren! Zum Kapitel 3 a: Rechnungshof, habe ich zuerst eine Erklärung abzugeben, zu der ich mich verpflichtet fühle.

Ich habe in der Nationalratssitzung vom 6. Juni dieses Jahres gewisse mir zugekommene Informationen, betreffend eine angebliche Subvention einer angeblich dem Herrn Minister Hurdes gehörigen Villa dem Hohen Hause zur Kenntnis gebracht und im Zusammenhang damit den Rechnungshof um die Untersuchung dieser Angelegenheit ersucht. Der Bericht des Rechnungshofes war negativ; der Rechnungshof hat nichts gefunden, was die sachliche Richtigkeit der mir zugekommenen Informationen erhärten würde. Weiters hat ein österreichisches Gericht in einem Presseehrenbeleidigungsprozeß, den der Herr Minister Dr. Hurdes gegen einen meiner Gewährsmänner, den Rat des Patentamtes in Ruhe, Herrn Dr. Viktor Schneider, angestrengt hat, in seinem Urteil den durchgeführten Wahrheitsbeweis für die erwähnte Behauptung als mißlungen erklärt.

Ich stehe nicht an, aus diesen Tatsachen die Folgerungen zu ziehen und dem Herrn Minister

Genugtuung zu geben. Ich bedaure meinen Irrtum und ersuche Sie, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Ich fühle mich gleichzeitig aber auch verpflichtet, da die von mir dem Rechnungshof bekanntgegebenen Namen meiner Gewährsmänner auch hier im Hause genannt wurden, weiters festzustellen, daß das Strafbezirksgericht Wien dem Herrn Dr. Schneider ausdrücklich den guten Glauben bei Weitergabe seiner Information zugebilligt hat. So berechtigt Herr Minister Dr. Hurdes erwarten kann, daß ich meinen Irrtum zugebe, was ich eben ohne jede Nötigung getan habe, so sehr ist ebenso zu erwarten, daß Männer, die wie Dr. Schneider laut gerichtlicher Feststellung gutgläubig gehandelt haben, nicht weiterhin als Verleumder apostrophiert werden.

Hiemit komme ich aber zu einer allgemeinen, und zwar bedeutungsvollen Frage, die ich Sie wirklich ohne Voreingenommenheit und ohne Leidenschaft zu prüfen bitte. Sagen Sie mir: Was soll ein Abgeordneter eigentlich machen, wenn er Informationen ähnlicher wie der geschilderten Art erhält, Informationen nicht von irgendeinem hergelaufenen Irgendwer, sondern von einer Seite, der Glaubwürdigkeit und Vertrauenswürdigkeit nicht abgesprochen werden kann? Selber solche Informationen nachzuprüfen, langwierige Recherchen anzustellen, Amateurdetektiv zu spielen, wird dem Abgeordneten meist nicht möglich und oft auch nicht zumutbar sein. Soll er also schweigen, wenn er kein Risiko eingehen will? Ich glaube, damit wäre allen einschließlich derer, über die Gerüchte im Umlauf sind, ein denkbar schlechter Dienst erwiesen. Wie soll in einer Zeit, in der die Hydra des Gerüchtes allüberall ihre Häupter erhebt, das Wahre vom Falschen getrennt werden, wenn nicht einmal der Abgeordnete zugreift und das ihm Bekanntgewordene der Klärung zuführt?

Schaffen wir eine Stelle — dies ist mein Vorschlag — hier im Parlament, einen Ausschuß, der Korruptionsanklagen, wenn sie gegen uns vorgebracht werden — und keiner von uns ist davor gefeit, daß man ihm vom Hinterhalt her solche Anklagen entgegen schleudert —, gewissenhaft zu untersuchen hat! Wenn dies geschieht, dann, glaube ich, hat der gegenständliche Anlaß, so bedauerlich er ist, doch schließlich noch zu etwas Gutem führen können.

Nun lassen Sie mich zum Rechnungshof selbst kurz sprechen. Ich wiederhole hier, was ich schon einmal an dieser Stelle ausgeführt habe, daß ich glaube, daß es mit der detektivistischen Kontrolle, die der Rechnungshof durch seine Einschaun entfaltet, allein nicht getan ist und daß es uns möglich

2460 67. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 6. Dezember 1951.

sein müßte, dem Rechnungshof auch eine Präventivkontrolle zu eröffnen, also eine Funktion der vorbeugenden Kontrolle. Dies wäre in manchen Fällen dazu angetan gewesen, den Bundesstaat vor gewaltigem Schaden zu behüten.

Ich denke hier, um nur ein Beispiel herauszugreifen, an den Komplex der öffentlichen Verwalter, von dem wir erst in der letzten Zeit wieder in den Zeitungen gelesen haben, daß es dabei leider in sehr vielen Fällen mit großem Schaden für die österreichische Republik abgegangen ist. Darüber näher zu sprechen, wird beim Kapitel Finanzen Gelegenheit sein.

Ich möchte heute hier nur an eine Bemerkung, die auch von meinen Vorrednern in diesem Zusammenhang wiederholt gebraucht worden ist, anknüpfen: Verwaltungsreform. Der Rechnungshof könnte uns bei der von uns allen geplanten Verwaltungsreform sehr viel helfen. Da gibt es beispielsweise in Wien ein Amt; dieses erinnert lebhaft an die farbenprächtigen Schilderungen, die Charles Dickens über Lincolns Tun in der Abhandlung über die Kassations- und Interpellationsgerichtshöfe und über den dort herrschenden Bürokratismus gegeben hat. Da gibt es eine Stelle — ich will den dort beschäftigten Beamten keinen Vorwurf machen, aber ich beziehe mich auf die Amtsstelle selbst —, von der man nicht sagen kann, wofür sie wirklich da ist, und die im Zuge einer Verwaltungsreform sofort ohne Schaden für das Ganze liquidiert werden könnte. Dieses Amt ist eine mit zehn Leuten besetzte Dienststelle der Autobahnverwaltung in Wien VII, Seidengasse 25. Nun ist bekannt, daß die ehemaligen Reichsautobahnen in der Ostzone dem Zugriff Österreichs überhaupt nicht unterliegen, sondern von dem sowjetischen Besatzungselement verwaltet werden, und es ist nicht einzusehen, was diese Stelle überhaupt zu tun haben könnte. Wenn Sie sich einmal bei diesem Amt, so wie ich es getan habe, ein wenig als neutraler Beobachter umschauen, werden Sie finden, daß spätestens um 12 Uhr von den zehn Beamten, den acht Herren und zwei Damen, nur mehr zwei Beamte anwesend sind und diese mit Fliegenfangen und Butterbrotessen die Zeit totschiessen müssen. Damit ist nicht gesagt, daß hier der Abbau dieser Beamten gefordert sei.

Und hier komme ich auf den Zwischenruf zurück, den der Herr Abg. Fischer meinem Klubkollegen Dr. Kopf gemacht hat. Nein, nein, die Dinge sind nicht so! Herr Dr. Kopf meint so wie ich, daß man zuerst eine neue Arbeitsplanung machen und sehen muß, wie viele Stellen entbehrlich sind, die man also auflassen kann, um dann den übrigen Stand

der Beamten überschauen und die entsprechende Einteilung treffen zu können. Wir wollen niemanden brotlos machen, wenn wir die Verwaltungsreform verlangen, wir wollen nur, daß jeder Beamte einer wirklich produktiven Tätigkeit zugeführt wird und daß diejenigen, die darüber hinaus verbleiben, einer produktiven Tätigkeit in einem anderen Zweig der Wirtschaft zugeführt werden. Wir glauben, daß hiebei der Rechnungshof eine außerordentlich wertvolle Hilfe leisten könnte. Das war das, was ich zum Gegenstand Rechnungshof zu sagen hatte. (*Beifall beim KdU.*)

**Abg. Eibegger:** Hohes Haus! Parlamentarische Koalitionen gehören in alten, festgefühten Demokratien zu den Seltenheiten und kommen zumeist in diesen Ländern nur in Notzeiten vor. Beispiele hierfür liefern uns das Weltreich England, aber auch die nordischen Staaten.

Die Zweite Republik Österreich ist von einer Koalition politischer Parteien gegründet und von dieser parlamentarischen Mehrheit nunmehr bis jetzt sechs Jahre hindurch verwaltet worden. Durch dieses System nehmen 80 Prozent der Bevölkerung an der Regierung selbst teil, während 20 Prozent in Opposition zur Regierung stehen. Das Wesen der parlamentarischen Demokratie besteht wohl darin, daß die Mehrheit regiert und daß die Minderheit die Tätigkeit der Regierung und der Regierungsparteien kontrolliert. Hinsichtlich der Ausübung der Kontrolltätigkeit durch die Opposition sind meiner Meinung nach in Österreich schwere Mängel zu verzeichnen. Kein Wunder!

Der Verband der Unabhängigen ist in seinem Inneren zerfahren, er bewegt sich auf parlamentarischem Gebiet noch auf einem Neuland, und für viele Angehörige oder für den größeren Teil der Angehörigen dieser politischen Partei ist die Demokratie überhaupt noch etwas Neues. (*Abg. Rammer: Die habt ihr gepachtet!*) So kommt es, daß sie von dem Recht der Kontrolle der Regierungstätigkeit nicht oder äußerst mangelhaft Gebrauch machen können. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Buchberger: Durch die diktatorischen Maßnahmen der Koalition!*)

Die Kommunisten sind nicht eine Opposition zur österreichischen Regierung und zu den Regierungsparteien, sondern sie bilden eine Opposition zur demokratischen Republik Österreich überhaupt. Solange sich die Kommunisten als Vertreter einer fremden Macht fühlen, kommen sie für uns bei der Beurteilung und Betrachtung der Befugnisse und der Pflichten der österreichischen Regierung und der koalitierten Regierungsparteien und der Rechte einer österreichischen Opposition zur Regierung überhaupt nicht in Betracht. (*Abg. Honner: Ihre Einschätzung ist uns*

völlig gleichgültig!) Das wissen wir, aber auch uns ist Ihre Meinung gleichgültig, weil Sie eben so eine verschwindende Minderheit sind. Da Sie eine gewisse Tätigkeit im Interesse einer fremden Macht ausüben, werden Sie das auch in Hinkunft bleiben. (*Abg. Honner: Die amerikanischen Diener!*)

Wir können darüber sprechen, warum die Koalition in Österreich überhaupt besteht. Ein bedeutender schwedischer Wirtschaftspolitiker und Fachmann auf diesem Gebiet hat vor einigen Tagen in Wien einen Vortrag gehalten. Er hat dabei seiner Meinung Ausdruck gegeben, daß Österreich ein Zweiparteienstaat geworden sei und es seiner Meinung nach auch für lange Zeit sein werde. Er meinte weiter, die Koalition sei gewissermaßen zu einer konstitutionellen Einrichtung Österreichs geworden. Das sei kein Schaden, denn im alten Rom gab es zwei Konsuln mit gleichen Rechten, und auch in Sparta war das Doppelkönigtum vorhanden, wobei beide dieselben Rechte gehabt haben.

Ich gebe ohne weiteres zu, daß äußerlich eine gewisse Ähnlichkeit zu verzeichnen ist, wobei ich aber rundweg erkläre — ohne daß sich dadurch unser Koalitionspartner in seinem Ansehen beeinträchtigt fühlen wird —, daß bei uns nach unserem Willen diese Koalition nicht eine konstitutionelle Einrichtung Österreichs werden wird, sondern daß das eine bestimmte Notmaßnahme auf staatsrechtlichem Gebiet ist. (*Ruf beim KdU: Eine Notzivil-ehe!*) Eine andere Lösung gibt es nicht. (*Zwischenruf des Abg. Neuwirth.*)

Es ist sehr einfach, durch nicht geistreiche Zwischenrufe, die ein Vorredner vor mir schon früher charakterisiert hat, zu versuchen, von der Sache selbst abzulenken. In dieser Notzeit, in der wir uns in Österreich aus zwei Gründen befinden, ist vorläufig eine andere Lösung nicht möglich, wollen wir verfassungstreu auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie weiterbestehen.

Es gibt sicherlich alte Demokratien, in denen unter Umständen, unter Duldung einer starken Opposition, Minderheitsparteien die Regierung führen. Auch dafür lieferten uns England, im weiteren Norwegen und andere alte demokratische Länder bereits reichliche Beispiele. Aber auch dort ist es nur dann möglich, wenn die der Regierung nicht angehörigen Parteien erstens nicht eine gleichartige Gesinnung im Großen zustandebringen und zweitens nicht wesentlich die Mehrheit überschreiten.

Bei uns wäre das Regieren einer der großen Parteien allein unweigerlich zum Scheitern verurteilt. Es wäre unmöglich, daß eine der großen Parteien heute allein parlamentarisch regieren und auf den Partner verzichten

könnte, weil keine der zwei Regierungsparteien unter Einschluß der Oppositionsparteien imstande wäre, eine parlamentarische Mehrheit aufzubringen. Das ist der Rechtsstand, mit dem wir rechnen müssen. Und weil wir in diesem Notzustand sind, kann die Koalition wohl am besten als Notgemeinschaft bezeichnet werden.

Man kann über den Wert der Koalition und über den Wert ihrer Tätigkeit verschiedener Meinung sein. Den Oppositionsparteien steht jederzeit das Recht zu, auf parlamentarischem Boden und in der Öffentlichkeit, natürlich nach den Grundsätzen der Demokratie, diese Tätigkeit zu kritisieren. Ich gebe ohne weiteres zu, daß diese Art der parlamentarischen Tätigkeit das übliche geschäftsordnungsmäßige Vorgehen in einiger Weise beeinflußt. Tatsache ist, daß sich hier zwei Parteien mit entgegengesetzten weltanschaulichen und ökonomischen Betrachtungen zu gemeinsamer Arbeit zusammengeschlossen haben und daß sich die natürlichen Gegensätze in erster Linie bei den Beratungen zwischen den Parteien auswirken und dort ausgeglichen werden müssen. Dann kommen sie eben mit einer einheitlichen Linie für das betreffende Fachgebiet in die Ausschüsse, wo die Gesetzesvorlagen behandelt werden. Keinem Ausschußmitglied wird jemals das Rede- und Vorschlagsrecht unterbunden. Daß die Mehrheit nicht immer oder, wenn die Vorschläge nicht entsprechend sind, sehr selten Anträgen der Opposition Rechnung trägt, ist eine natürliche Sache im parlamentarischen Leben.

Der Herr Abg. Ludwig hat sich vielleicht heute geirrt, als er feststellte, die Kommunisten hätten sich von der Ausschußtätigkeit selbst ausgeschlossen. Das ist nicht richtig. Tatsache ist, daß die österreichische Bevölkerung die Kommunisten von jeder Ausschußtätigkeit ausgeschlossen hat, weil sie sie nur als eine so schwache Minderheit ins Parlament entsandte. Sie können natürlich nicht verlangen, daß Sie als Fünfmann-Klub vielleicht in allen wichtigen Ausschüssen mitberaten. (*Abg. Koplentig: Das gehört zur Koalitionsgesinnung!*)

Sie haben natürlich das Recht, hier im Hause Ihre Vorschläge zu unterbreiten; sind sie vernünftig und pro-österreichisch, werden sie entsprechend beurteilt werden. Sind sie aber kontra Österreich gerichtet, bleiben sie von vornherein von jeder weiteren parlamentarischen Erörterung ausgeschlossen.

Eines ist sicher: Uns wäre es weit, weit lieber, wir könnten in diesem Hause als Mehrheitspartei regieren. Ich bin auch überzeugt, daß dann manches Problem zielbewußter und richtiger gelöst werden könnte.

Aber es ist nicht unsere Schuld, daß die Bevölkerung in zwei demokratischen Wahlen entschieden hat, daß die beiden großen Parteien zusammenarbeiten müssen.

Die Beratungen innerhalb der Koalitionsparteien sind hart und oft stürmisch. Sie selbst behaupten das wiederholt. Das ist verständlich, denn alle Differenzen müssen zuerst dort ausgetragen werden. Solange in allen großen Fragen das Wichtigste für unser Leben innerhalb der Regierungskoalition durchgesetzt werden kann, wird diese Koalition, diese Form der parlamentarischen Tätigkeit, bestehen können. Sollten wir uns aber innerhalb der Koalition über grundsätzliche Fragen nicht mehr einigen können, dann bleibt kein anderer Weg als der Aufruf an die Wählerschaft, nunmehr die Entscheidung selbst zu treffen.

Ich habe früher erwähnt, daß diese Form der parlamentarischen Tätigkeit schon die geschäftsordnungsmäßige Behandlung beeinflußt. Der Abg. Dr. Pfeifer und auch der Abg. Fischer haben heute Klage darüber geführt, daß das Plenum nicht mehr so sehr meritorisch die Einzelheiten der Gesetzesvorlagen behandelt, weil das aus den Ausschüssen Heraus kommende bereits eine beschlossene Sache sei. Da die Opposition die Möglichkeit hat, in den Ausschüssen mitzuarbeiten, und auch ihre Anträge hier im Haus stellen kann, glaube ich, ist das keine Beschränkung der Rechte eines Abgeordneten, der einem größeren Klub angehört.

Ich habe auch die Meinung, daß hier in Österreich der Verfassung durch das Parteiensystem nicht widersprochen wird. Jawohl, unsere Verfassung sagt: Jeder gewählte Abgeordnete ist frei und braucht keinen Auftrag in einer bestimmten Sache entgegenzunehmen! Wir innerhalb unserer Partei nehmen bestimmt keine Aufträge entgegen, sondern wir beraten die Sache und kommen dann mit einer übereinstimmenden Meinung zu den Beratungen in den Ausschüssen. Sollten Sie als Verband der Unabhängigen diese Form der Parteidemokratie noch nicht gefunden haben, dann müssen Sie sich bei diesem Durcheinander noch längere Zeit bemühen.

Der Herr Abg. Fischer hat heute behauptet, daß das Lesen von Reden durch das Präsidium unterbunden wird. Wir anerkennen von vornherein: Der Herr Abg. Fischer ist ein Rhetoriker, der sicherlich imstande ist, auf Grund gewisser Vormerkmale frei zu sprechen, wenn er die Erlaubnis dazu erhält. Für seine rhetorisch große Schimpfkanonade, die er heute losgelassen hat, hat er ohne Zweifel seitens

der Wasagasse das Recht eingeräumt erhalten, frei und ohne Konzept zu sprechen. Die Wasagasse war sich bewußt, daß ein Fischer auf diesem Gebiet nicht übertroffen werden kann, daß selbst die Wasagasse diese Schimpfkanonade nicht besser oder kräftiger aufsetzen kann. Wenn er trotzdem für das Lesen von Reden die Lanze gebrochen hat, so wohl nur darum, weil ihre meisten parlamentarischen Reden genau nach dem Konzept ihrer Zentrale gehalten werden müssen und es den Abgeordneten der Kommunistischen Partei nicht freisteht, ihre Meinung nach entsprechender Festsetzung der großen Linie hier im Parlament zu sagen. Uns Sozialisten ist es ziemlich gleichgültig, ob die Reden der Kommunisten, aufgesetzt von der Wasagasse, hier frei vorgetragen oder vorgelesen werden, ob diese Vorlesung vor der Druckbeförderung zur „Volksstimme“ erfolgt oder die Korrektur erst nachträglich erfolgen muß. An und für sich ist das für uns kein bestimmendes Problem.

Der Abg. Pfeifer hat in der bekannten Weise heute wieder das Klagegedicht über die ungerechte Behandlung der ehemaligen Nationalsozialisten gesungen. Er hat sich einen günstigen Zeitpunkt ausgesucht, denn er ist Mitglied des Unterausschusses des Hauptausschusses, der bereits eine Vorlage für die Spätheimkehreramnestie durchgearbeitet hat. Er kennt die Absichten über die Zeit der Beratung dieser Vorlage im Haus und hatte es deshalb heute sehr leicht, mit flammenden Worten, soweit er begeistert sprechen kann, zu verlangen, diese Vorlage müsse noch vor Weihnachten im Haus zur Verhandlung gelangen. Nicht weil Sie es verlangen, sondern weil es im Plan der Regierungsparteien liegt, werden Sie auf diesem Gebiet einen Erfolg zu verzeichnen haben.

Zur übrigen NS-Frage — und es ist nur mehr ein Teilgebiet offen — nehme ich heute absichtlich nicht im einzelnen Stellung, weil wir unsere Stellungnahme im Finanz- und Budgetausschuß bei der Beratung des Kapitels Bundeskanzleramt ohnedies klar und deutlich zur Kenntnis gebracht haben. Auch wir sind der Meinung, daß eine innere Befriedung in gerechter Weise erzielt werden soll, sowohl hinsichtlich der Opfer des Faschismus — und bei diesen in erster Linie — und anschließend daran bei der Behandlung des noch offenen Teiles des Nationalsozialistenproblems.

Ich bin der Überzeugung, daß der Verband der Unabhängigen, wenn dieses Problem gelöst ist, in schwere Nöte kommen wird. Solange noch ein kleiner Teil dieses Problems nicht gelöst erscheint, haben Sie eben bei den Wahlen einen Zuzug zu Ihrer

neuen Partei zu verzeichnen gehabt. Auch für die Kommunisten gilt dasselbe, denn solange es noch belastete SS-Leute gibt, wird es insbesondere in einer bestimmten Zone Österreichs den Kommunisten immer leicht sein, zu Mitgliedern zu kommen, weil eben ehemalige SS- und SA-Funktionäre bei den Kommunisten den Sprung in diese Partei in SS-Stiefeln ohne weiteres machen können, während der Weg zu uns eine Läuterung bedeutet und deshalb auch bedeutend schwieriger ist. Aber nicht, weil wir Ihnen zu Wählern, Funktionären und Mitgliedern verhelfen wollen, wollen wir dieses Problem vielleicht auf die lange Bank schieben, sondern wir trachten aus menschlichen Gründen, das alles rasch einer Lösung zuzuführen, in der Überzeugung, daß diese Probleme in staatspolitischer Klugheit zu lösen sind, wenn der Wille vorhanden ist. Er ist auf unserer Seite vorhanden. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Buchberger: Seit wann denn?*) Herr Abgeordneter, Sie sind noch lange nicht in diesem Hause gesessen, da haben wir dieses Problem schon zum größten Teile gelöst, und weil wir es lösen, können Sie heute in diesem Hause sprechen, weil wir eben nicht Wahlschlager machen. Wir haben wiederholt erklärt: Für uns ist das ein ernstes Problem! Sie können aus optischen Gründen etwas beantragen, wenn aber wir etwas bearbeiten, wollen wir, daß das auch nach österreichischem Recht unter Berücksichtigung des Einflusses des Kontrollrates Gesetzeskraft erreicht. (*Abg. Dr. Reimann: Deshalb habt ihr ja den Initiativantrag der ÖVP vor den Wahlen abgelehnt!*) Natürlich liegt es im Wesen der Demokratie, daß sich jeder vollberechtigte Staatsbürger bei Wahlen für oder gegen die Interessen seiner Familie entscheiden kann. Wer gegen seine Freiheit in der Republik und gegen die Freiheit in den Betrieben ist, wird unweigerlich den Parolen der Kommunisten folgen und dem Druck gewisser Mächte ohne weiteres nachgeben. Die Zahl der Mörder der österreichischen Freiheit und der Freiheit ihrer Familien und damit der gesamten Bevölkerung wird aber in Österreich nicht groß sein. Die übergroße Mehrzahl der österreichischen Bevölkerung bekennt sich zu dieser parlamentarischen Demokratie und anerkennt auch die großen Leistungen, die wir seit der Errichtung der Zweiten Republik bis heute vollbracht haben. Wir sind ohne unsere Schuld dauernd in Notverhältnissen. Es wird deshalb notwendig sein, daß sich nach wie vor die Staatstreuen, die um die Republik Österreich besorgten Kräfte zusammenschließen, denn wir verteidigen mit diesem System die demokratische Republik. Die Frage des Herrn Abg. Fischer beantworten wir: Jawohl, wir bekennen uns zur parlamentarischen Demokratie und werden

sie auch verteidigen! (*Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.*)

**Abg. Dr. Gasselich:** Hohes Haus! Es ist interessant, wie lange Regierungsredner die neuesten Prinzipien der Regierung vorzutragen imstande sind. Soweit es sich um die Angelegenheiten der Regierungsparteien handelt, fühle ich mich nicht berufen, zu diesen Ausführungen Stellung zu nehmen, und auch nicht so weit, als es die Worte des Abg. Fischer angeht, dem ich heute — ich muß es ehrlich sagen — in großen Teilen seiner Rede, was das Parlament und seine Stellung betrifft, zustimmend gefolgt bin.

Ich verwahre mich aber dagegen, daß der Herr Abg. Eibegger in diesem überheblichen Ton über einzelne Abgeordnete Urteile abgibt, zu denen er am wenigsten berufen ist. Es ist ein überheblicher Ton, der aus dem Geiste der kompakten Majorität erwachsen ist, dessen sich ein einzelner bedient. Wir haben uns weder überheblich noch irgendwie in einer Weise unkorrekt benommen, die eine solche Haltung rechtfertigen würde, (*Abg. Dr. Reimann: Wenn Sie vor dem Volk sind, tun Sie nicht so!*) Die Belehrungen über das Verhalten des Abg. Pfeifer weise ich auf das entschiedenste zurück. Abg. Pfeifer ist ein fleißiger und gewissenhafter Abgeordneter und hat das gleiche Recht wie der Herr Abg. Eibegger, jede Sache in diesem Parlament zu behandeln. (*Abg. Mark: Und wir haben das Recht, dabei einzuschlafen! — Heiterkeit.*)

Ich möchte betonen, daß wir uns in diesem Haus ehrlich bemüht haben, an der Arbeit teilzunehmen. Wir konstatieren, daß sich das Verhältnis der Abgeordneten dieses Parlamentes zu unserem Klub, wenn ich an den gewissen 9. November 1949 denke, als wir hier eingezogen sind, bedeutend gebessert hat. Ich möchte das mit einer gewissen Genugtuung konstatieren, aber ich möchte auch nicht, daß immer wieder gerade von solchen Leuten Rückfälle kommen, die sich selbst nur im Rahmen des Ganzen durchsetzen können und denen ich wünschen würde, daß sie an Stelle des Abg. Fischer zu fünf hier sitzen; dann möchte ich sehen, ob sie sich noch über die Verhältnisse lustig machen, die in bezug auf die Stärke der kleineren Parteien hier herrschen. Jede Partei muß einmal anfangen. Ich habe nicht die Sorgen der Kommunisten; aber wenn der Herr Abgeordnete so überheblich immer wieder auf unsere Unstimmigkeiten hinweist, dann frage ich: Welches Recht hat er denn, sich außerhalb seines Rayons darum zu kümmern?

Ich glaube, jede Partei in Österreich hat Sorgen genug. Erinnern Sie sich nur an die Zeit und daran, unter welchen Umständen

wir hier antreten mußten, daß wir bis auf die letzte Minute nicht wußten, ob wir verboten werden oder nicht. Ist es da ein Wunder, daß Leute aus den verschiedensten weltanschaulichen Bezirken zusammengekommen sind und daß es eine Zeit dauert, bis sich die Richtungen ausgleichen? Wir werden das auf demokratischem Wege tun, genau so, wie wir uns in demokratischem Sinne in diesem Staate betätigen werden. Es kommt nicht auf den Typus an, den Sie kennzeichnen, auf den Menschen kommt es an, und einer der größten Fehler, die es in diesem Hause gegeben hat, war die Statuierung der Kollektivschuld! Nur der einzelne Mensch und der einzelne Fall entscheidet und nicht der Apparatschiki-Standpunkt, und nicht mit schablonenhaften Maßnahmen kann man so ein Problem lösen.

Ich bin der Meinung, daß das NS-Problem noch nicht gelöst ist. Es gibt noch hunderttausende Menschen, die darunter leiden. Mein Fall war nicht der ärgste derer, die darunter gelitten haben; aber genau so unsinnig, wie ich nach dem Kriege behandelt worden bin, bin ich vor dem Kriege behandelt worden, und ich plädiere dafür, daß hier eine Gesinnung Platz greift, nach der die Menschen gewertet werden und nicht die Parteischablone allein der Schlüssel für die Wertung der Redner ist. *(Zustimmung bei den Unabhängigen.)*

Ich möchte auf die Erscheinungen zurückkommen, die schon am Vormittag erwähnt worden sind. Ich habe jene, Ausschußberatung über das Budget mitgemacht, bei der der Herr Präsident Kunschak selber die von uns längst gerügten Zustände zugegeben hat, über die gerade von ernstesten Abgeordneten der Regierungsparteien ebenfalls Klage geführt wurde, daß nämlich die Ausschüsse vielfach unter dem Zwang der Zeitnot genötigt sind, immer im letzten Moment Vorlagen an das Haus zu bringen. Aber ich glaube, wir können uns nicht mit dieser guten österreichischen Methode abfinden, daß, wenn wir irgendeinen Übelstand sehen, wir ganz begeistert erklären: „Da muß was g'scheh'n!“, und uns dann wieder mit der Bemerkung abfinden: „Da kann man nix machen!“ Ich glaube schon, daß man da etwas machen könnte. Ich glaube, daß der Herr Präsident es bei dieser Frage, die man ihm von drüben stellt, ob er die Verantwortung dafür übernimmt, daß eine Verzögerung in der Gesetzwerdung eintritt, ruhig einmal darauf ankommen lassen kann. Denn schließlich sind wir als Parlamentarier nicht diejenigen, welche das zu apportieren haben, was die Ministerialbürokratie versäumt, denn hier sitzen die Vertreter des souveränen Volkes von Österreich, aus allen

Ländern und Wahlbezirken, gleichmäßig und gerecht vertreten, und ich glaube, es ist eine der hervorragendsten Aufgaben dieses Parlamentes, wieder zu seinen Souveränitätsrechten zurückzufinden. Ich glaube, daß heute schon via facti die verfassungsmäßigen Zuständigkeiten längst überschritten und ausgeweitet wurden. Es werden hier Dinge mit der Verantwortlichkeit des Parlamentes beschlossen, die außerhalb der Mauern des Parlamentes entschieden werden. Dagegen, glaube ich, müssen wir uns alle im eigenen Interesse wehren.

Meine Damen und Herren! Geben Sie sich keinem Zweifel darüber hin, daß wir in der breiten uninformierten Masse des Volkes nicht beliebt sind. Erstens neidet man uns die Diäten, weil man glaubt, sie seien viel, viel höher, als sie sind — und sie sind wirklich nicht höher, als, was weiß ich, irgendein kleiner Gewerbetreibender verdient. Mehr sind sie ja wirklich nicht. Man mißgönnt jedem schon die Begünstigung, daß er umsonst in der Eisenbahn fahren kann. Ich will die Gründe nicht untersuchen. Es handelt sich um Tatsachen, und deswegen meine ich: Unsere wichtigste Pflicht ist, zu trachten, daß die Bevölkerung an unseren Angelegenheiten einen größeren Anteil nimmt und Einsicht in den Sachverhalt bekommt. Es kann doch niemand dem widersprechen, daß sich das Interesse der Bevölkerung nur bis in die Gemeindeebene erstreckt und daß dieses Interesse sonst bei großen Wahlen nicht erreicht wird, wenn die Leute auch brav zur Wahl gehen, mit oder ohne Wahlpflicht. Aber die innere Anteilnahme ist nicht da, während sich die Leute in der Gemeinde immer zu Wahlparteien zusammenschließen und herausfinden, wer derjenige ist, der sich zum Bürgermeister oder eben zu seinem Berater eignet. Daher wäre es auch wichtig, daß eine größere überschaubare Ebene geschaffen wird, sei es in irgendeiner Form der Bezirksvertretung, sei es auf sachlichem Gebiet, in dem Fachsystem in den Innungen. Jedenfalls muß die Demokratie in Österreich verankert werden. Sie ist ja immer wieder nur als Geschenk einer Niederlage nach zwei Kriegen an uns herangekommen und sie ist nicht organisch erwachsen. Aber gerade vom Gemeindefaktor aus könnte man eine systematische Anteilnahme am öffentlichen Leben erzielen. Im großen Wahlkreis ist der Zusammenhang schon nicht mehr gegeben. Wenn ich mehr Zeit hätte, wäre es verlockend, zu sagen, welche Bedingungen und welche Voraussetzungen wir an uns selbst zu stellen hätten. Es ist merkwürdig, daß fast in allen Berufen und in allen Tätigkeiten irgendein Berufs- beziehungsweise Befähigungsnachweis verlangt wird. Ich

glaube, wir Mandatare sind die einzigen, denen kein Untersagungsgesetz im Wege steht, außer im Sinne der von Abg. Eibegger geäußerten politischen Gründe.

Wir haben, sei es durch den Parteiapparat oder sei es durch eine verstärkte staatsbürgerliche Erziehung, die Möglichkeit, bessere Voraussetzungen für eine vollwertige Auslese zu schaffen. In einem stimme ich dem Abg. Fischer noch besonders zu, daß tatsächlich diese Schüler da oben, wenn sie uns einmal besuchen, von der Haltung und der Aktion dieses Parlamentes keinen positiven Eindruck mit nach Hause nehmen können. Ich werde gelegentlich der Behandlung des Unterrichtsressorts zweifellos Gelegenheit haben, über staatsbürgerliche Erziehung im allgemeinen zu sprechen.

Mir kommt es heute darauf an, ganz wenige Punkte herauszugreifen, die wir schon seit langer Zeit, allerdings erfolglos, beanständen. Ich freue mich, daß wir wenigstens auf einem Gebiete einige Hoffnungen haben dürfen, nämlich bezüglich der Reform unserer Geschäftsordnung. Bezüglich der Geschäftsordnung muß zweifellos einiges geschehen. Aber ich möchte den einen Umstand nicht vergessen, daß nämlich der Unvereinbarkeitsausschuß — bei der heutigen Handhabung der Bestimmungen — eine reine Fassade zu sein scheint. Meine Damen und Herren! Was ist das für eine Kontrolle gegenüber den Vorschriften des Gesetzes, wenn die Leute, die kontrolliert werden sollen, diese Kontrolle selber vornehmen? Hier müßte man sich doch dagegen wehren, und mein Kollege Buchberger hat auch gegen die Art der Durchführung protestiert. Über ein Jahr hat es gedauert, bis der Ausschuß einberufen wurde, und in einer kurzen Sitzung wurde alles erledigt. Ich glaube, da müßten wir heikel sein, im eigenen Interesse.

Meine Damen und Herren! Wir haben als Folge der letzten Jahre viel Schweres hinnehmen müssen. Wir haben eine Jugend, die keine erziehlche Zwischenzeit im öffentlichen Leben durchgemacht hat, wir haben durch den Krieg einen Rückschritt erlebt, der sich nicht nur in den Zahlen der Verbrechenstatistik auswirkt, sondern wir finden bei der Jugend auch eine Einstellung zu den Dingen der Welt, die vollkommen geändert ist. Die Wandlung der Begriffe ist erschreckend, das gilt leider allgemein. Nehmen wir zum Beispiel den Namen Pastrovich. Was war früher ein Staatsanwalt für ein Begriff an Rechtlichkeit, Sicherheit und Hoheit des Staates! Was für einen Schrecken hat es ausgelöst, als seinerzeit der Oberst Redl als Verräter und Spion entlarvt wurde!

Dieses Entsetzen über das Unrecht ist ein Korrektiv in der Demokratie. Heute ist es leider anders. Ich meine, daß all das, wofür wir gemeinsam zu sorgen haben, viel, viel größer ist als das, was uns unser Partei standpunkt vorschreibt. Da gibt es gemeinsame Aufgaben. Ich würde wünschen, daß auf diesem Gebiete das Parlament Einkehr halte und daß die Scheidewand zwischen den einzelnen Sektoren so gering werde, daß wir in Fragen, die das gesamte Vaterland angehen, gemeinsam arbeiten können. *(Beifall beim KDU.)*

**Präsident** *(der inzwischen wieder den Vorsitz übernommen hat)*: Die Rednerliste ist geschlossen. Wünschen die Herren Berichterstatter das Wort? *(Nach einer Pause:)* Sie verzichten darauf.

Damit ist die Aussprache über die Gruppen I und II beendet.

Wir kommen zur Aussprache über die **Gruppe III: Kapitel 8: Äußeres.**

**Spezialberichterstatter Stürgkh: Hohes Haus!** Am 6. November dieses Jahres hat der Finanz- und Budgetausschuß das Kapitel 8: Äußeres, eingehend behandelt. Ich sage eingehend, weil sich eine große Zahl von Mitgliedern dieses Ausschusses lebhaft an der Debatte beteiligt hat, die an sich ein sehr beachtliches Niveau gehabt hat. Während das Bundesfinanzgesetz 1951 unter Berücksichtigung des Nachtrages beim Kapitel Äußeres Ausgaben von 68,166.100 S vorgesehen hat, werden sie im Budget 1952 mit dem Betrag von 72,211.000 S präliminiert. Dies ergibt eine Steigerung um rund 4 Millionen Schilling oder, in Prozenten ausgedrückt, eine Steigerung um bloß 6 Prozent.

Diese geringe Steigerung der Ansätze beim Außendienst im Verhältnis zu den anderen Ressorts, welche zum Teil Steigerungen aufweisen, die bis über 50 Prozent gehen, hat zweierlei Gründe: Einesteils sind die Ansätze für das Kapitel Äußeres sozusagen den Weltmarktpreisen schon angeglichen gewesen, und zweitens sind bei diesem Ressort auf Grund der allgemeinen Finanzlage sehr bedeutende Abstriche gemacht worden.

Der ursprüngliche Ausgabenanspruch des Außenamtes, der auf rund 98 Millionen Schilling gelautet hat, wurde durch Zurückstellung fast sämtlicher vorgesehenen Projekte vermindert. So war beabsichtigt, zwei bis drei bundeseigene Gebäude für die Unterbringung von Gesandtschaften anzukaufen, und zwar in Stockholm, Brüssel und Buenos Aires. Hiefür war ein Kredit von rund 12 Millionen Schilling im Budget vorgeschlagen. Im Hinblick auf die beengte

budgetäre Lage wurde dieser Kreditansatz im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen gestrichen. Aus denselben Gründen wurde auch die Errichtung von Gesandtschaften in Kopenhagen und Pakistan zurückgestellt. Die Budgetansätze für die Vertretungen in China und bei den Vereinten Nationen in USA wurden nur mit Teiltangenten von einem Viertel des voraussichtlichen Aufwandes in das Budget eingestellt, desgleichen auch nur Tangenten von 50 v. H. für die konsularischen Vertretungen in Irak und Persien.

Beim Konsulatsdienst wurde gegenüber dem Budgetjahr 1951 aus Ersparungsgründen beim Personalaufwand rund 1 Million Schilling weniger veranschlagt, beim Sachaufwand jedoch um 450.000 S mehr; demnach ergibt sich beim Konsulatsdienst netto eine Verringerung des Budgets um rund 550.000 S.

Ich möchte es nun den Damen und Herren dieses Hohen Hauses ersparen, hier alle diplomatischen und konsularischen Vertretungen, die Österreich derzeit im Ausland unterhält, expressis verbis aufzuzählen. Ich möchte aber nicht unerwähnt lassen, daß mehrere bereits im Budget 1951 systemisierte Vertretungen noch nicht eröffnet worden sind, und zwar die diplomatischen Vertretungen in Canberra, China und bei den Vereinten Nationen (USA) und die konsularischen Vertretungen in Agram, Istanbul, Irak und Persien.

Bemerkenswert ist noch, daß im Bereich des Außendienstes über 50 Honorarkonsuln eingesetzt sind und für Österreich arbeiten.

Neu ist im Haushaltsjahr 1952 die Post 27: Hilfsmaßnahmen für Korea, Beitrag Österreichs, im Betrage von 700.000 S. Es ist allgemein bekannt, daß dieser Beitrag in natura geleistet werden soll, in Form von Holzlieferungen, was hier nur in einem valorisierten Betrag aufscheint.

Der Kredit für gemeinnützige kulturelle Ausgaben im Ausland (Diplomatischer Dienst) wurde von 50.000 S auf 343.000 S erhöht, hierin ist aber auch eine Teiltangente für die Betreuung der Österreicher im Auslande enthalten. Ferner wurde der Kredit für die Ausgaben für Rechtsschutz im Auslande (Konsulatsdienst) von 50.000 S auf 147.000 S erhöht. Diese beiden Krediterhöhungen sind unerlässlich, um die Interessen der Österreicher im Auslande entsprechend vertreten zu können.

Die Wiedererrichtung der Konsularakademie, für welche im Budget unter Titel 2 des Kapitels 8 ein Verrechnungsansatz aufscheint, hat aus finanziellen Gründen bisher nicht Platz greifen können. Anlässlich der Debatte im Finanz- und Budgetausschuß

wurde allgemein dem Bedauern Ausdruck verliehen, daß diese alte Stätte der früheren Orientalischen Akademie und der späteren Konsularakademie als Schule für den jungen diplomatischen Nachwuchs aus den bewußten Gründen bisher nicht mehr errichtet werden konnte. Es ist aber an der Hochschule dafür ein Ersatz geschaffen worden, der, wie der Bericht sagt, schon gute Erfahrungen gezeitigt hat.

Hohes Haus! Gestern hat anlässlich der Generaldebatte ein Oppositionsredner hier an dem in Behandlung stehenden Staatsvoranschlag bemängelt, daß er keine Ersparnisse ausweist und darüber hinaus nicht einmal den Sparwillen erkennen ließe. Wie sehr ich mich auch dazu bekenne, daß Sparsinn und Sparwille unbedingt ein Gebot der Zeit sind, möchte ich doch sagen, daß es zwischen Sparen und Sparen gewisse Unterschiede gibt. Man kann auf der richtigen Seite sparen, man kann aber auch manchmal auf der falschen Seite sparen, und dann kommt man zu Schaden. Ich weiß nicht, ob bei der heutigen Lage unserer Republik, die historisch, außenpolitisch, geopolitisch und allgemein eher doch als verzwickelt anzusehen ist, der Sparsinn unbedingt auch im Kapitel Äußeres anzuwenden ist und mit Vorteil angewendet werden sollte. Verehrte Damen und Herren! Ich möchte meinem Bericht immerhin ein paar Zahlen anfügen, wie es in anderen größeren und kleineren Staaten Europas in bezug auf den Aufwand aussieht, den die Außenämter im Rahmen des Gesamtbudgets ihres Staates ausmachen. Dazu kann ich Ihnen hier berichten, daß der prozentuelle Anteil der Außenbudgets im Vergleich zu den Gesamtbudgets beispielsweise in der Republik Italien 3,08 Prozent, in der Schweizer Eidgenossenschaft 1,63 Prozent, für das Königreich Schweden 0,54 Prozent, für das Königreich Dänemark 1,12 Prozent, für das Königreich der Niederlande 0,90 Prozent und für die Republik Österreich 0,37 Prozent ausmacht. Ich möchte es dem Urteil der verehrten Damen und Herren dieses Hohen Hauses überlassen, festzustellen, ob bei uns am richtigen oder am falschen Ort gespart worden ist.

Das Kapitel 8 wurde bei der Abstimmung, die in der Ausschusssitzung vom 23. November 1951 erfolgt ist, angenommen. Auf Antrag der Abg. Maurer und Eibegger wurde auch eine Entschliebung angenommen, die dem Bericht beigelegt ist. Gestatten Sie, daß ich diese Entschliebung wörtlich vorlese:

Die Bundesregierung wird ersucht, auf eine Beschleunigung der Verhandlungen mit Jugoslawien hinzuwirken, die eine Regelung

der Besitzverhältnisse der österreichischen Doppelbesitzer im jugoslawischen Grenzgebiete zum Ziele haben.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

1. Dem Kapitel 8: Äußeres, des Bundesvoranschlags für das Jahr 1952 in der Fassung der Regierungsvorlage (445 d. B.) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

2. Die begedruckte Entschließung wird angenommen.

Abg. Ernst Fischer: Meine Damen und Herren! Das entscheidende Problem der gesamten Weltpolitik ist gegenwärtig die unheilvolle und gefahrdrohende Spannung zwischen der Welt des Ostens und der Welt des Westens, der Welt des Sozialismus und der Welt des Kapitalismus. Die entscheidende Aufgabe jedes verantwortungsbewußten Politikers in der ganzen Welt wäre es und ist es, an einer weltpolitischen Verständigung mitzuwirken, die politische Tätigkeit darauf einzustellen, daß bei allen nicht bestreitbaren tiefen gesellschaftlichen und ideologischen Gegensätzen ein friedliches Nebeneinanderbestehen verschiedener gesellschaftlicher Systeme möglich wird. Die Außenpolitik eines jeden Landes muß also danach beurteilt werden, ja sie kann gar nicht anders beurteilt werden als nach der Frage, ob sie der Verständigung dient oder ob sie den Zwiespalt nährt, ob sie zum Frieden beiträgt oder ob sie dem Krieg Vorschub leistet.

Auch die österreichische Außenpolitik kommt nicht um die entscheidende Frage herum, ob sie sich nach dem Gestirn des Friedens oder nach dem Unstern des Krieges orientiert. Mir scheint, daß alle anderen Fragen, auch die für uns so wichtige Frage des Staatsvertrages, dieser zentralen Frage unterzuordnen sind. Als wir Kommunisten vor der Entstehung des Atlantikblockes von einer ernststen Kriegsgefahr gesprochen haben, hat man uns immer wieder entgegengehalten, dies sei ein Hirnspinnst. Heute gibt es wohl kaum einen Menschen, der nicht durch die akute Kriegsgefahr unmittelbar und zutiefst beunruhigt ist. Das Wettrüsten hat ein alarmierendes Ausmaß angenommen. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben offiziell mitgeteilt, daß sie wöchentlich eine Milliarde Dollar für Kriegsrüstungen ausgeben. In dutzenden Ländern werden militärische Stützpunkte der USA errichtet, und zwar weit vorgeschobene militärische Stützpunkte. Ich nenne nur Japan, Formosa, die Türkei, Griechenland, Jugoslawien, Norwegen, Island, Grönland, Spanien, Westdeutschland und in

letzter Zeit auch Westösterreich. (Abg. Rainer: Wo denn?) Berge von amerikanischen Waffen werden in Europa ausgeladen. Fast jede Woche inspizieren amerikanische Generäle bis zum Kriegsminister die künftigen Kriegsschauplätze in Europa. In der ganzen Welt ist so viel militärischer und politischer Sprengstoff angehäuft, daß unter Umständen die Zigarette eines betrunkenen Soldaten genügen könnte, um eine Weltexplosion, eine Weltkatastrophe herbeizuführen. (Zwischenrufe.)

Wir hören nun sehr oft den Einwand, man rüste zum Krieg, weil man den Frieden will. „Si vis pacem, para bellum!“ Nun, meine Damen und Herren, ich kenne kein dümmeres und kein frecheres Wort als dieses lateinische Sprichwort. Diese Worte haben wir in der Vergangenheit oft genug gehört. Wir haben sie gehört von Wilhelm II., wir haben sie von Hitler gehört, aber niemals in der Weltgeschichte ist aus einer großen Kriegsrüstung der Friede, sondern immer der Massenmord hervorgegangen. (Abg. Dr. Bock: Vielleicht erzählen Sie das in der Sowjetunion!)

Gigantische Kriegsrüstungen haben, ich möchte sagen, eine unerbittliche Eigengesetzlichkeit. Es kann nämlich der ungeheuer gefährliche Höhepunkt solcher Rüstungen erreicht werden, und wir nähern uns in raschem Tempo dieser internationalen Situation, dem Höhepunkt der Kriegsrüstungen, in dem das fürchterliche Dilemma entsteht: Wirtschaftskrise oder Weltkrieg, ein Dilemma, von dem ernste amerikanische Zeitschriften heute schon offen sprechen, in der das Dilemma entsteht: entweder stürzen die Kurse oder sterben die Völker. Und diese Gefahr, die niemand bestreiten kann, ist umso größer, als hinter den amerikanischen Kriegsrüstungen eine geradezu hemmungslose Kriegspropaganda steht.

Meine Damen und Herren! Ich habe hier die Sonderausgabe der amerikanischen Zeitschrift „Collier's“ in der Hand. Diese Sonderausgabe ist in einer Auflage von 4 Millionen Exemplaren erschienen. Es handelt sich dabei nicht einfach um die Arbeit irgendeiner gewinnsüchtigen, an der Sensation profitierenden Redaktion, sondern in der Einleitung wird ausdrücklich festgestellt, daß an dieser Sondernummer führende militärische und politische Funktionäre der Vereinigten Staaten mitgearbeitet haben. Wenn man diese Sondernummer durchblättert, muß in der Erinnerung Goebbels wie ein Humanist und Hitler wie ein Repräsentant der reinen Vernunft erscheinen. Ich habe noch niemals ein Dokument so grauenhafter, so bestialischer Kriegshetze in der Hand gehabt wie diese Sondernummer von „Collier's“. Hier wird das Rezept des dritten

2468 67. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 6. Dezember 1951.

Weltkrieges entwickelt — ich wiederhole, wie die Zeitschrift feststellt, auf Grund der Ratschläge führender politischer und militärischer Funktionäre der USA.

Der Weltkrieg soll ausbrechen durch eine Provokation in Jugoslawien, durch den Versuch eines Attentats auf Tito. Daraufhin sollen die Gruppen der volksdemokratischen Staaten um die Sowjetunion die Grenze Jugoslawiens überschreiten, und damit soll der dritte Weltkrieg ausbrechen. Nun wird weiter entwickelt, daß im Laufe dieses dritten Weltkrieges eine Reihe großer Städte dem Erdboden gleichgemacht werden. Hier werden einige erschütternde Bilder von Atombombenexplosionen in Moskau und anderen Städten gebracht.

Dieser Krieg soll schließlich dadurch entschieden werden — was neben dem Wahwitz die ganze Albernheit dieser Kriegshetzer zeigt —, daß 10.000 amerikanische Fallschirmjäger hinter dem Ural landen und diese 10.000 amerikanischen Fallschirmjäger imstande sind, das Kriegspotential der Sowjetunion zu vernichten.

Dann folgt eine ausführliche Schilderung, wie diese Welt des siegreichen amerikanischen Imperialismus aussehen soll. Ich wiederhole, das sind nicht kommunistische Erfindungen, sondern das wird in dieser Zeitschrift dargestellt. Hier wird gesagt, daß die Sowjetunion zerstückelt wird, daß dort Millionen Kinder zur Verlosung gelangen, um nach Amerika exportiert zu werden. Hier wird weiters die Wiederkehr der abendländischen Zivilisation in Wort und Bild als eine Wiederkehr von Nacktrevuen nach Moskau gepriesen, und es wird ausführlich geschildert, wie den armen Russen solche Genüsse jahrelang vorenthalten wurden. Es wird weiters geschildert, wie die russische Ausgabe von „Collier's“ in Moskau verkauft wird.

Meine Damen und Herren! Das ist eine Mischung von Wahwitz, Dummheit und Verbrechen. Wir müssen nur einige wenige Jahre zurückblicken, um zu sehen, wie ein ähnlicher abenteuerlicher Traum geendet hat.

Warum spreche ich von diesem in der Tat ungeheuerlichen Beispiel der Kriegshetze, von dem sich übrigens sehr viele auch der bürgerlichen westlichen Zeitungen und Zeitschriften distanzieren haben? Warum spreche ich davon? Um die Gefahr der Situation klarzumachen und weiters klarzumachen, daß es neben dem Friedenswillen des amerikanischen Volkes unzweifelhaft eine wenn auch vielleicht nicht zahlreiche, aber sehr mächtige abenteuerliche Kriegspartei gibt, die, je näher die internationale Entscheidung kommt, desto mehr

auf die Auslösung eines solchen Abenteuers, zu einer solchen Weltkatastrophe drängt.

Es ist meine feste Überzeugung, daß es trotz dieser Gefahr möglich sein wird, die Katastrophe eines dritten Weltkrieges von der Menschheit abzuwenden. Es ist meine tiefste Überzeugung, daß trotz der gefahrvollen und komplizierten internationalen Situation schließlich der Friedenswille und der Lebenswille aller Völker, der Völker im Osten und Westen, stärker sein wird als alle diese verbrecherischen Pläne. Es ist meine Überzeugung, daß es gelingen kann und wird, in schweren Kämpfen und schwierigen Auseinandersetzungen schließlich den Frieden für die Menschheit zu retten, denn die internationalen Verhältnisse haben sich in der letzten Zeit anders gestaltet, als es die Initiatoren des Kalten Krieges in Amerika erwarteten.

Kein ernst zu nehmender Politiker kann heute an der ungeheuer angewachsenen Macht der Sowjetunion vorbeisehen. Kein ernstlicher Politiker kann an der Tatsache vorbeisehen, daß sich im Fernen Osten eine weltgeschichtliche Revolution vollzogen hat, daß sich das größte Volk der Welt, das 470-Millionen-Volk Chinas, eine neue antikapitalistische Ordnung gegeben hat. Kein ernstlicher Politiker kann daran vorbeisehen, daß in den arabischen Ländern nicht etwa Tagesereignisse, sondern ebenfalls eine weltpolitische Revolution ihren Anfang genommen hat, daß die arabischen Völker entschlossen sind, sich selbst aus jeder Kriegskombination herauszubrechen und herauszuhalten. Niemand kann schließlich übersehen — mag er sich dazu stellen, wie er will —, daß die Weltfriedensbewegung, die größte Bewegung, die es jemals gegeben hat, zu einem ernstesten Faktor der internationalen Politik geworden ist.

Mir scheint die Hoffnung auf die Erhaltung des Friedens vor allem darum berechtigt, weil die Erkenntnis allmählich auch in Kreisen der Bourgeoisie Amerikas zunimmt, daß ein dritter Weltkrieg ein Salto mortale, ein Todesprung des Kapitalismus wäre. Es gibt heute schon große und ernste amerikanische Zeitungen und Zeitschriften, die zum Beispiel in einer Polemik gegen das Sonderheft von „Collier's“ erklären: Es ist sehr die Frage, ob Amerika einen solchen Weltkrieg gewinnen würde. Es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß ein dritter Weltkrieg mit dem Siege des Kommunismus auf der ganzen Welt enden würde. Nun, das wäre ein fürchterlicher Sieg, den wir in dieser Form nicht wollen. Es wäre ein Sieg auf verbrannter Erde, es wäre ein Sieg auf dem Trümmerfeld der Kontinente, und kein verantwortungsbewußter Mensch kann wünschen, einen solchen Sieg einer Idee auf Leichenwüsteneien zu erkämpfen!

Daß diese Erkenntnis auch in einem Teil der Bourgeoisie wächst, scheint mir eine ernste Garantie für die Möglichkeit der Erhaltung des Friedens zu sein. Denn ich bin überzeugt, auch der verbissenste Antikommunist muß sich die Frage stellen, was vernünftiger, was zweckmäßiger ist: man lebt in einer Welt mit der Sowjetunion, auch wenn man ihr System verneint, oder man stirbt wie Goebbels und Hitler in einer selbstverschuldeten Weltkatastrophe. Ich glaube also, daß auch für den erbittertsten Gegner der Sowjetunion der Gedanke des Lebens in einer Welt mit dieser Sowjetunion erträglicher sein muß als der Gedanke eines dritten Weltkrieges.

Welche Schlußfolgerungen ergeben sich nun aus dieser alarmierenden Weltsituation für unser Österreich? Ich glaube, man muß nicht wiederholen, daß Österreich den Frieden braucht, daß unser Volk, und zwar das ganze Volk, den Frieden will. Wir brauchen und wir wollen den Frieden nicht nur wie jedes andere Volk, sondern wir sind uns auch klar bewußt, daß Österreich der erste Kriegsschauplatz wäre, wir sind uns dessen bewußt, daß Wien zu den Städten gehört, für die man die Atombombe vorbereitet. (*Ruf bei der ÖVP: Wo denn?*) Das steht in „Collier's“, meine Damen und Herren! Da wird Wien unter den Städten aufgezählt, für die man die Atombombe bereithält. (*Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Wir wissen also, daß für Österreich die Bedrohung durch einen Krieg eine besondere, eine unmittelbare wäre.

Aber sehen Sie, für uns wäre nicht nur der Heiße Krieg, der blutige Krieg eine namenlose Katastrophe, für uns ist auch der Kalte Krieg ein Verhängnis. (*Zwischenrufe.*) Ich möchte mich hier auf die Ausführungen des Abg. Pittermann beziehen, die er gestern gemacht hat. (*Neuerliche Zwischenrufe. — Der Präsident gibt abermals das Glockenzeichen.*) Ich möchte vorausschauend feststellen, daß die Berichterstattung in der „Volksstimme“ unrichtig war in der Form, daß der Abg. Pittermann die Worte, die in der „Volksstimme“ berichtet werden, gestern nicht gesagt hat. Ich möchte den Hergang der Diskussion hier rekonstruieren. (*Abg. Hummer: Die „Volksstimme“ hat noch nie die Wahrheit geschrieben! — Weitere Zwischenrufe. — Der Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen.*) Ich möchte rekonstruieren, wie sich diese Diskussion vollzogen hat. Wir haben dem Abg. Pittermann, als er über die Friedensbewegung sprach, den Zwischenruf gemacht: Sie fürchten sich also vor dem Frieden! Er hat geantwortet: Ja! Wir waren selber, das sage ich offen, erstaunt über diese Antwort, und mein Freund Honner

hat also noch einmal in einem Zwischenruf die Frage wiederholt: Sie fürchten sich also vor dem Frieden? Das ist ein wertvolles Geständnis! Und der Herr Abg. Pittermann hat abermals mit Ja geantwortet.

Weiter hat der Abg. Pittermann davon gesprochen, es verbreite sich in einem Teil Österreichs eine Art Etappengeist, den man nicht brauchen könne. Er hat zum Kalten Krieg, zur Intensivierung des Kalten Krieges aufgerufen, und das Ergebnis war, daß sowohl der Abg. Strachwitz wie auch der Abg. Kraus darauf eingehakt haben und sich quasi als die geeigneten Bataillone zur Verschärfung, zur Intensivierung des Kalten Krieges angeboten haben. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Ich wiederhole: Ich halte den Kalten Krieg in allen seinen Formen für ein Verhängnis. Ich glaube, daß Österreich, das unter diesem Kalten Krieg leidet, alles Interesse hätte, wenn dieser Kalte Krieg in absehbarer Zeit zu Ende ginge. (*Abg. Frühwirth: Sie könnten dazu beitragen, indem Sie die Hetze einstellen!*)

Nun, in welcher Situation befinden wir uns? (*Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Ich weiß, daß Sie anderer Auffassung sind, ich weiß, daß ich hier nicht Ihre Auffassungen vertrete. Ich bin ein Redner der Opposition, aber ich glaube, Sie können mich anhören, Sie können mir erwidern. Sie müssen nicht immer so nervös und so gereizt mit Ihren Zwischenrufen auf andere Auffassungen reagieren! (*Heftige Rufe und Gegenrufe. — Abg. Frühwirth: Sie sollen die Hetze einstellen!*)

**Präsident** (*das Glockenzeichen gebend*): Meine Herren! Ich bitte, die Situation ist jedenfalls so, daß es sich empfiehlt, den Redner ruhig anzuhören. Wenn ernste Einwendungen zu machen sind, so mögen sie dann vorgebracht werden.

**Abg. Ernst Fischer** (*fortsetzend*): In welcher Situation befinden wir uns also in dieser Atmosphäre des Kalten Krieges? Wir sind sechs Jahre nach der Wiederherstellung des österreichischen Staates immer noch ein vierfach besetztes Land (*Abg. Frühwirth: Zum größten Teil durch Ihre Schuld!*) mit all den unerträglichen und entwürdigenden Konsequenzen einer solchen Besetzung. Es wäre vor der ungeheuren Verschärfung der weltpolitischen Gegensätze durch die Entstehung des Atlantikblockes offenkundig möglich gewesen, den österreichischen Staatsvertrag heimzubringen. (*Abg. Frisch: Njet! — Heiterkeit.*) Das wurde damals von leitenden Politikern dem Herrn Bundeskanzler Figl und dem Herrn Bundesminister Gruber erklärt.

2470 67. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 6. Dezember 1951.

Seit der Entstehung des Atlantikpaktes, seit dieser außerordentlichen Verschärfung der weltpolitischen Gegensätze ist all das viel schwieriger geworden. Österreich ist immer tiefer in den Gesamtkomplex der internationalen Verwicklungen hineingeraten, und es ist heute fast nicht mehr denkbar, irgendeine Sonderlösung für irgendeinen Staat zu finden, bevor nicht allgemeine, bevor nicht internationale Lösungen herbeigeführt wurden. Der österreichische Staatsvertrag kann gewiß nicht aus einer einseitigen Aktion, sondern nur aus einer Verständigung der Großmächte hervorgehen. Solange es zu einer solchen Verständigung der Großmächte in Fragen, die weit über Österreich hinausgehen, nicht kommt, ist ein österreichischer Staatsvertrag sehr unwahrscheinlich. Wenn es anderseits zu einer solchen Verständigung kommt, besteht wohl kein Zweifel, daß der österreichische Staatsvertrag eines ihrer unmittelbaren Ergebnisse wäre.

Eine Regierung, die den Staatsvertrag wirklich wünscht, wirklich will, müßte also alles vermeiden, was geeignet ist, die weltpolitischen Spannungen zu verschärfen, sie müßte alles Erdenkliche tun, um eine Verständigung der Großmächte — nicht herbeizuführen, das kann Österreich wirklich nicht — zu erleichtern. Leider geschieht in Österreich das Gegenteil. Die österreichische Regierung — und das ist unser immer wiederkehrender entscheidender Vorwurf gegen sie — hat in schroffer Einseitigkeit Partei ergriffen, Partei für Amerika, gegen die Sowjetunion.

Man hat uns nun wiederholt geantwortet, es sei das gute, selbstverständliche Recht politischer Parteien, in einer großen internationalen Auseinandersetzung Partei zu ergreifen. Selbstverständlich, das ist das Recht jeder politischen Partei. Aber ich spreche nicht von dem Recht der Parteien, nach ihrer Anschauung für diese oder jene Seite zu optieren, sondern ich spreche hier von der österreichischen Regierung, die sich in diesen Fragen über jede Parteipolitik erheben müßte, die sich nicht von parteipolitischen Interessen, sondern einzig und allein von den Interessen Österreichs leiten lassen dürfte. (*Abg. Frühwirth: Das tut sie auch!*) Nein, es widerspricht den Interessen Österreichs, an einem Mächteblock einseitig teilzunehmen. Es widerspricht den Interessen Österreichs, auf einer Seite an dem Kalten Krieg teilzunehmen und Kriegsvorbereitungen auf seinem Boden zu dulden. (*Abg. Frühwirth: Wo? Wo?*) Das wissen Sie selber ganz genau!

Es ist das Interesse Österreichs, sich aus solchen weltpolitischen Auseinandersetzungen möglichst herauszuhalten und eine nüchterne, eine leidenschaftslose, nur auf die Erringung

der vollen Unabhängigkeit gerichtete Außenpolitik zu betreiben. Sehen Sie, man kann als Parteipolitiker die Sowjetunion preisen oder man kann sie kritisieren, man kann ihr Anhänger oder ihr Gegner sein, aber als österreichischer Staatsmann hat man vor allem die Pflicht, die größte Macht dieses Kontinents nicht zu provozieren, sondern gute Beziehungen mit ihr anzustreben. Oder glauben Sie vielleicht, diese feindselige Haltung gegen die Sowjetunion hat uns irgendwelche Vorteile gebracht, hat die Lage unseres Landes irgendwie erleichtert? Oder glauben Sie, daß wir dadurch dem Staatsvertrag auch nur um einen Schritt näher gekommen sind?

Wir haben den Eindruck — und ich hoffe, wir täuschen uns —, daß die Regierung in der Frage des österreichischen Staatsvertrages abermals ein unsinniges und gefährliches Spiel angefangen hat. Eine Zeitlang wurde vom Staatsvertrag von seiten der Regierung nicht sehr viel gesprochen. Das ist mit einem Schlag anders geworden, als die Vereinigten Staaten von Amerika einen Sondervertrag mit Japan abschlossen, einen Sondervertrag, den man nur zum Hohn einen Friedensvertrag nennen kann, denn der wesentliche Inhalt dieses Vertrages ist, daß Japan sich bereit erklärt, ein Stützpunkt der amerikanischen Armee und der amerikanischen Flotte zu sein. (*Abg. Frühwirth: Das gleiche könnte man von den russischen Satellitenstaaten behaupten!*) Es handelt sich also nicht um einen Friedenspakt, sondern um einen Kriegspakt, der hier abgeschlossen wurde. Als nun zur gleichen Zeit ein ähnlicher Vertrag mit Westdeutschland angekündigt wurde, der unterdessen Wirklichkeit geworden ist, hat plötzlich die österreichische Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Frage des Staatsvertrages wieder aufgerollt.

Der Herr Außenminister hat auf dem Landesparteitag der ÖVP in Innsbruck eine Rede gehalten, aus der folgender Satz hervorgesprungen ist. Ich zitiere: „Österreich wird frei werden, gleichgültig, wie sich die Mächte, von ihren augenblicklichen Interessen geleitet, verhalten... Die Frage Österreichs ist wieder als Gegenstand der internationalen Verhandlungen angemeldet. Scheitert auch dieser diplomatische Versuch, dann wird es an der Zeit sein, sich wirksamerer internationaler Methoden zu bedienen.“ (*Ruf bei der ÖVP: Sehr richtig!*) Man konnte damals noch annehmen — das „Sehr richtig!“ widerspricht dieser Annahme —, es handle sich hier um eine der Sonderleistungen, die unser Außenminister dann und wann produziert. Daß es sich nicht darum handelt, sondern daß es sich hier um eine Politik der Bundesregierung handelt, ging aus einer Reihe weiterer Äußerungen hervor.

Wie die „Wiener Zeitung“ vom 26. September berichtet, hat der Herr Innenminister Helmer in London folgende Erklärung abgegeben. Ich zitiere aus der „Wiener Zeitung“: „Die Tatsache, daß mit Japan kürzlich ein Vertrag abgeschlossen wurde und ein Friedensvertrag mit Westdeutschland in Vorbereitung stehe, habe in Österreich neuerlich die Hoffnung entstehen lassen, daß irgendein Weg gefunden werden könne, um die Verhandlungen über den Staatsvertrag zum Abschluß zu bringen.“

Weiter: Nach dem Bericht der „Wiener Zeitung“ hat der Außenminister dem Finanzausschuß in seinem Schlußwort erklärt: „Wir haben es bis heute abgelehnt, Sonderverträge mit einzelnen Mächten anzustreben. Selbstverständlich schließt das nicht aus, daß die gesamte freie Welt dafür sorgen muß, daß die vom internationalen Standpunkt aus keineswegs gerechtfertigte Lage, in der sich Österreich befindet, möglichst bald geregelt wird.“

Weiter: Vizekanzler Dr. Schärff hat auf dem Parteitag der SPÖ um eine Nuance anders gesprochen. Er hat erklärt: „Es ergibt sich die Frage, ob ein Staatsvertrag mit Klauseln, über die man sich vor Jahren einigte, als man an einen baldigen Abschluß dachte, heute noch einen richtigen Sinn besitzt.“

Meine Damen und Herren! Das Schlußwort zu all diesen Äußerungen ist eine Broschüre des amerikanischen Informationsdienstes, die dieser Informationsdienst mir heute freundlicherweise übermittelt hat, offenbar um mir bei der Budgetdebatte zu helfen. In dieser Broschüre „Der österreichische Staatsvertrag“ heißt es am Schluß: „Aber die Herren im Kreml werden eben doch zur Kenntnis nehmen müssen, ob sie es wollen oder nicht, daß die Welt gar nicht daran denkt, Österreich seinem Schicksal zu überlassen. Die Außenminister Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten betonten zum Abschluß ihrer jüngsten Washingtoner Konferenz aufs deutlichste: die Westmächte werden ihre Bemühungen um den Abschluß des Staatsvertrages in Bälde erneuern — und zwar unter Bedingungen, die den österreichischen Erfordernissen Rechnung tragen. Sie werden nach bisher unbegangenen Wegen suchen und jeden denkbaren Schritt unternehmen.“

Meine Damen und Herren! Es ist auffallend, daß hier hintereinander gesprochen wird von neuen „wirksameren internationalen Methoden“, von „irgendeinem neuen Weg“, — der beschritten werden müsse, gleichgültig, was die Mächte denken, gleichgültig, was im Kreml vor sich geht. Man kann nicht umhin, da alles dies im Zusammenhang mit dem japanischen

und westdeutschen Vertrag geschehen ist, anzunehmen, daß man sich hier unter Umständen auf sehr gefährliche Gedankengänge einläßt. Dies ist umso bedeutungsvoller, als die Frage des österreichischen Staatsvertrages nun unter anderem auf der Tagesordnung der UNO steht.

Ich wiederhole: Wenn es zu einer weltpolitischen Verständigung der Weltmächte käme, dann wäre der Staatsvertrag unzweifelhaft sofort gesichert. Wenn es aber zu einer solchen Verständigung nicht kommt, werden wir in absehbarer Zeit wahrscheinlich keinen Staatsvertrag haben. Es ist nämlich nicht so, wie dann und wann, ziemlich häufig, in der Agitation behauptet wird, man könne irgendwelche Einzelfragen lösen, ohne die entscheidenden Weltprobleme einer Lösung zuzuführen.

Nehmen wir zum Beispiel den Vertrag, der um die Frage Triest geschlossen wurde. In dieser Frage wurde vor einiger Zeit eine Sonderlösung erzielt, von allen vier Großmächten unterschrieben. Und was ist dabei herausgekommen? Diese unterschriebene Sonderlösung wurde nicht durchgeführt. Die Westmächte haben sich über ihre Unterschrift hinweggesetzt. Die Westmächte sind entgegen diesem Vertrag in Verhandlungen über eine Aufteilung von Triest zwischen Italien und Jugoslawien eingetreten. Was zeigt das? Das zeigt, daß solche Detaillösungen, solche Einzellösungen wertlos sind, daß sie mehr oder minder ein Fetzen Papier sind, wenn es nicht gelingt, die entscheidenden Weltprobleme zu lösen, wenn es nicht gelingt, die internationale Atmosphäre zu reinigen und das erschütterte Vertrauen der beiderseitigen Vertragspartner allmählich wiederherzustellen.

Es ist heute so in der Welt, daß alles mit allem verfilzt ist, alles mit allem zusammenhängt, und durch den verhängnisvollen Plan, in Westösterreich eine Alpenfestung zu errichten, durch die faktische Eingliederung Westösterreichs in die Kriegsvorbereitungen (*Abg. Frühwirth: Das hat Ihnen geträumt!*) des Atlantikblocks wird unser Land immer tiefer in die Problematik der westdeutschen Aufrüstung und in die Problematik der Aufrüstung überhaupt hineingezwängt. Meine Damen und Herren! Dann darf man sich nicht wundern, wenn die Frage des österreichischen Staatsvertrages immer enger, immer untrennbarer mit dem gesamten Komplex dieser schwierigen internationalen Gegensätze zusammenhängt.

Die große Frage, die dabei alle anderen Fragen überschattet — und das wird von allen Seiten zugegeben —, ist die Frage der internationalen Abrüstung. Die Ereignisse

der letzten Wochen sind nicht allzu ermutigend, wenn man auch dann und wann das Gefühl hat, daß da und dort eine gewisse Auflockerung eingetreten ist. Aber was hat sich faktisch in Paris vollzogen?

Die Sowjetunion hat einen Abrüstungsplan vorgelegt. An erster Stelle schlägt er vor: Verbot der Atombombe, Errichtung einer internationalen Kontrolle über die Durchführung dieses Verbotes, Herabsetzung der Kriegsrüstungen in allen entscheidenden Ländern bis Ende 1952 um ein Drittel, schließlich eine internationale Friedenskonferenz und den Abschluß eines Friedenspaktes der Großmächte.

Demgegenüber haben die Westmächte einen Plan unterbreitet, in dem an erster Stelle eine internationale Bestandsaufnahme steht, die noch zu nichts Weiterem verpflichtet, wobei die Westmächte ausdrücklich erklärten, daß die Frage der Atombombe und die Frage der Abrüstung in den wesentlichen Waffengattungen erst am Schlusse einer solchen Unternehmung stehen könne.

Was hat sich weiter zugetragen? Der amerikanische Außenminister Acheson hat in Paris von Abrüstung gesprochen. Dann ist er unmittelbar nach Rom zur Konferenz der Atlantikpaktstaaten gefahren und hat dort von Aufrüstung gesprochen, hat dort die Forderung erhoben, daß die Kriegsrüstungen der Atlantikblockmächte um 25 Prozent erhöht werden sollen. In Paris Worte über Abrüstung, in Rom Forderungen nach Aufrüstung!

Nun hat sich allerdings etwas für die Entwicklung des Friedens Ermutigendes zuge tragen. Es ist zum erstenmal zu einem deutlich sichtbaren Widerstand der europäischen Satelliten Amerikas gekommen. England und Frankreich haben erklärt, es sei für sie unmöglich, eine solche Erhöhung durchzuführen, sie würden Gefahr laufen, daß ihre Wirtschaft zusammenbricht. Sie haben weiter erklärt, sie seien auch nicht imstande, den bisherigen Druck der Rüstungsausgaben aufrechtzuerhalten, weil dieser Druck schon heute drohe, ihnen das Rückgrat zu brechen.

Es ist klar, daß in allen diesen Diskussionen sowohl in Rom wie in Straßburg zum Ausdruck gekommen ist, daß Europa die Abrüstung braucht, wenn es nicht wirtschaftlich in eine Katastrophe hineingeraten will, und daß es keineswegs imstande ist, die Aufrüstung weiter zu forcieren.

Was ist weiter geschehen? Amerika hat seinen stärksten Mann in Aktion treten lassen, den General Eisenhower, der in Rom den dort versammelten Politikern und Generälen der Atlantikpaktmächte eine bittere

Strafpredigt gehalten hat. Er tadelte das schleppende Tempo der Kriegsrüstung in Europa. Er forderte kategorisch den unverzüglichen Zusammenschluß aller westeuropäischen Staaten, er forderte die größten Anstrengungen der Industrie, um die hinter den Plänen zurückgebliebene Kriegsrüstung zu forcieren. Er kündigte an, man werde Europa mit neuen Waffen einschließlich Atombomben beliefern, und er erklärte schließlich, es müsse so schnell wie möglich der Bereitschaftszustand der Streitkräfte des Atlantikblockes von der Nordsee bis nach Afrika hergestellt werden, damit diese Armee imstande sei, unverzüglich in Aktion zu treten.

Meine Damen und Herren! Die Antwort war abermals, diesmal nicht „njet“, sondern „no“ und „non“. England hat erklärt, es denke nicht daran, an einer solchen Europaunion teilzunehmen. England hat sich distanziert von den Plänen dieser nebelhaften westeuropäischen Regierung. Aber auch die anderen Länder des Atlantikblockes leisten weiter Widerstand, und die Pressekommentare in Amerika sind außerordentlich beunruhigt über diese beruhigende Entwicklung in Europa. Trotzdem, die Aufrüstung wird weiter forciert.

Eben in diesen Tagen hat in New York eine internationale Konferenz von Großindustriellen stattgefunden, an der 300 europäische Großindustrielle, darunter die Spitzenindustriellen von Westdeutschland, teilgenommen haben — für Österreich war der Abg. Böck-Greissau dort —, und die Tagesordnung dieser Konferenz war: Wie kann man die Aufrüstung forcieren, wie kann man die Anstrengungen für die Kriegsvorbereitung steigern? Das war der Inhalt, das war die Tagesordnung dieser Konferenz in Amerika.

Nun, meine Damen und Herren, die Tatsachen zeigen also eine fieberhaft weitergehende Aufrüstung Amerikas, der vorläufig nur Worte Achesons über Abrüstung gegenüberstehen. Ich muß sagen: Wenn ein Satiriker das erfinden würde, was sich jetzt in Rom, in Paris und in Straßburg abgespielt hat, man würde ihm nicht Glauben schenken. In Shakespeares „Richard III.“ wird die Frage gestellt: „Ward je in dieser Laun' ein Weib gefreit?“ Man kann diese Frage modifizieren: Ward je in solcher Laune von Abrüstung gesprochen?

In den entscheidenden Fragen kann man also vorläufig irgendeine wesentliche Annäherung der Weltmächte, der Großmächte leider nicht wahrnehmen. Wir sind daher in der Frage des österreichischen Staatsvertrages zu keinem übertriebenen Optimismus berechtigt. Unser Eindruck ist, daß die West-

mächte vielmehr ein agitatorisches Manöver um den Staatsvertrag vorbereiten, und alle diese Worte von neuen Wegen, von neuen Methoden deuten darauf hin.

Ich möchte daher klipp und klar die Frage stellen: Soll etwa die Absicht bestehen, die Frage des österreichischen Staatsvertrages einer Abstimmung im Plenum der UNO zu unterbreiten, und will man dort einen Mehrheitsbeschluß herbeiführen? Ein solcher Mehrheitsbeschluß der UNO ist in vielen Fällen kein Mehrheitsbeschluß der Völker. Denn in der UNO ist das größte Volk der Welt, das 470-Millionen-Volk Chinas, überhaupt nicht vertreten. Ein paar kleine zentralamerikanische Staaten sind imstande, 200 bis 300 Millionen Menschen zu überstimmen.

Nehmen wir an, es käme zu einem solchen Mehrheitsbeschluß in der UNO. Was wäre die Konsequenz, was würde sich weiter ereignen? Ein solcher Mehrheitsbeschluß würde Papier bleiben, würde leere Agitation im Kalten Krieg sein. In Japan konnte man so etwas durchführen, weil dort die Vereinigten Staaten die Macht haben. Jeder versteht: in Österreich kann man so etwas nicht durchführen, es sei denn, man spielt mit dem frevelhaften Gedanken einer Zerreißung Österreichs. Was also sollte das Ergebnis einer solchen agitatorischen Aktion sein? Eine weitere Verschärfung der Lage Österreichs, eine zusätzliche Schwierigkeit für die Entwicklung, ein Manöver im Kalten Krieg, ohne daß Österreich damit irgendwie gedient wäre. Ich glaube, darüber müssen sich alle einig sein.

Was wir benötigen, was Österreich benötigt, ist nicht irgendein einseitiger Vertrag, der in der Luft hängt, sondern was Österreich benötigt, ist tatsächliche Unabhängigkeit, ist der tatsächliche Abzug aller Besatzungstruppen ohne irgendeine Hintertür der Wiederkehr, ist eine Politik, die imstande und geeignet ist, Österreich seine volle Souveränität wiederzugeben!

Tatsächlich können wir davon in der Außenpolitik Österreichs nicht allzuviel wahrnehmen. Im Gegenteil, die österreichische Regierung hat faktisch die bescheidene Unabhängigkeit, die hier möglich ist, preisgegeben, sie betreibt faktisch eine Politik des Anschlusses an den Atlantikblock.

Der Herr Außenminister hat in seinem Schlußwort im Finanzausschuß gesagt: „Wir gehören selbstverständlich zu Europa und werden in der europäischen Familie immer ein wichtiges und notwendiges Mitglied sein ... Die Mittelform, daß in Straßburg nicht die Bundes-

regierung, sondern das österreichische Parlament vertreten ist, stellt augenblicklich die angemessenste Form unserer Beziehung dar, weil wir damit zwar betonen, daß wir zu Europa gehören, aber auch zeigen, daß unsere staatspolitische Lage derzeit nur eine Vertretung im parlamentarischen Rahmen empfiehlt.“

Ich möchte den Herrn Außenminister vor allem fragen: Was ist Europa? Natürlich gehören wir zu Europa. Aber, meine Damen und Herren, ich glaube, wir würden der ganzen Entwicklung unseres Kontinents den schlechtesten Dienst erweisen, wenn wir nur einen Teil von Europa nennen, wenn wir als Europa nur die Länder westlich der Elbe anerkennen und alles andere nicht mehr als Europa bezeichnen.

Ich sage ganz offen: Wir bekennen uns zu Europa. Wir sind nicht der Meinung, die manche defaitistische Philosophen äußern, die große Stunde Europas sei schon vorbei. Wir bekennen uns zu Europa, aber nach unserer Auffassung gehören zu Europa nicht nur Shakespeare und Goethe, nicht nur Diderot und Voltaire, sondern zu Europa gehören ebenso Tolstoi und Gorki. Zu Europa gehören nicht nur Goethe, Hegel, Mozart und Beethoven, sondern zu Europa gehören auch die großen Leistungen der russischen und der polnischen Literatur und Kunst. Wir bekennen uns zu Europa vom Atlantischen Ozean bis zum Ural. Ich glaube, jeder, der ernsthaft Europa will, der nicht daraus ein Objekt des Kalten oder vielleicht Heißen Krieges machen will, müßte sich den Kopf zerbrechen, müßte daran arbeiten, daß diese Einheit des echten, des ganzen, des wirklichen Europa in irgendeiner Form wiederhergestellt wird. Wenn man aber nur die Westeuropaunion Europa nennt, dann, meine Damen und Herren, meint man nicht diesen Begriff Europa, sondern meint man eine gefährvolle Kriegskombination.

Das österreichische Parlament hat in diesen sogenannten Europarat in Straßburg zwei Abgeordnete entsendet und hiemit den faktischen Anschluß an den Atlantikblock demonstriert. Dieselbe Regierungspolitik, die hundertmal von Souveränität spricht, nimmt hier plötzlich einen anderen Standpunkt ein. Sie erklärt im Gegenteil, es sei die Aufgabe der europäischen Staaten, ihre Souveränität preiszugeben, um sich einzugliedern in das Oberkommando Eisenhowers, in das amerikanische Oberkommando des Europarates. (*Ruf: Das ist die Hetze Fischers!*) Dieselben Politiker, die von Unabhängigkeit sprechen, sprechen hier vom Gegenteil. Wir sind für die wirkliche, für die volle Souveränität Österreichs.

2474 67. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 6. Dezember 1951.

Die Souveränität eines Staates ist keineswegs ein Hindernis für internationale Handelsbeziehungen nach allen Seiten, nach allen Himmelsgegenden. Die Souveränität eines Staates ist keineswegs ein Hindernis für den internationalen Austausch von Waren und den Austausch von Kulturgütern und für die freundschaftliche Zusammenarbeit aller Völker. Es ist ein Geschwätz, wenn man erklärt, daß die Souveränität eines Staates eine solche Zusammenarbeit, die notwendig ist, behindere. In der Charta der UNO, in den ursprünglichen Grundsätzen der UNO, zu denen wir uns voll und rückhaltlos bekennen, wird nur eine einzige Souveränität von Staaten nicht anerkannt, die Souveränität, einen Angriffskrieg zu beginnen. Sonst aber steht auch diese Charta auf dem Boden der Zusammenarbeit souveräner Staaten.

Was ist nun aber diese gepriesene Europaunion in Wirklichkeit? Wirtschaftlich — und das muß jeder bestätigen, der die Dinge kennt — ist sie nicht einmal ein System der vollen Gleichberechtigung der Teilnehmer, sondern wirtschaftlich ist sie ein Konzern, in dem die kleineren Länder in Wahrheit nichts anderes sind als die Ausbeutungsobjekte der großen, mächtigen kapitalistischen Unternehmungen des Westens. Man hat mit Recht gesagt — nicht wir, sondern in Westdeutschland wurde das von sozialdemokratischen und bürgerlichen Politikern wiederholt gesagt —, es handle sich hier eigentlich nicht um eine Westunion, es handle sich um einen Westkonzern. Politisch ist diese Europaunion — und auch das kann man doch nicht bestreiten — das Instrument von lauter kapitalistischen Regierungen, ein Instrument des amerikanischen Imperialismus, ein Bündel von Satelliten in der Hand der Vereinigten Staaten von Amerika. Wenn man die Berichte über diese letzten Sitzungen verfolgt, wenn man liest, was dort amerikanische Senatoren, Abgeordnete und Generäle gesprochen haben, meine Damen und Herren, so hieß es da: Tempo, Tempo, meine Herren Europäer! Vorwärts, schneller aufrüsten, schneller zusammenschließen! Es war der Befehl aus Amerika, der übermittelt wurde — ich wiederhole —, gegen den sich eine Reihe dieser europäischen Politiker zum erstenmal aufgelehnt haben.

So etwa hat der amerikanische Senator Humphrey in sehr gereiztem Ton den sofortigen Zusammenschluß aller dieser Staaten gefordert und hinzugefügt, das sei der Wille des amerikanischen Kongresses. Er hat weiters erklärt: Es gibt heute kein Problem Deutschland mehr, das heutige Problem heißt Rußland.

Damit wurde der Sinn und Inhalt dieser Europaunion vollkommen klargestellt. Es geht

nicht um die wirtschaftlichen Interessen dieser Länder. Es geht auch nicht um einen Zusammenschluß für etwas, sondern es geht um einen Zusammenschluß gegen etwas, nämlich gegen die Sowjetunion. Es ist also nicht ein Friedensbund, sondern es ist ein Kriegsbündnis, das in dieser Europaunion verwirklicht wird. Steigerung der Kriegsrüstung, Aufstellung einer gemeinsamen europäischen Armee unter amerikanischem Oberkommando — das ist die Europaunion, und in diese Europaunion drängt sich das österreichische Parlament, an dieser Europaunion, an diesem Teil eines Kriegsbündnisses gegen die Sowjetunion wünscht das offizielle Österreich teilzunehmen.

Und dann erklären Sie immer wieder, Sie haben nicht die geringste Absicht, die Sowjetunion zu provozieren, nicht die geringste Absicht, eine antirussische Politik zu betreiben! Ich möchte hierfür einige Beispiele anführen. Wenn amerikanische Generäle und Senatoren nach Wien kommen, werden sie mit größtem Tamtam empfangen. Wenn weltberühmte russische Schriftsteller nach Wien kommen, werden sie als unerwünschte Gäste bezeichnet, und vor jedem Kontakt mit ihnen wird amtlich gewarnt. Es war ein Symbol der Regierungspolitik, daß man den Weltfriedensrat boykottierte und den amerikanischen Kriegsminister in Österreich feierte. (*Ironische Heiterkeit bei den Regierungsparteien.*) Aber es war nicht weniger charakteristisch, daß zehntausende Wiener und Wienerinnen auf der Ringstraße den Weltfriedensrat jubelnd begrüßt haben, während die amerikanischen Senatoren und Abgeordneten unter einem ungeheuren Schutz von Polizei durch leere, abgeriegelte Straßen wohlbehütet vor der Wiener Bevölkerung gefahren sind. (*Erneute Heiterkeit bei ÖVP und SPÖ.*) Es ist eben so: zu der Regierung kommen die Generäle, die das Volk nicht will, und zum Volk kommen die Schriftsteller, die die Regierung nicht will. Das ist der Unterschied.

Meine Damen und Herren! Man macht uns wiederholt den Vorwurf, wenn wir die Anklage erheben, daß diese Regierung eine einseitige proamerikanische, antisowjetische Politik betreibt, das seien lediglich kommunistische Erfindungen. Lassen Sie mich nun diese Tatsachen an einigen konkreten Beispielen der letzten Zeit illustrieren, an Beispielen, die Sie nicht bestreiten werden können, weil sie lauter amtlichen Publikationen entnommen sind.

Das erste Beispiel: Als die Amerikaner daran gingen, in Salzburg ihre Militärstadt aufzubauen, als sie — wie sie in den eigenen amerikanischen Zeitungen offen zugaben — Westösterreich in die Kriegsvorbereitungen eingliederten, gab es nicht nur keinen Protest der

österreichischen Regierung, im Gegenteil, die österreichische Regierung hat erklärt: Das ist doch wunderbar, die Amerikaner bauen Wohnungen, sie helfen uns! — obwohl kurze Zeit darauf der amerikanische General in Salzburg erklärt hat, es falle ihm gar nicht ein, irgendwelche Wohnungen freizugeben, diese Militärstadt sei nur für neue Truppen bestimmt. Gleichzeitig wurde aber ein Protest gegen die angekündigte Beschlagnahme der Mödlinger Gewerbeschule durch die sowjetische Besatzungsmacht eingebracht. Ich habe gar nichts gegen einen solchen Protest, das möchte ich ausdrücklich sagen. Ich bin durchaus dafür, daß die Interessen der österreichischen Staatsbürger nach allen Seiten hin wahrgenommen werden sollen. Wogegen ich mich wende, ist die ungeheure Einseitigkeit. Die Beschlagnahme einer Schule in Mödling ist eine geringere Gefahr für Österreich als die Anhäufung von Kriegssprengmaterial, als die Kriegsvorbereitungen in Westösterreich. (Abg. Scheibenreif: Sie haben sie doch gar nicht gesehen!) Ich habe sie selber gesehen.

Ein zweites Beispiel. Am 25. Juli dieses Jahres haben die Abg. Solar, Flossmann, Böck-Greissau, Weikhart, Dr. Scheff und Genossen eine Anfrage eingebracht. Also nicht die Anfrage einer Partei, sondern die Anfrage der Regierungskoalition an die Regierung. Sie haben eine Anfrage wegen Beschlagnahme von Häusern und ganzen Straßenzügen in Mödling und Umgebung eingebracht. Darauf ist monatelang keine Antwort der Bundesregierung, des Herrn Bundeskanzlers, gegeben worden. Wohl aber hat der Herr Staatssekretär Graf in der „Neuen Wiener Tageszeitung“ desselben Tages, also am 25. Juli, eine Erklärung abgegeben, in der er behauptete, in Mödling werden massenhaft Villen und Wohnungen beschlagnahmt, und in der er wörtlich hinzufügte: „In Salzburg werden nicht Befestigungen, sondern Wohnungen der Besatzungsmacht gebaut werden. Durch diesen Wohnungsbau soll der Salzburger Bevölkerung jenes Schicksal erspart bleiben, das die Bevölkerung von Mödling und Baden fast täglich und stündlich bedroht. In Mödling geht es darum, daß nicht ... anständig arbeitende Menschen ... rücksichtslos aus ihren Wohnungen vertrieben werden.“

Nun, meine Damen und Herren, ich möchte die Beurteilung der gesamten seltsamen provokatorischen Tätigkeit des Herrn Staatssekretärs Graf meinem Freunde Honner überlassen. Er wird morgen mit diesem faschistischen Möchtegern, mit diesem eingebildeten kleinen österreichischen Faschisten abrechnen, der sich jetzt im Sender Rot-Weiß-Rot einer europäischen antikommunistischen Front als der präsumtive Führer angeboten hat. (Zwischen-

rufe bei der ÖVP.) Ich möchte nicht mit allen diesen Provokationen, Albernheiten und Dummheiten des Herrn Staatssekretärs Graf abrechnen. Ich möchte nur feststellen, daß wenige Tage nach dieser Erklärung des Herrn Staatssekretärs Graf der sowjetische Informationsdienst eine Erklärung herausgegeben hat, das alles sei Verleumdung, das alles sei Lüge. Hier wurde der Staatssekretär, ein Mitglied der Regierung, als Lügner gebrandmarkt.

Man hätte annehmen müssen, wenn ein Minister als Lügner öffentlich gebrandmarkt wird, dann würde wenigstens der Bundeskanzler einspringen und eine Antwort geben. Aber tiefstes Schweigen des Bundeskanzlers, es wurde auch weiterhin auf diese Anfrage keine Antwort gegeben.

Und jetzt endlich, vor kurzer Zeit, am 23. November, hat der Herr Bundeskanzler folgende salomonische Antwort auf eine Anfrage vom 25. Juli gegeben: „Ich beehre mich mitzuteilen, daß ich derzeit nicht in der Lage bin, die Anfrage zu beantworten. Im übrigen verweise ich darauf, daß die Beantwortung dieser Anfrage in die Kompetenz des Bundesministers für Inneres fällt.“

Ich muß sagen: Ein schönes Spiel, das da gespielt wird! Der Herr Bundeskanzler hat offenkundig nicht den Mut gehabt zuzugeben, daß hier unwahre Behauptungen aufgestellt wurden, er wollte aber ebenso offenkundig andererseits seinen Parteifreund Graf nicht desavouieren. Ein einfaches Mittel: Ich weiß gar nichts, aber der Herr Bundesminister für Inneres, in dessen Kompetenz das fällt, soll darauf antworten. Das ist doch kennzeichnend. Es wird hier eine Anfrage der Koalition mit unwahren Behauptungen inszeniert, dann wird keine Antwort gegeben, und schließlich gibt man eine Antwort, nämlich, der Herr Bundeskanzler könne derzeit darüber nichts sagen, er überlasse das dem Herrn Bundesminister für Inneres. So wird das in Österreich gemacht.

Ein weiteres Beispiel. Am 19. September hat die „Wiener Zeitung“ ein Kommuniké des Ministerrates veröffentlicht. Dieses Kommuniké lautet:

„Im gestrigen Ministerrat teilte Bundeskanzler Ing. Dr. Figl mit, daß die britischen Besatzungstruppen ... im Monat August zwei Villen, ein Haus, drei Wohnungen, verschiedene Büroräume, einen Autoparkplatz und eine größere Menge von Baumaterialien, die bisher beschlagnahmt waren, den österreichischen Behörden zurückgestellt haben.“

Der Bundeskanzler machte von seiner Aussprache mit dem stellvertretenden sowjetischen Hochkommissar Mitteilung, die verschiedene Eingriffe sowjetischer Dienststellen in die

2476 67. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 6. Dezember 1951.

österreichische Verwaltung und Rechtsprechung zum Gegenstand hatte.“

Eine klare, bewußte demagogische Gegenüberstellung! Die Briten geben Wohnungen frei — mit den Russen hat man nichts als Schwierigkeiten. Niemals wurde mitgeteilt — was nicht bestritten werden kann —, daß auch die sowjetische Besatzungsmacht in diesem Jahr eine Reihe von Wohnungen, Häusern und Villen, ebenso wie die britische Besatzungsmacht, freigegeben hat. (*Andauernde Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Müllner: Machen Sie sich nicht lächerlich!*) Darüber erfolgt keinerlei Mitteilung, das wird totgeschwiegen, bloß bei den Engländern wird eine solche Rückgabe groß gemeldet, bei der Sowjetunion werden immer nur die Mißhelligkeiten hervorgekehrt. Das ist Ihre Methode der verlogenen, unsauberen anti-sowjetischen Propaganda in Österreich.

Weiter, meine Damen und Herren! (*Abg. Altenburger: Verteidigen Sie die Besetzung der Hotels? — Heftige Zwischenrufe.*) Schreien Sie nicht so aufgeregt! Schauen Sie, ich kenne Ihre Aufgeregtheit, Herr Altenburger. Eine weitere Gegenüberstellung: (*Abg. Altenburger: Verteidigen Sie den Raub unseres Eigentums? — Anhaltende heftige Zwischenrufe.*) Wenn die sowjetischen Behörden eine Verhaftung vornehmen, entsteht sofort ein riesiger Lärm. (*Abg. Altenburger: Verteidigen Sie die Hotelbesetzer?*) Wenn die Amerikaner Verhaftungen vornehmen (*anhaltende heftige Zwischenrufe — der Präsident gibt das Glockenzeichen*), wird kein Wort darüber gesprochen, hört man kein Wort des Protestes! Wenn die Franzosen Jugendliche in die Fremdenlegion verschleppen, kein Wort des Protestes! (*Zwischenrufe.*)

Weiter: Wir haben jetzt am 25. Oktober eine Anfrage Pollak, Gumplmayer und Strasser über russische Propaganda in den Schulen zur Kenntnis nehmen müssen. (*Abg. Altenburger: Daß unsere Hotels noch besetzt sind, davon sprechen Sie! — Anhaltende heftige Zwischenrufe. — Der Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen.*) In einer langen Anfrage wird erklärt: Es werden die Oberlehrer vorgeladen, dabei wird von den Dienststellen der Besatzungsmacht meist betont, daß sie bloß unverbindliche Wünsche vorbringen, die keineswegs als Aufträge anzusehen seien; den Betroffenen wird aber unmißverständlich klar gemacht, daß eine positive Erledigung erwartet werde. Hier handelt es sich in Wirklichkeit um Fragen des Russisch-Unterrichtes, um Fragen russischer Kulturfilme usw. Kein Wort des Protestes hört man aber, wenn amerikanische Kriegsfilme in eine Schule kommen (*Ruf: Wo?*), wie sich das

zum Beispiel in Simmering auf dem Enkplatz ereignet hat, wo in einem Film des amerikanischen Informationszentrums geschmackvoll gezeigt wurde, wie amerikanische Bomber eine Stadt bombardieren. Nun, die Wiener haben ihre Erinnerungen an solche Bombardierungen, und die Simmeringer haben dagegen protestiert, daß ein solcher Film vorgeführt wird. (*Abg. Dr. Zechner: Mit Recht!*) Aber da hörte man kein Wort des Protestes von seiten der österreichischen Regierung (*heftige Zwischenrufe*), kein Wort des Protestes, wenn amerikanisches Propagandamaterial in den Schulen verteilt wird. Ich habe hier nicht die Agitation von Zeitungen, sondern ich habe hier Maßnahmen der Bundesregierung erwähnt, die diese einseitige Einstellung, diese bewußte antisowjetische Propaganda und Politik vollkommen klarmachen. Und schließlich ... (*Abg. Altenburger: Schließlich haben Sie gegen die Rückkehr der noch in Rußland befindlichen Kriegsgefangenen gestimmt! — Weitere heftige Zwischenrufe.*) Schauen Sie, regen Sie sich nicht so auf, schonen Sie Ihre Stimme! (*Abg. Altenburger: Sie Verteidiger des Raubes unseres Eigentums! — Abg. Kopleng: Holt eine Zwangsjacke! — Heiterkeit. — Abg. Altenburger: Die Räuber unseres Eigentums verteidigt ihr noch!*)

Wir haben vor einiger Zeit an den Herrn Bundeskanzler eine Anfrage über das Weißbuch, das der Österreichische Friedensrat herausgegeben hat, gerichtet. (*Anhaltende heftige Zwischenrufe.*) Auf diese Anfrage kam längere Zeit ... (*Abg. Altenburger: Die Räuber unseres Eigentums verteidigen Sie noch! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Nun, vielleicht beruhigen Sie sich zuerst. (*Abg. Altenburger: Nein, darüber beruhige ich mich nicht!*) Nun, dann wiegeln Sie sich ab! (*Abg. Altenburger: Weil es eine Schande ist, das zu verteidigen!*) Sind Sie jetzt ruhiger, wenn das raus ist? Dann werde ich weiterreden. (*Abg. Altenburger: Traurig genug, daß Sie weiterreden! An Ihrer Stelle würde ich schweigen! — Heftige Zwischenrufe.*)

**Präsident** (*das Glockenzeichen gebend*): Aber meine Herren! (*Anhaltende Zwischenrufe.*)

**Abg. Ernst Fischer** (*fortsetzend*): Der Herr Bundeskanzler hat nun gestern diese Anfrage beantwortet. Ich muß sagen: Die Antwort des Herrn Bundeskanzlers war so, als ob sie der Herr Altenburger gegeben hätte. (*Abg. Altenburger: Geben Sie mir doch Ruhe!*) Die Antwort des Bundeskanzlers war nicht (*anhaltende Zwischenrufe*) von der Klugheit, sondern von der Bosheit diktiert. Es war eine Antwort, die eines Regierungschefs unwürdig ist (*heftige Zwischenrufe*), die man von einem Winkel-

journalisten erwarten könnte, aber nicht von dem österreichischen Bundeskanzler. (*Weitere Zwischenrufe.*) In dieser Beantwortung der Anfrage wird das Tatsachenmaterial des Weißbuches nicht bestritten. Ich werde die betreffende Stelle vorlesen. Der Herr Bundeskanzler antwortet: „Die in der Anfrage vorgelegten Unterlagen wurden einem eingehenden Studium unterzogen. Dabei wurde jedoch festgestellt, daß sie zu einer objektiven Beurteilung des Sachverhaltes nicht ausreichen. Der wesentlichste Mangel der Vorlage liegt darin, daß wichtige Gebiete Österreichs überhaupt nicht näher in die Darstellung einbezogen wurden. Während bei der Zusammenstellung der Unterlagen betreffend den Westen unseres Landes offensichtlich weder an Fleiß noch an Kosten noch an Phantasie gespart wurde, fehlen jegliche Unterlagen über die sowjetische Zone. Es sind, um nur jedem Österreicher bekannte Fakten zu nennen“ — hier werden der Truppenübungsplatz Döllersheim, Flugplätze, Artillerieschießplätze im Burgenland und in Niederösterreich aufgezählt. Es heißt dann weiter: „Es wäre daher erforderlich, daß die Verfasser dieses derzeit noch lückenhafte Elaborat durch ebenso eingehende Untersuchungen in der sowjetischen Zone Österreichs ergänzen und das Ergebnis etwa in Form eines Anhanges dem vorliegenden Weißbuch beischließen.“ Ich möchte wiederholen: Das hat die Bosheit und nicht die Klugheit diktiert! Denn was wird hier schlicht und einfach gesagt? Hier wird im wesentlichen zugegeben, daß im Westen Österreichs Kriegsvorbereitungen getroffen werden. Das wird in dieser Beantwortung der Anfrage nicht dementiert, es wird nur hinzugefügt: Ja, aber auch im Osten Österreichs werden Kriegsvorbereitungen getroffen.

Nun, meine Damen und Herren, niemand von uns leugnet, daß im Jahre 1945 von allen Besatzungsmächten Flugplätze, Schießplätze usw. übernommen wurden. Das leugnet kein Mensch, und wir hätten das den Amerikanern niemals vorgeworfen. Wogegen wir auftreten, ist die ungeheuerliche Neuerrichtung von militärischen Objekten. Ich bin überzeugt: wenn Sie über irgend etwas Derartiges in der sowjetischen Zone berichten könnten, wäre es längst in Riesenlettern in der „Arbeiter-Zeitung“ erschienen.

Aber weiter, meine Damen und Herren! Hier komme ich zu der ernstesten Frage der Beantwortung. Hier wird also nicht von einem Winkeljournalisten, sondern von dem Chef der Bundesregierung zugegeben, daß Kriegsvorbereitungen im Westen erfolgen, und hinzugefügt: Aber auch im Osten Österreichs! Ja, meine Damen und Herren, was wäre dann die Pflicht des Bundeskanzlers, die

Pflicht der österreichischen Bundesregierung, wenn so etwas zugegeben wird? In einem ernstesten, großen Protest gegen solche Kriegsvorbereitungen in Österreich Stellung zu nehmen! Dies geschieht nicht! Der Herr Bundeskanzler antwortet boshaft wie ein Journalist, aber er handelt nicht, wie ein österreichischer Staatsmann zu handeln verpflichtet wäre. (*Andauernde heftige Zwischenrufe.*)

Wir sehen in all diesen Dingen, wie kleinlich, wie gehässig, wie schädlich für Österreich diese antisowjetische Propaganda in Österreich gemacht wird. Und nun noch diese Politik der Feindschaft gegen die Sowjetunion, die Sie doch ehrlicherweise nicht leugnen können, die doch aus allen Ihren Zwischenrufen hervorbricht. Ihr Haß gegen die Sowjetunion, Ihre Feindschaft gegen die Sowjetunion — in jedem Wort, in jeder Äußerung, in jeder Ihrer Gesten kommt das doch zum Ausdruck. Und es ist doch eine Feigheit, das zu leugnen, was Sie in Ihrer Erregung immer wieder preisgeben. Diese ganze antisowjetische Politik hat Österreich keinerlei Vorteil gebracht. Das Ergebnis sind nicht nur die von Ihnen selber eingestandene wirtschaftliche Unsicherheit in Österreich, die fortschreitende Verdünnung des Schillings, die Geldentwertung, die katastrophale Teuerung, das ununterbrochene Sinken der R allöhne, sondern auch die massiven Kriegsvorbereitungen in Österreich.

Ich wiederhole: Der Österreichische Friedensrat hat Tatsachen und Dokumente in einem Weißbuch gesammelt. Der Herr Staatssekretär Graf, wie immer, ich will nicht sagen das schwarze Schaf, sagen wir lieber der schwarze Büffel in dieser Regierungskoalition, ist hier abermals sofort vorgeprellt und hat erklärt, man müsse gegen den Friedensrat die Anklage wegen Hochverrates erheben. Als Mitglied des Friedensrates bitte ich darum (*lebhaftes Heiterkeit — Abg. Müllner: Machen Sie sich doch nicht lächerlich!*), diese Anklage wegen Hochverrates zu erheben. Schwätzen Sie doch nicht nur, sondern tun Sie es! Wir wären froh, vor jedem unabhängigen Gericht unser Material über die Kriegsvorbereitungen zu unterbreiten, vor jedem Gericht die Frage zu stellen: Wer begeht in Österreich Hochverrat? Der, der ausländische Kriegsrüstungen aufdeckt, oder der, der diese ausländischen Kriegsrüstungen unterstützt? Wer ist der Hochverräter an Österreich? (*Heftige Zwischenrufe. — Der Präsident gibt mehrmals das Glockenzeichen.*) Oder, meine Damen und Herren, sind wir schon so weit in Österreich, daß das Aufdecken ausländischer Kriegsvorbereitungen, das Aufdecken ameri-

kanischer Kriegsvorbereitungen als Hochverrat an Österreich angesehen wird? Sind wir noch ein eigener Staat oder sind wir schon eine amerikanische Kolonie? (*Erregte Zwischenrufe.*) Das ist die Frage, die es hier zu beantworten gilt. Wenn wir noch ein eigener Staat sind, dann ist es nicht nur unser Recht, sondern unsere Pflicht, Kriegsvorbereitungen einer fremden Macht in Österreich aufzudecken. (*Andauernde erregte Zwischenrufe.*) Wenn wir aber schon eine amerikanische Kolonie sind, dann wird es Zeit, unser Volk zum nationalen Freiheitskampf aufzurufen! (*Stürmische Zwischenrufe.*) In einer Zeit, in der sich die Perser weigern, in der sich die Ägypter weigern, eine solche Fremdherrschaft zu erdulden, in einer solchen Zeit könnte man auch die Österreicher zum nationalen Widerstand gegen diese Ereignisse aufrufen! (*Andauernde erregte Zwischenrufe.*) Ja, das regt Sie sehr auf. Beruhigen Sie sich doch! (*Anhaltende stürmische Zwischenrufe und Gegenrufe. — Abg. Weikhart: Verlangen Sie unser Öl! Dazu sind Sie zu feig! Ein Feigling sind Sie!*)

**Präsident** (*wiederholt das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte um Ruhe! (*Abg. Altenburger: Wir sind bereit zum Kampf gegen die Verräter! — Der Präsident gibt erneut das Glockenzeichen.*)

**Abg. Ernst Fischer** (*fortsetzend*): Die Koalition der professionellen geistlosen Zwischenrufer! (*Abg. Altenburger: Der Generalssohn! — Zwischenruf des Bundesministers Helmer.*)

**Präsident** (*erneut das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte zu bedenken, daß wir doch im Parlament und nicht in einer Volksversammlung sind!

**Abg. Ernst Fischer** (*fortsetzend*): Meine Damen und Herren! Jetzt fangen die Minister auch noch an, Zwischenrufe zu machen. (*Andauernde stürmische Zwischenrufe und Gegenrufe.*) Sagen Sie nur, was Sie wollen! Schon gut! (*Minutenlange stürmische Zwischenrufe und Gegenrufe.*) Aber, Herr Altenburger, denken Sie an Ihre Gesundheit!

Nun, meine Damen und Herren! Trotz dieser Explosionen hier, die ja jedesmal zu erwarten sind, wenn Dinge gesagt werden, die Sie nicht hören wollen, erklären wir ganz offen: Wir wären bereit, jede österreichische Regierung zu unterstützen. (*Abg. Altenburger: Auf Ihre Bereitschaft wird Verzicht geleistet! Unterstützen Sie das weiter, was Sie bisher gemacht haben!*) Ja, ich werde weiter meine Politik machen; ich lasse mich durch Sie nicht beirren, Herr Altenburger! (*Andauernde erregte Zwischenrufe. — Abg.*

*Altenburger: Sie gehören nicht auf die Bühne des Parlamentes! Auf die Anklagebank gehören Sie!*) Vorläufig sitzt der Krauland auf der Anklagebank. (*Weitere Zwischenrufe des Abg. Altenburger.*)

Nun, meine Damen und Herren, ich wiederhole: Trotz dieser Explosionen, die ich nicht sehr ernst nehme und die zu erwarten waren, weil Sie es nicht vertragen können, eine andere Meinung anzuhören — das ist eine bekannte Tatsache (*Zwischenrufe*) —, also trotz dieser Aufgeregtheit des Herrn Altenburger möchte ich ganz offen erklären: Wir wären bereit, jede österreichische Regierung zu unterstützen (*Ruf bei der ÖVP: Danke! — Heiterkeit*), gleichgültig, wie sie sich zusammensetzt, deren höchstes Ziel es wäre, die wirkliche Unabhängigkeit Österreichs zu erreichen, deren Ziel es wäre, unser Land aus jedem Mächteblock herauszuhalten, die mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Kriegsvorbereitung auftreten würde, die eine konsequente Politik des Friedens und der Verständigung führen würde.

Unser Kampf gegen die jetzige Regierung ist in erster Linie ein Kampf für den Frieden und die Unabhängigkeit Österreichs. (*Ironische Heiterkeit.*) Diese Regierung hat unser Land dem amerikanischen Kapital in die Hände gespielt. (*Lebhafte Zwischenrufe bei den Regierungsparteien.*) Schauen Sie, meine Damen und Herren, manche Ihrer Zwischenrufer erinnern mich an die Sage von den Gänsen des Kapitols in der Antike, die durch ihr Geschnatter das Kapitol gerettet haben. Hier wird allerdings kein Kapitol gerettet, hier soll nur das Kapital gerettet werden. Das ist der Unterschied.

Ich wiederhole: Diese Regierung hat unser Land dem amerikanischen Kapital in die Hände gespielt, diese Regierung hat unser Volk ins Elend gestürzt, um ihren Obolus zu der amerikanischen Kriegsrüstung beizutragen. Ich entnehme dieses Wort einer sozialistischen Publikation. Diese Regierung hat unsere Wirtschaft in den Dienst der Kriegsvorbereitung gestellt. (*Andauernde Zwischenrufe.*) Diese Regierung hat die Kriegsgefahr in unser Land eingeschleppt. Ihre Außenpolitik dient nicht österreichischen, sondern amerikanischen Interessen, ja noch mehr, man könnte sagen, es gibt im Augenblick kaum eine österreichische Regierung, sondern Statthalter Amerikas in Österreich. (*Heiterkeit bei den Regierungsparteien.*) Darum führen wir den Kampf gegen diese Regierung, darum stimmen wir gegen ihre Außenpolitik, weil wir für Frieden und Unabhängigkeit stimmen. (*Abg. Altenburger: Das ist der richtige Schlußsatz zum Abtreten! — Weitere Zwischenrufe bei ÖVP und SPÖ.*)

**Präsident** (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte, der Herr Redner hat geschlossen; nun könnten auch die Zwischenrufe unterbleiben.

Zum Wort gelangt der Herr Bundesminister für Äußeres.

Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten Dr. **Gruber**: Hohes Haus! Ich glaube, daß einige der Ausführungen des Herrn Abg. Fischer eine sofortige Antwort von seiten der Regierung erfordern.

Der Herr Abg. Fischer hat an die Spitze seiner Darlegungen das Problem gestellt: Krieg oder Frieden. Er hat sich die Sache freilich sehr leicht gemacht, indem er behauptet hat: Krieg, der werde vorbereitet im Westen, Krieg, das sei die Parole der Völker westlich von uns. Und er versucht, diese einseitige Darstellung nunmehr zur historischen Grundlage seiner weiteren Erläuterungen zu machen.

Gestatten Sie mir, Herr Abg. Fischer, Ihnen einige Tatsachen in Erinnerung zu rufen: Der Herr Bundesminister a. D. Altmann war es, der, glaube ich, im Jahr 1946 eine Rede in Österreich gehalten hat, in der er erklärte: „Wenn es jemals in Europa zu einem Krieg kommen sollte, dann wird es keine acht Tage dauern, und es wird nur mehr die sowjetische Uniform in Europa zu sehen sein.“

Ich erinnere deshalb daran, Herr Abg. Fischer, weil darin die Ursache der Bestrebungen des Westens zu sehen ist, nicht in die Lage zu gelangen, wo sie praktisch vom Stirnrnzeln der Politiker im Osten abhängig sind. (*Zustimmung bei der Volkspartei.*) Nun mögen Sie vielleicht einwenden, Herr Abg. Fischer, daß Ihr Kollege Altmann in jener Zeit zu rasch gesprochen hat.

Aber wie spricht heute die Kommunistische Partei? Vor mir liegt die „Österreichische Volksstimme“ vom 4. November 1951. Was hat dort der Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Herr Friedl Fürnberg, zu sagen? Er schreibt: „Entweder gelingt es der Friedensbewegung, den Frieden zu erhalten, dann wird in einer solchen friedlichen Welt die derzeitige österreichische Regierung keinen Platz haben. Wenn es aber so kommt, wie sie und die Amerikaner es wünschen, und was sie herbeizuführen bestrebt ist, so sagen wir ihr voraus, daß das erste Opfer eines Krieges in unserem Lande sie selbst sein wird.“

Das ist eine Aufforderung zum Massenmord, Herr Abg. Fischer! Mögen Sie nicht vergessen, daß es Ihr Kollege war, der gedroht hat, diesen Krieg in einen Massenmord zu

verwandeln. (*Abg. Ernst Fischer: Wo steht das?*) Das steht in der „Volksstimme“ vom 4. November 1951. Das, verehrter Herr Abg. Fischer, möchte ich Ihnen in Erinnerung rufen.

Es ist sicherlich keine Frage, daß die Spannungen, die die Welt heute beherrschen, ernster Natur sind. Auch kann gar kein Zweifel bestehen, daß die Bestrebungen, die Rüstungen im Westen zu steigern, wirtschaftlich verschiedene Schwierigkeiten herbeigeführt haben. Eine schwierige Lage deshalb, weil man im Westen versucht hat, das offenkundige Mißverhältnis der Kräfte in wenigen Jahren zu beseitigen, weil man versucht, in zwei, drei Jahren das zu erreichen, was eben andere in sieben Jahren bereits besorgt haben.

Ich bin völlig überzeugt, daß Rußland eine viel zu große Macht ist, als daß jemand davon träumen könnte, einen militärischen Spaziergang nach Rußland zu unternehmen, weder heute, wo ich nicht daran zweifle, daß die Zahl der sowjetischen Divisionen noch ganz beträchtlich über die der Westmächte hinausgeht, noch morgen.

Selbstverständlich ist die Sache des Friedens auch unser sehnlicher Wunsch, weil wir sehr genau wissen, daß dieser Krieg, gleichgültig, wo immer er beginnen würde, eine Weltkatastrophe bedeuten würde.

Aber es ist gar kein Zweifel: Eine Welt wird nur dann im Gleichgewicht leben, wenn sie nicht abhängig bleibt von den Launen einer zusammengeballten Macht, von der Sie, Herr Abg. Fischer, auch heute wieder gesagt haben, daß sie ungeheuer groß ist, sodaß es ihr ein leichtes sein würde, in jeder Auseinandersetzung und in jedem Konflikt zu bestehen.

Für uns kommt noch etwas anderes dazu, und unzweifelhaft hat ein Zwischenrufer heute im Hohen Haus mit Recht ausgeführt: Was wir verhindern wollen, ist in erster Linie, daß Sie, meine Herren, eines Tages die Fronvögte einer fremden Macht in diesem Lande werden, eine Stellung, die Sie niemals auf Grund der Stimmen des österreichischen Volkes erreichen könnten! (*Zwischenrufe beim Linksblock.*)

Der Herr Abg. Fischer hat dann die österreichische Regierung beschuldigt, sie habe sich Kriegsvorbereitungen zugewendet. In dieser Behauptung ist der eigentliche Grund für meine sofortige Antwort zu suchen.

Dieses berüchtigte, vielzitierte Weißbuch befaßt sich mit zwei Dingen. Einmal mit den angeblichen Kriegsvorbereitungen der Westmächte in Österreich.

Nun, Herr Abg. Fischer, möchte ich Sie fragen: Dienen die Gewehre in der Ostzone,

nicht zum Kriegführen? Dienen die Kanonen in der Ostzone zu etwas anderem als die Kanonen im Westen? Wie kommen Sie dazu, die Dinge mit zweierlei Maß zu messen? Und lassen Sie mich Ihnen noch eine Warnung zurufen. Sie haben heute erklärt, wenn es etwas aufzudecken gäbe, dann wäre dies wahrscheinlich durch die Zeitungen in Österreich längst geschehen. Provozieren Sie das nicht, denn sonst könnten Sie vielleicht sehr schwere Unannehmlichkeiten haben! Es gibt genug Dinge, Aufträge an die österreichische Postverwaltung, an österreichische Baufirmen, von denen ich sehr zweifle, daß es den Auftraggebern erwünscht wäre, wenn sie in den österreichischen Zeitungen zum Vorschein kämen. Wenn Sie aber weiterhin die österreichische Bevölkerung mit einseitigen Dokumenten provozieren, verehrter Herr Abgeordneter, dann wird diese Antwort freilich nicht ausbleiben. (*Abg. Koplénig: Bitte schön! — Abg. Honner: Wenn Sie etwas hätten, hätten Sie es schon getan! — Gegenrufe bei den Regierungsparteien.*) Es scheint mir, daß der Herr Abg. Fischer, wenn er Zeitungen liest und Zeitungen sammelt, eine rote Brille aufsetzt. Diese scheint die Merkwürdigkeit zu haben, daß gewisse Meldungen durchrutschen. (*Abg. Koplénig: Solche Andeutungen sind nichts anderes als Lügen, wenn man nichts sagt!*)

Ich möchte hier ausdrücklich feststellen, daß die Behauptung, irgendwelche Truppen in Österreich gehörten zum Kommandobereich des Generals Eisenhower, eine absolute Erfindung darstellt. Wenn der Herr Abgeordnete Fischer seine Aufmerksamkeit auf alle österreichischen Zeitungen ausgedehnt hätte, wäre ihm sicherlich nicht entgangen, daß eine Tiroler Gruppe sich beschwerdeführend an das Hauptquartier General Eisenhowers gewendet hat und darauf die Antwort erhielt, daß diese Beschwerde an das Kriegsministerium in Paris zu richten sei, weil die in Österreich stationierten Truppen nicht zum Kommandobereich des Generals Eisenhower gehören. (*Abg. Ernst Fischer: Warum hat die Regierung diese Erklärung nicht gegeben?*) Die Regierung hat dazu nichts zu sagen, denn, verehrter Herr, niemals hat irgendeine offizielle Stelle erklärt, daß dieses Österreich dem Kommandobereich Eisenhowers angehört. Aber Ihre Methode ist es, irgendeinen Journalisten herauszugreifen und zu zitieren und dann dessen unseriöse Behauptungen als Wahrheit hinzustellen.

Nun komme ich zu dem eigentlichen Problem, das dieses Weißbuch aufwirft, zu der Beschuldigung, daß Österreich im Rahmen der Gendarmerie selbst Kriegsvorbereitungen treffe. Ich kann es mir ersparen, auf Einzel-

heiten einzugehen, die Angelegenheit des Innenministers sind. Aber lassen Sie mich eines in Erinnerung bringen. Es ist nicht so, wie Sie sagen, daß der Beschluß, die österreichische Gendarmerie auszubauen, in irgendwelchen Konventikeln mit den Westmächten zustandegekommen ist. Der Entschluß, die österreichische Gendarmerie auszubauen, ist in jener Nacht zustandegekommen, als Sie mit Ihren Horden in Wiener Neustadt die Staatsämter überfallen haben. (*Starker Beifall. — Abg. Koplénig: Das müssen Sie allen Arbeitern in den Betriebenerzählen! — Abg. Ernst Fischer: Für diese Mitteilung sind wir Ihnen sehr dankbar! — Abg. Frühwirth: Putschisten seid ihr und Hochverräter, die die Vertrauensmänner bei der Besatzungsmacht denunzieren! — Abgeordneter Koplénig: Das ist ein wertvolles Eingeständnis! Die Rolle Helmers wird jetzt vollständig klar! Er ist ein Nachfolger Starhembergs und Schuschniggs! — Abg. Koplénig: Die Arbeiter haben Ihnen bei den Wahlen die Antwort gegeben!*)

**Präsident** (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, doch nicht zu vergessen, daß der Herr Bundesminister hier antwortet. (*Stürmische Zwischenrufe. — Abg. Koplénig: Das werden wir plakatieren, was der Herr Minister sagt! — Abg. Horn: Plakatieren Sie auch die Maschinenpistolen des Werk-schutzes! — Anhaltende Zwischenrufe und Lärm.*) Ich bitte, meine Herren, doch endlich mit den Zwischenrufen aufzuhören. (*Neuerliche Zwischenrufe des Abg. Koplénig.*) Herr Abg. Koplénig, ich rufe Sie zur Ordnung! (*Abg. Frühwirth: Stundenlang sind unsere Vertrauensmänner verhört worden, weil ihr sie denunziert habt! — Abg. Müllner: Weil Sie sie verraten haben! — Abg. Weikhart: Gemeine Denunzianten seid ihr!*)

**Bundesminister Dr. Gruber** (fortsetzend): In jener Nacht, in der wir beim Innenminister versammelt waren und in der die Nachrichten aus Wiener Neustadt eingetroffen sind, wo Sie die Bezirkshauptmannschaft und das Postgebäude besetzt hielten und wo Sie sich anmaßen, in Wiener Neustadt Regierung zu spielen, wo Sie dann, als die 120 österreichischen Gendarmen in der Nacht hinausgefahren sind, nur zu dem Zweck, um die österreichischen Staatsgebäude zu schützen, die russischen Besatzungstruppen mobilisierten und viele von den Gendarmen blutig geschlagen zurückkehrten, da ist der Entschluß geboren worden, daß diese Gendarmerie in Österreich so ausgebaut werden muß, daß sie solchen Akten in der Zukunft gewachsen sein wird. (*Starker Beifall bei den Regierungsparteien. — Abg. Koplénig: Die Arbeiter*

bei der VÖEST und in Steyr haben euch die Antwort gegeben! — Heftiger Widerspruch. — Große Unruhe.)

Lassen Sie mich eines betonen, weil ich glaube, daß es meine Aufgabe ist, es festzustellen: Der Ausbau der österreichischen Gendarmerie in dem geplanten Rahmen ist durch das österreichische Kontrollabkommen vollkommen gedeckt, denn die österreichische Regierung hat das Recht, für jene Sicherheitskräfte zu sorgen, die sie braucht, um die innere Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten. Der Ausbau der österreichischen Gendarmerie ist mit dem österreichischen Kontrollabkommen vollkommen in Einklang. Ich sage Ihnen heute: Es ist eine Schande, daß sich österreichische Universitätsprofessoren gefunden haben, um der Verleumdung, die Sie an der Regierung begangen haben, durch irgendwelche juristische Kinkerlitzchen die Mauer zu machen. (Starker Beifall.)

Der Herr Abg. Fischer hat sich dann dem Staatsvertrag zugewendet und gesagt, er sei nicht besonders optimistisch. Nun, verehrter Herr Abg. Fischer, nach Ihrer Rede sind wir auch nicht sehr optimistisch, denn offensichtlich haben Sie heute eine Deckungsrede für die sowjetische Außenpolitik zu halten gehabt. Wenn Sie uns gesagt haben, die Sowjetunion könne den Staatsvertrag nicht abschließen, bevor nicht von Indochina bis Kalifornien sämtliche Probleme der Welt geregelt sind — wenn das Ihre Informationen sind, Herr Abg. Fischer, dann sehen auch wir mit Pessimismus dieser neuen Sitzung über den österreichischen Staatsvertrag entgegen.

Sie haben dann, Herr Abg. Fischer, an mich die Frage gestellt: Was ist Europa? Gewiß, geographisch gesehen ist die Gruppe, die heute in Straßburg versammelt ist, nicht das ganze Europa, aber es ist jenes Europa, das heute bereit ist, sich zusammenzuschließen. (Abg. Fischer: Das faschistische Europa!) Sie haben meiner Meinung nach die Dinge wieder völlig einseitig dargestellt, wenn Sie hier gesagt haben, Österreich wolle zugunsten dieser Organisation auf seine Souveränität verzichten; denn, Herr Abg. Fischer, es ist ein großer Unterschied, ob ein Land in seiner Souveränität eingeschränkt ist oder ob alle Staaten in einer freien Vereinigung freiwillig auf Teile ihrer Souveränität verzichten, um ein besseres wirtschaftliches Leben zu gewährleisten. (Abg. Koplénig: Was ist mit Amerika?) Amerika ist bekanntlich nicht Mitglied der Europäischen Union, wenn ich damit Ihrem geographischen Gedächtnis ein bißchen nachhelfen darf. (Heiterkeit.)

Es ist nichts bezeichnender, Herr Abg. Fischer, als die Tatsache, daß der Welt-

kommunismus heute einer solchen Aufgabe der Souveränität zugunsten höherer Ordnungen widerstrebt, daß er sich von der modernen fortschrittlichen Kulturentwicklung abgespalten hat, von der Kulturausrichtung, wie wir sie verstehen und wie sie — glaube ich — alle Parteien dieses Hauses verstehen. (Lebhafter Beifall.)

Sie haben dann, Herr Abg. Fischer, hinzugefügt: die Souveränität ist nach Ihrer Meinung kein Hindernis für den Kulturaustausch, Souveränität ist auch kein Hindernis für den Wirtschaftsaustausch. Nein, Herr Abg. Fischer, Souveränität ist kein Hindernis für einen solchen Austausch. Aber der Stacheldraht ist ein Hindernis für diesen Austausch, und das möchten Sie auch für uns haben! (Starker anhaltender Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

Sie haben sich dann darüber beschwert, daß die Teilnehmer des Friedensrates in Österreich nicht gebührend empfangen wurden. Nun, verehrter Herr Vorredner, eine Bewegung, die ihren Besuch in Österreich zwar der Wasagasse, aber nicht der österreichischen Bundesregierung ankündigt, kann schwerlich verlangen, daß sie von dieser Bundesregierung gebührend empfangen wird. (Heiterkeit und Zustimmung.)

Der Grund, warum wir dieser Friedensbewegung mit Mißtrauen gegenüberstehen, Herr Abg. Fischer, ist einfach darin zu sehen, daß wir den Verdacht haben, daß sie sich zu einem Instrument der Außenpolitik einer Großmacht, der Sowjetunion, hergibt. Ich will das an einem Beispiel nachweisen.

Es gibt ein Thema, von dem, wie ich glaube, die Sowjetunion nicht gerne reden hört: das ist der österreichische Staatsvertrag. Darum finden wir auch, daß bei keiner Sitzung des Friedensrates über den österreichischen Staatsvertrag gesprochen wurde. Ich habe wieder die „Volksstimme“ vom 8. November 1951 vor mir. Es wurde eine Pressekonferenz abgehalten. Ein Teilnehmer dieser Konferenz stellte an den französischen Delegierten Yves Farge die Anfrage, warum in der Resolution der österreichische Staatsvertrag nicht erwähnt sei. Was hatte Y. Farge zu antworten? Ich zitiere die „Volksstimme“: „Wenn dies so ist, dann nicht deshalb, weil dem österreichischen Problem keine besondere Bedeutung beigemessen wurde, sondern weil es Gepflogenheit des Weltfriedensrates ist, über die Probleme des Landes, in dem seine Tagungen stattfinden, keine besonderen Entschlüsse zu fassen.“ (Heiterkeit.) Wir sind vielmehr der Meinung, daß Sie das Problem deshalb nicht auf die Tagesordnung genommen haben, weil es offensichtlich der

Sowjetaußenpolitik unangenehm ist, darüber zu sprechen. (*Abg. Ernst Fischer: Jeder von euch hätte die Möglichkeit gehabt, dort zu sprechen!*)

Sie haben in diesem Haus, Herr Abg. Fischer, ein großes Wort ausgesprochen, das nicht ohne Grund den Unwillen des Hauses erregt hat. Sie haben erklärt, Sie werden das österreichische Volk zum nationalen Freiheitskampf aufrufen. Ich würde mit solchen Worten in diesem Haus sehr sparsam umgehen; denn wenn, Herr Abg. Fischer, das österreichische Volk zum nationalen Freiheitskampf aufgerufen wird, dürfte es andere Ziele im Auge haben als die, die Sie heute proklamiert haben. (*Starker lang anhaltender Beifall bei ÖVP und SPÖ. — Zwischenrufe beim Linksblock.*)

Sie haben dann hinzugefügt, Herr Abgeordneter Fischer, daß Sie bereit seien, eine Regierung zu unterstützen, wenn sie — und so weiter und so weiter. Meine Herren, wir danken für diese Mitwirkung! (*Zustimmung bei ÖVP und SPÖ.*) Denn dann würde diese Regierung wahrscheinlich mit Grund in einen gewissen Verdacht bei der österreichischen Bevölkerung kommen, wenn sie einmal Ihre offenkundige Zustimmung in diesem Hause erhalten würde.

Lassen Sie mich zum Abschluß meiner Erwiderung, Herr Abg. Fischer, sagen: Es ist kein Zweifel, daß wir in einer ersten, einer gefährlichen und kritischen Periode stehen. Es war sehr richtig, was Sie gesagt haben, daß in einer solchen Lage eine ernste Explosionsgefahr besteht. Es ist richtig, daß wir deshalb alles vermeiden müssen, diese Explosionsgefahr zu verstärken. Ich bin trotzdem optimistisch, daß die Welt einen Weg finden wird, eine neue Straße der Verständigung zu betreten. Es gibt manche Zeichen dafür. Gewiß, wir sind noch weit davon entfernt, die Sicherheit zu haben, daß ein solcher Weg eingeschlagen wird. Wenn dieser Tag kommt, bin ich überzeugt, daß sich viele Probleme, die heute sehr schwierig sind, lösen werden. Ich weiß nicht, wann dieser Tag kommen wird, aber von einem, Herr Abg. Fischer, bin ich überzeugt: Es wird sehr bald die Zeit kommen, wo Ihnen die Sowjetunion verbieten wird, mit dem russischen Gewehr vor unserer Nase herumzufucheln. (*Zustimmung.*)

Herr Abg. Fischer! Lassen Sie mich Ihnen zum Schluß auch noch einen guten Rat geben, weil Sie sich immer bereit erklärt haben, uns mit gutem Rat zu unterstützen. Dieser gute Rat ist der folgende: Übersehen Sie nicht die Frühzeichen einer Änderung der internationalen Großwetterlage, damit Sie, Herr Abg. Fischer, eines Tages nicht plötzlich über Nacht als lästiger Diversant in ein politisches

Nirwana hinabpoltern! (*Starker anhaltender Beifall bei ÖVP, SPÖ und KdU.*)

Abg. Dr. Reimann: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich wundere mich eigentlich, daß sich der Herr Außenminister verleiten ließ, auf eine Rede zu antworten — und zwar sofort zu antworten —, die so sehr die Dinge auf den Kopf stellte, daß sie nicht ernst genommen werden konnte. Das Hauptreferat des Herrn Fischer baute auf einem unseriösen Artikel einer amerikanischen Zeitschrift auf. Es ist mir bisher noch nicht bekannt gewesen, daß seriöse Politiker und Militärs illustrierten Zeitschriften ihre Geheimnisse anvertrauen und ihnen mitteilen, was sie in einem künftigen Krieg zu tun gedenken. Dadurch, daß darauf ein Referat und eine weltpolitische Gesamtschau aufgebaut wurde, ergibt sich schon, daß diese nicht als seriös bezeichnet werden kann.

Darüber hinaus aber möchte ich folgendes sagen: Es ist doch nicht so, als ob nur die Kommunisten den Frieden wollten und die übrige Welt nicht. Alle Völker der Erde und alle Menschen wollen den Frieden, aber sie wollen eben ihren Frieden haben. Ich bin auch überzeugt, daß die Kommunisten den Frieden haben wollen und nicht den Krieg. Aber sie wollen, daß sich alle ohne Widerstand ihrer Revolution anschließen. Es ist aber doch nicht zu verlangen, daß man ohne Widerstand eine ganze Welt der persönlichen Freiheit opfert. Auch wir rechnen genau so wie Goethe auch Tolstoi und Dostojewskij und wie Mozart Mussorgskij oder Tschairowskij zum europäischen und abendländischen Kulturbegriff. Aber ich bin überzeugt, daß die Kommunisten selbst — vielleicht mit Ausnahme des Herrn Fischer, aber nicht der Kommunistischen Partei als solcher — diese Leute tatsächlich nicht zu ihrem Kulturbereich rechnen, denn sonst würde nicht unser neugebackener Staatsbürger Bert Brecht in Berlin den Ausspruch getan haben, daß das Abendland untergegangen ist. Er sagte, es sei untergegangen und nur auf den Trümmern des untergegangenen Abendlandes könne die kommunistische Welt errichtet werden.

Verehrte Anwesende! Wir haben jetzt hier letzten Endes nicht die weltpolitischen Ereignisse zu besprechen — die nehmen ohne unser Mitwirken ihren Lauf —, sondern es steht die österreichische Außenpolitik zur Debatte. Die Schwierigkeit, die sich bei jeder Betrachtung und Kritik der österreichischen Außenpolitik für den Redner ergibt, ist die, daß wir zwar im Sprachgebrauch der Weltmächte als befreiter Staat gelten, uns aber wesentliche Momente der Souveränität fehlen. Jede Kritik an der Außenpolitik führt deshalb

mit innerer Notwendigkeit zur Kritik an jenen Kräften und Mächten, die unsere Souveränität in wesentlichen Punkten beschneiden. Dabei wollen wir keineswegs der österreichischen Regierung den Vorwurf ersparen, durch mangelnde Initiative manche Möglichkeiten versäumt zu haben. In der Frage des Staatsvertrages, dem Angelpunkt der österreichischen Außenpolitik, ist jedoch die österreichische Regierung nicht schuld, weil diese Frage nur im Zusammenhang mit der gesamten weltpolitischen Lage betrachtet werden kann, auf die wir nicht im geringsten Einfluß nehmen können.

Der Herr Minister hat sich nun bereits mit den Ausführungen des Linksblockes befaßt und ihre demagogische Hinterhältigkeit aufgezeigt. Bei allem Feuerwerk von Worten hat der Herr Abg. Fischer den Begriff der persönlichen Freiheit kein einziges Mal ausgesprochen. Wir wissen alle, daß die Sowjetunion schon bereit wäre, uns den Staatsvertrag zu geben, wenn wir auf jede Freiheit im politischen und wirtschaftlichen Leben verzichten würden. Doch das gesamte österreichische Volk — und ich bin überzeugt, sogar 90 Prozent der kommunistischen Wähler — lehnt diese Art von Staatsvertrag ab. Die Freiheit, Herr Abg. Fischer, ist nur ein Wort, wenn man sie hat. Sie wird aber alles und zum Inbegriff des Höchsten schlechthin, wenn man sie nicht mehr hat. Jeder, der wegen seiner politischen Gesinnung im Gefängnis oder in einem Lager war, oder jeder, der als Soldat seine Pflicht getan und dafür jahrelang im Gefangenenlager schmachten mußte, weiß, daß das Wort Freiheit eben mehr als ein Wort ist.

Die Westalliierten haben in der Weltöffentlichkeit ein gutes Gesicht in der Frage des österreichischen Staatsvertrages, weil sie gewissermaßen als eine Art Schützer der Freiheit unseres Landes gegenüber den Machtansprüchen aus dem Osten gelten. In der österreichischen Bevölkerung herrscht aber häufig die Meinung, daß auch die Westalliierten sich in unserem Lande ganz wohl fühlen. In dieser Hinsicht möchte ich dem Herrn Außenminister eine festere Haltung auch gegenüber den Westmächten empfehlen. In jeder Festrede und bei jeder Gelegenheit, die sich bietet, erklären gerade die Westmächte, daß sie Österreich als befreiten Staat betrachten und daß sie nur mehr zu unserem Schutze hier bleiben müssen. Es ist aber bisher in der Weltgeschichte noch nie dagewesen, daß ein befreiter und freier Staat Kontributionen in Form von Besatzungsgeldern, von Wohnungs- und Möbelbeschlagnahmen zahlen muß. Ich glaube, daß, falls alle Westalliierten auf die hohen Ansprüche einer Besatzungsmacht verzichten würden,

auch die Sowjetunion moralisch gezwungen wäre, die eine oder andere Erleichterung zu gewähren.

Der Außenminister und die Bundesregierung haben deshalb die Pflicht, immer wieder an das Weltgewissen zu appellieren und aufzuzeigen, daß nicht nur die Sowjetunion, sondern auch die Westmächte der österreichischen Bevölkerung schwerste Belastungen aufbürden.

Es wären hier noch einige Forderungen zu stellen, und ich möchte einige davon in diesem Hause noch einmal anführen, obwohl es zum Teil schon mein Klubkamerad bei der Budgetdebatte im Ausschuß getan hat.

Der erste Verzicht ist selbstverständlich der Verzicht auf die Besatzungskosten. Der Rechtstitel, unter dem die Besatzungskosten zu zahlen sind, scheint vollkommen unklar, weil kein Grund mehr zu einer kriegerischen Besetzung vorhanden ist. Das österreichische Volk wehrt sich mit Recht dagegen, die Uneinigkeit der Großmächte mit seinen Steuergeldern mitzufinanzieren.

Ein weiterer Verzicht ist der Verzicht auf die Beschlagnahme von Wohnungen. Nach dem ersten Weltkrieg ist es bei der Besetzung des Ruhrgebietes so gewesen, daß sich die damaligen Sieger die Unterkünfte selbst gebaut haben, und was damals für die Sieger und für ein besiegt Land galt, das mußte doch heute auch wenigstens für ein befreites Land gelten.

Ebenso ist zu wünschen, daß die lästige Briefzensur und die Zeitungsverbote von seiten der Alliierten aufhören. Bei den Zeitungsverboten habe ich den Eindruck, daß man dieses Problem von seiten der Regierung überhaupt nicht zur Sprache bringt. Jede Regierungspartei hat nämlich ihre Besatzungsmacht hinter sich, die sie vor dem Zeitungsverbot schützt. Bei der KPÖ gilt das gleiche. Bei der Presse des VdU und bei der unabhängigen Presse jedoch scheint man auf seiten der Regierung ganz froh zu sein, daß sie die Alliierten von Zeit zu Zeit in politisch günstigen Augenblicken verbieten. Wie ungeheuerlich solche Verbote der Alliierten sind, zeigt das Beispiel der „Berichte und Informationen“, die zur Zeit der Wahlkampagne 1949 wegen eines Artikels verboten wurden, der schon sechs Monate zurücklag. Klarer konnte nicht gezeigt werden, wie auch für die Alliierten der Begriff des Rechts und der Begriff der Gerechtigkeit sehr dehnbar sind.

Auf das Problem der Rundfunkstationen ist gleichfalls hingewiesen worden. Die Alliierten behaupten doch immer, daß sie uns zur Demokratie erziehen wollen. Zur

2484 67. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 6. Dezember 1951.

Demokratie gehört es aber, daß diejenigen, die bezahlen, auch Einfluß auf das Programm haben. Wie kommt der österreichische Rundfunkhörer dazu, mit seinem Geld die langweilige Propaganda aller Alliierten ohne Ausnahme finanzieren zu müssen? Zu jeder wichtigen Tagesstunde wird er aufgefordert, einmal von Amerika, einmal von Rußland, einmal von England, und die Ironie liegt nur darin, daß jede Besatzungsmacht eine andere Auffassung von Demokratie hat. Wenn die Österreicher dennoch im wesentlichen demokratisch gesinnt sind, dann deshalb, weil sie schon Demokraten waren, als unsere „Lehrer“ vielfach den Begriff Demokratie noch gar nicht kannten.

Sie werden mir vielleicht entgegenhalten, daß sich Forderungen leicht stellen lassen; das ist schon richtig, aber vergessen wir nicht, daß diese Forderungen die Westalliierten an einem wunden Punkt treffen und daß wir deshalb nicht ablassen dürfen, immer wieder darauf hinzuweisen.

Ich habe manchmal den Eindruck, daß der Herr Außenminister aus lauter Bündnistreue zu nachgiebig ist. Im politischen Leben ist es nun einmal so, daß man sich rühren muß. Ich muß ihn auch einer anderen Sache wegen kritisieren. Er scheint von dem Europagedanken so durchdrungen zu sein, daß er großzügig manchmal auf Rechte verzichtet, die zu verteidigen für ihn höchste Pflicht wäre. Dies gilt in der Frage Südtirol, und dies gilt dann auch in der Frage Jugoslawien.

Wir wollen nicht über das Südtiroler Problem als solches sprechen, wir wollen auch nicht die Situation durch eine Kritik verschlechtern, doch wir können nicht umhin zu bedauern, daß der Herr Außenminister dem Fragenkomplex seinerzeit nicht gewachsen war und so viele Belange ungeklärt ließ, die sich heute zum Nachteil unserer Südtiroler auswirken. Was damals versäumt wurde, ist heute kaum mehr gutzumachen.

Das gleiche gilt für den Verzicht auf das österreichische Eigentum in Jugoslawien. Die Ansicht des Herrn Außenministers, daß dieses Vermögen sowieso verloren wäre, ist völkerrechtlich nicht haltbar. Wir wissen, wie veränderlich die politische Situation im allgemeinen ist. Man verzichtet nie auf etwas freiwillig, ohne dafür zu sorgen, daß die, die durch den Verzicht geschädigt werden, in irgendeiner Form eine Entschädigung erhalten, und man verzichtet nicht freiwillig auf etwas, ohne dafür auch irgend etwas zu erhalten. Der Herr Außenminister nannte das Verhältnis zu Jugoslawien im Ausschuß eine zarte Pflanze, die man keinem Frost aussetzen dürfe. Nun, ich glaube, daß die

jugoslawische Regierung nicht so zart besaitet ist, daß sie nicht auch eine entschiedene Haltung von seiten unserer Regierung in gewissen Fragen aushalten könnte. Und zu dieser entschiedenen Haltung gehört es auch, daß man nicht abläßt von der Nachforschung nach den verschleppten Kärntner Freiheitskämpfern.

Einen Mangel an Initiative sehe ich auch darin, daß man sich nach Verlust der südosteuropäischen Wirtschaftsräume, ähnlich wie Deutschland, nicht nach neuen Märkten, vor allem im Vorderen Orient, umgesehen hat. Es fehlt eben auch in der Außenpolitik wie in der Innenpolitik ein Konzept. Unsere ganze Außenpolitik erschöpft sich im großen und ganzen in etlichen Reden, in etlichen Reisen des Außenministers und in der Erklärung der Westalliierten, daß sie uns sehr lieb haben, ohne daß sie uns allzu große Beweise ihrer Liebe liefern.

Besonders zu bedauern ist jedoch das Verhältnis und der Mangel an Initiative im Verhältnis zur Westdeutschen Bundesrepublik. Ich weiß, Sie werden mir entgegenhalten, daß hier die Schwierigkeit bei den Alliierten liegt und daß von österreichischer Seite sowieso alles getan wird, um die Beziehungen zu bessern. Doch das sind im Grunde genommen nichts anderes als Ausflüchte. Es kommt immer auf den Geist an, der hinter den Taten steckt. Der Geist der österreichischen Regierung in der Frage Deutschland ist vielfach noch der gleiche wie im Jahre 1945. Diesen Geist näher zu beschreiben ersparen Sie mir; er zeigt sich, wenn ich ein Beispiel anführen darf, in der Bestellung Dr. Missongs zum Presseattaché in Bonn, einer Maßnahme, die eine Herausforderung an die deutsche Bundesregierung bedeutet und inoffiziell auch als solche gewertet wird. Ich möchte nichts gegen die Fähigkeiten Dr. Missongs sagen, wohl aber scheint es mir keine diplomatische Großtat zu sein, den Mann, der nach 1945 die gehässigsten Äußerungen über Deutschland geschrieben hat, ausgerechnet nach Bonn zu senden.

Auch die Frage des Deutschen Eigentums gehört in dieses Kapitel des schlechten Geistes. Ich weiß, daß der Komplex schwierig ist und daß er letztlich erst nach Abschluß des Staatsvertrages gelöst werden kann. Trotzdem könnten von österreichischer Seite her Vorbesprechungen abgehalten werden. Wir haben von prominenter und maßgebender deutscher Seite die Erklärung, daß Deutschland keineswegs gewillt ist, der österreichischen Wirtschaft durch das Aufrollen des Komplexes des Deutschen Eigentums zu schaden, sondern vielmehr bestrebt ist, eine Lösung zu finden

die für beide Länder tragbar ist, ja sich sogar produktionssteigernd und dadurch vorteilhaft auswirken wird. Es wäre deshalb nicht nur aus moralischen, sondern auch aus Vernunftsgründen notwendig, daß auch von österreichischer Seite hier ein Schritt nach vorwärts getan würde.

Doch die österreichische Bundesregierung flüchtet sich bei dieser Frage immer hinter den Staatsvertrag und hinter die Alliierten, und zwar deshalb, weil sie ein schlechtes Gewissen hat. Denn die Frage des Deutschen Eigentums ist eng verbunden mit der Frage Krauland, Hintze und Müller. Mit Hilfe der sogenannten Vorkommission machte Krauland Schiebungen mit dem Deutschen Eigentum in Form von Verpachtungen zu Schleuderpreisen an die von ihm gegründeten Tarnfirmen.

Meine Damen und Herren! Kein Staat der Welt, auch nicht der am engsten befreundete, kann dulden, daß mit einem Vermögen, auf das er irgendeinen Rechtstitel hat, so umgegangen wird. Sie würden wider jede politische Vernunft und wider jede Moral handeln, wenn Sie die guten Beziehungen zu Deutschland für einen Herrn Krauland opfern würden! *(Beifall beim KdU.)*

*Inzwischen hat wieder Präsident Böhm den Vorsitz übernommen.*

Abg. Dr. Koref: Hohes Haus! Es wurde heute von dieser Stelle aus — ich glaube nicht, aus einem wirklich gegebenen Anlaß, sondern vielleicht aus dem Zustand einer gewissen Überreiztheit der Nerven — der an sich völlig berechtigten Wunsch ausgesprochen, der politische Kampf möge sich in möglichst fairen Formen bewegen und solle vor allem die persönliche Note vermeiden, er solle sich jeglicher persönlichen Kritik, Anpöbelung oder Anfeindung enthalten. Ich glaube, daß diese Forderung an sich vollkommen berechtigt ist und daß das Hohe Haus sicherlich sehr gut tut, sich an eine solche moralisch und sachlich einwandfreie Losung zu halten.

Verehrte Damen und Herren! Immer jedoch wird es nicht möglich sein, zu vermeiden, daß man eine rauhe Sprache spricht und daß man das Kind beim rechten Namen nennt, auch dann, wenn vielleicht eine stark betonte persönliche Färbung Platz greift. Ich glaube, die Abgeordneten am linken Flügel dieses Hauses sind — ich bitte es mir nicht zu verübeln, wenn ich eben nun wirklich persönlich werde — nicht eine Galerie sympathischer persönlicher Erscheinungen. *(Heiterkeit bei der SPÖ.)* Zumindest kann man das von dem Führer dieser Gruppe hysterischer Desparados, von dem Herrn

Abg. Fischer, nicht behaupten. Wenn Herr Abg. Fischer hier spricht, so speit er Gift und Galle. Er spricht mit einem überspitzten Geifer, der geradezu abstoßend wirkt. Es ist eben beim besten Willen nicht zu vermeiden, daß man das in aller Offenheit und Ehrlichkeit hier zum Ausdruck bringt.

Seitens des Herrn Abg. Fischer wird Hochverrat am laufenden Band betrieben. Ich kann es mir vorstellen, daß eine Opposition eine demokratisch einwandfrei gewählte Regierung mit aller Leidenschaft ablehnt und bekämpft. Wir Sozialisten können es uns recht gut vorstellen, daß man eine auf nicht demokratischem Weg zustandegekommene Regierung haßt, daß man sie offen, solange es geht, und wenn es nicht mehr geht, geheim und auf alle mögliche Weise bekämpft. Aber wenn eine Regierung auf völlig einwandfreie, demokratische Weise zustandegekommen ist und die Regierungsgeschäfte in einer so schweren Zeit führt, dann hat sie denn doch einen berechtigten Anspruch auf eine tunlichst objektive Kritik, und eine Opposition darf sich nie soweit vergessen, in einer so schweren, mit solcher Verantwortlichkeit belasteten Situation Verat an Volk und Heimat in Serie zu begehen.

Es beruhigt uns, daß zumindest 95 Prozent der österreichischen Bevölkerung diese Methoden ablehnen. Und ich glaube, selbst unter den restlichen 5 Prozent, die Anhänger der Kommunistischen Partei Österreichs sind, befindet sich eine ganz erkleckliche Zahl Irreführter, die, wenn sie diese Methodik des Hochverrates durchschauen würden, sich mit Abscheu von ihrer Partei abwenden würden.

Wir Sozialisten haben, seitdem dieses unglückliche Land von vier fremden Besatzungsmächten besetzt ist, leidenschaftlich protestiert gegen jeden Übergriff einer Besatzungsmacht, von welcher Seite immer er auch kam. Wir verabscheuen solche Eingriffe und solche Übergriffe und haben es nie versäumt, sie entsprechend zu beleuchten und entsprechend zu charakterisieren. Aber, Hohes Haus, was gestern und heute hier seitens des Herrn Abg. Fischer geschehen ist, das verdient eine vorbehaltlose Brandmarkung vor der gesamten gutwilligen, patriotisch eingestellten österreichischen Bevölkerung.

Der Herr Abg. Fischer hat heute eine jener vielen, fast möchte ich sagen, ekelregenden Episoden wieder heraufbeschworen, bei denen ein auswegloser Mensch, ein auswegloser Politiker im Gestrüpp der Lüge, des Verrates und der Verleumdung hängen bleibt. Diese Feststellung glaube ich aus Gründen der Offenheit des parlamentarischen Kampfes

2486 67. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 6. Dezember 1951.

machen zu müssen, bevor ich mich nun näher in die Darstellung des Kapitels 8 unseres Bundeshaushaltes einlasse.

Ich möchte zunächst einige rein technische budgetäre Bemerkungen machen. Eine aufmerksame Überprüfung der Regieaufwandsparteien unserer diplomatischen Vertretungen im Ausland ergibt die verblüffende Tatsache, daß die betreffenden Zahlen in den volksdemokratischen Staaten um 60 bis 250 Prozent höher sind als in den westlichen Ländern. In Moskau beträgt der Aufwand für unsere diplomatische Vertretung an Beheizung 416.000 S, in Paris 45.000 S, in Washington 34.000 S und in London 28.000 S. Für Beleuchtung betragen die betreffenden Aufwandsziffern in Moskau 155.000 S, in Prag 65.000 S, in Paris 20.000 S, in Washington 24.000 S und in London bloß 18.000 S. Wir sehen also, daß unsere diplomatischen Vertretungen in den volksdemokratischen Staaten nicht besonders wohlwollend behandelt werden. *(Abg. Ing. Raab: Das sind Preise! — Heiterkeit. — Abg. Koplénig: Was Dr. Koref sagt, ist noch lange nicht wahr!)*

Verehrte Damen und Herren! Interessant ist auch ein Vergleich der Aufwandsziffern unseres Bundeshaushaltes im Kapitel Äußeres mit den betreffenden Zahlen anderer Staaten. In Italien werden für die Post Äußeres 3·08 Prozent des gesamten Budgets, in der Schweiz 1·63, in Dänemark 1·12, in Holland 0·9, in Schweden 0·54 und in Österreich nur 0·37 Prozent des gesamten Aufwandes ausgegeben. Es ist also wirklich ein bescheidenes Verhältnis, das da zutage tritt.

Aber Hand aufs Herz: Unsere Außenpolitik, oder sagen wir vielleicht gerechter, unsere außenpolitischen Möglichkeiten sind ja auch dementsprechend sehr gering und bescheiden. Wir sind zu einer sehr passiven Rolle verurteilt. Wir sind leider viel mehr Objekt der weltpolitischen Situation, als daß wir deren Subjekt wären. Das ist eine beschämende Tatsache. Wir haben auch wiederholt bei verschiedenen Anlässen nicht ermangelt, Appelle an die weite Welt zu richten und Proteste einzulegen. Es ist uns aber bisher leider nicht beschieden gewesen, uns außenpolitisch mehr durchzusetzen.

Unser Auslandsdienst — und das ist eine erfreuliche Tatsache — wird systematisch ausgebaut. Leider mußten im letzten Augenblick nicht unbeträchtliche Abstriche gemacht werden, und es mußte die Errichtung diplomatischer Vertretungen in einzelnen Staaten von der Tagesordnung abgesetzt werden, obwohl wir uns darüber im klaren sind, daß der

Auslandsdienst für die österreichische Republik von ganz großer Bedeutung ist.

Wir bedauern es, daß die Konsularakademie, die einstmals wirklich ein ganz hervorragendes Ansehen genossen hat, die ein großes Aktivum Österreichs gewesen ist, noch immer nicht reaktiviert werden konnte; ich glaube, daß die Kurse nur ein recht mangelhafter Ersatz für die diplomatische Ausbildung des diplomatischen Nachwuchses sind. Vielleicht ist es auch richtig, wenn man den Herrn Außenminister auf die Überalterung unseres Auslandsdienstes aufmerksam macht und ihm empfiehlt, ein richtiges Ausleseprinzip beim diplomatischen Nachwuchs anzuwenden. Es soll nicht das Parteibuch, es soll nicht die Tatsache von entscheidender Bedeutung sein, daß der betreffende Diplomat Aspirant ein CVer ist, sondern es soll vor allem darauf gesehen werden, daß wir für den so wichtigen Auslandsdienst starke Persönlichkeiten gewinnen, die die entsprechende Garantie bieten, Österreich im Ausland in wirkungsvoller, erfolgreicher Weise vertreten zu können.

Was Österreich auf außenpolitischem Gebiet wünscht, das ist: in Ruhe leben, arbeiten und schaffen zu können, in Frieden mit der Welt. *(Beifall bei den Sozialisten.)* Eine Voraussetzung dafür, daß wir in Frieden mit der Welt, mit der Umwelt leben können, ist zunächst einmal nach meiner Auffassung und nach der Auffassung meiner Partei der soziale Friede im Innern dieses Landes. Und ich darf sagen, daß die Sozialistische Partei in dieser Richtung wahrhaftig Vorbildliches und Opfervolles in diesen sechseinhalb Jahren geleistet hat, daß sie sich einer Zurückhaltung befleißigt hat, die wirklich Bewunderung in der weiten Welt hervorgerufen hat und die manchmal an Selbstentäußerung grenzt. Aber von diesem sozialen Frieden im Innern des Landes hängt unser Kredit, hängt unsere Geltung im Ausland ab, und deshalb ist die Sozialistische Partei bereit, solche Opfer zu bringen. Sie hat sich unbestreitbar große Verdienste in dieser Hinsicht erworben und dafür auch manche Anerkennung bekommen.

Wir kennen die Störenfriede am sozialen Frieden in Österreich, wir kennen ihre Methoden, und wir haben gestern und heute Beispiele und Kostproben davon in mehr als ausreichender Zahl bekommen. Der Herr Abg. Fischer hat heute einen ganzen Katalog von Anschuldigungen gegenüber der österreichischen Regierung, gegenüber dem österreichischen Parlament und dem österreichischen Volk vorgebracht, er hat eine Reihe von geradezu lächerlichen Denunziationen vorgebracht, die aber angesichts der weltpolitischen Situation nicht ganz ungefährlichen Charakters und unbedenklicher Natur sind.

Die erste Denunziation lautet: Österreich rüste auf. Herr Minister Dr. Gruber hat auf diese Anschuldigung schon die gebührende, unzweideutige Antwort erteilt. Es ist geradezu eine Lächerlichkeit, von einer „Alpenfestung“ zu sprechen. Ich erinnere die Damen und Herren des Hohen Hauses daran, daß der amerikanische Hochkommissar Donnelly eine feierliche Einladung an den sowjetrussischen General Swiridow und an einige russische Journalisten gerichtet hat, in den drei Westzonen frei herumzureisen, um sich davon zu überzeugen, wie diese „österreichische Alpenfestung“ in Wirklichkeit aussieht. (*Abg. Koplénig: Und eine Fachkommission abgelehnt hat! — Gegenrufe.*) Es wird soviel von den amerikanischen Bauten im Bundesland Salzburg geredet. (*Lebhafte Rufe und Gegenrufe. — Abg. Koplénig: Sagen Sie doch auch, daß sie eine Kommission abgelehnt haben!*) Die russische Besatzungsmacht hat auf diese Einladung des Hochkommissars Donnelly bisher nicht reagiert!

Ich möchte auf die amerikanischen Wohnbauten im Bundesland Salzburg noch ganz kurz zu sprechen kommen. Dort sind in der Gegend von Siezenheim genau so wie im Stadtgebiet von Linz Wohnungsbauten errichtet worden. Aber nur solche! Und jeder kann sich davon überzeugen, daß hier einwandfreie, schöne Wohnungen geschaffen wurden, die einmal auch der österreichischen Bevölkerung zugute kommen werden. Ein großer Teil dieser Wohnungen zum Beispiel in Linz ist von amerikanischen Zivilpersonen, von Frauen und Kindern, besiedelt worden. Das selbe Ziel hat sich die amerikanische Militärverwaltung mit den Wohnungsbauten im Gebiet von Salzburg gesetzt. Sie hat dafür eine Reihe von Hotels geräumt, die bekanntlich für den Salzburger Fremdenverkehr eine große Rolle spielen und eine fremdenverkehrspolitische Notwendigkeit darstellen. (*Abgeordneter Frühwirth: Wird den Russen zur Nachahmung empfohlen! — Abg. Koplénig: Die „Stimme Amerikas“! — Heftige Zwischenrufe.*) Ich möchte auch den Herrn Kollegen Koplénig (*anhaltende Zwischenrufe — Präsident Böhm gibt das Glockenzeichen*) in aller offiziellen Form einladen, zusammen mit mir das Salzburger Land zu bereisen. (*Abgeordneter Koplénig: Ich war dort in Salzburg! Ich habe aber dort Brücken und Straßen für Tanks gesehen!*) Er wird sich überzeugen können, daß das, was der Herr Abg. Fischer hier vorgebracht hat, zu dem Lügenarsenal gehört, das er sich zurechtgelegt hat. (*Abgeordneter Koplénig: Die „Stimme Amerikas“! — Anhaltende Zwischenrufe.*)

Präsident Böhm (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte um Ruhe, meine Herren!

Abg. Dr. Koref (*fortsetzend*): Ich möchte hier übrigens eine weitere Feststellung machen, selbst auf die Gefahr hin, daß mich der Herr Abg. Koplénig als einen amerikanischen Agenten bezeichnet. Ich halte allerdings nicht viel davon, was er von mir denkt. Ich bin heuer mit fünf Kollegen aus diesem Hohen Haus sechs Wochen lang in den Vereinigten Staaten gewesen. Wir haben tief in das amerikanische Volk hineingehört, und wir haben die Überzeugung gewonnen, daß das amerikanische Volk alles eher als einen Krieg will (*Abg. Koplénig: Da haben Sie recht, das amerikanische Volk will keinen Krieg!*), daß das amerikanische Volk friedensliebend ist; und wenn das Volk Amerikas friedensliebend ist, dann muß es auch die demokratische Regierung Amerikas sein, die wie ein Pendel nach der Stimmung der Öffentlichkeit reagiert und ausschlägt. (*Zustimmung. — Abg. Olah: Nicht so wie in Ungarn! — Abg. Koplénig: Wenn es so wäre, dann hätte es noch nie einen Krieg gegeben!*) Hohes Haus! (*Anhaltende Zwischenrufe.*)

Präsident Böhm (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte um Ruhe! Der Redner kann sich doch nicht verständlich machen.

Abg. Dr. Koref (*fortsetzend*): Es ist also eine Lüge, daß in Westösterreich aufgerüstet wird, und dazu ist eigentlich nichts mehr zu sagen, aber der Herr Abg. Koplénig weiß recht gut, wieviel dutzende Divisionen, bis an die Zähne bewaffnet und modernst ausgerüstet, Sowjetrußland heute zur Verfügung stehen. Wenn der Herr Minister Dr. Gruber hier erklärt hat, daß die Zahl der sowjetischen Divisionen die der Divisionen der sogenannten Atlantikmächte bei weitem übertrifft, dann glaube ich, daß dies eine absolut objektive und richtige Feststellung ist. (*Abgeordneter Koplénig: Der „Stimme Amerikas“!*) Der Herr Abg. Koplénig möge sich einmal genau orientieren, was Sowjetrußland zum Zweck der kriegerischen Aufrüstung aus der Wirtschaft der sogenannten Satellitenstaaten herausholt. Ich verweise hier auf das Ausschinden der Arbeitskräfte in den Uranbergwerken der Tschechoslowakei, ich verweise auf die Arbeitszwangslager, auf die Konzentrationslager, deren es in Sowjetrußland und in den von ihr abhängigen Staaten viele, viele Dutzende gibt. (*Abg. Koplénig: So schauen Sie aus: Ein typischer Agent des Kalten Krieges!*) Dem armseligen Friedensgewinsel der Herren Fischer und Konsorten schenken wir weiter keinerlei Gehör. (*Abg. Weikhart: Der russische Schuhfetzen! — Zwischenrufe und Gegenrufe.*)

Wenn der Herr Abg. Fischer heute die Sondernummer von „Collier's“ zitiert hat, dann scheint er nicht zu wissen, daß in Amerika Pressefreiheit herrscht und daß dort ausgiebig davon Gebrauch gemacht wird, jene Pressefreiheit, die natürlich in Sowjetrußland und in den ihm hörigen Staaten nicht existiert, ja von der dort gar keine Rede sein kann. (Abg. Koplénig: *Nein, für Kriegshetzer gibt es keine Pressefreiheit in Rußland! Wir sind nicht für die Pressefreiheit für Kriegshetzer!*) Das, was in „Collier's“ Sonderheft niedergeschrieben wurde (Abg. Koplénig: *Wir sind auch nicht für die Freiheit solcher Hetzer, wie Sie einer sind!*), ist die Ausgeburt einer spekulativen, privatkapitalistischen schriftstellerischen Phantasie, wie sie manchmal auch bei Herrn Ernst Fischer vorkommt; sie ist das Produkt kaufmännischer Spekulation, wie sie auch dem Globus-Verlag der Kommunisten in Wien nicht völlig fremd ist. (Heftige Zwischenrufe.)

Hohes Haus! Abenteuerromane und spekulative Zukunftsgemälde hat es seit eh und je gegeben. Von Grimmelshausens „Simplizius Simplizissimus“ und „Schelmuffsky“ bis zu den jüngsten Publikationen des Herrn Ernst Fischer existiert diese Phantasie- und Lügenliteratur, und sie wird auch in Zukunft nicht zu verhindern sein. Das ist eine spezifisch amerikanische Sensationsmache, die mit dem amerikanischen Militär und mit der amerikanischen Regierung überhaupt nichts zu tun hat. Es gibt ja auch sehr primitive kommunistische Produkte. Ich brauche hier nur auf die verschiedenen Leitartikel in der österreichischen kommunistischen Presse zu verweisen, wo sich die Phantasie auch oft in sehr tollen und extravaganten Formen auslebt. Diese phantastischen Ausgeburten sind zwar oft sehr widerlich, aber sie sind zugleich auch gefährlich. Freilich, der denkende, der kritisch veranlagte Mensch nimmt sie nicht ernst, aber es gibt ja leider auch Menschen, die über ein weniger kritisches Denkvermögen und weniger kritische Urteilskraft verfügen und daher unter Umständen Gefahr laufen, dieser Sensationsmache auf den Leim zu gehen. Das unehrliche Pathos des Herrn Fischer wird uns jedenfalls nicht sehr gruseln machen. (Abg. Frühwirth: *Er will Pfeifendeckel beim Marschall Koplénig werden! — Heiterkeit.*)

Herr Ernst Fischer hat heute wörtlich erklärt: Österreich ist immer tiefer in den internationalen Gefahrenkomplex hineingeraten, und es wird immer tiefer in die Problematik der Weltaufrüstung hineingezogen!

Wenn das der Fall sein sollte, dann gewiß ohne jedes Verschulden der österreichischen Re-

gierung und der österreichischen Volksvertretung. Wenn das der Fall ist, dann ist es durchaus auf das unselige Wirken und auf das Konto der Kommunistischen Partei Österreichs zurückzuführen, die eben keine Partei Österreichs, sondern einfach eine Befehlsempfangsstelle der Kominform und Moskaus ist. (Zustimmung bei SPÖ und ÖVP.)

Der Vorwurf, das österreichische Parlament habe einseitig für Amerika Stellung genommen und tue das weiter, ist ebenfalls unrichtig. Richtig ist freilich, meine Herren von der Linksfront, daß uns das amerikanische Volk in schwerer Zeit wirksam geholfen hat. (Beifall. — Abg. Koplénig: *Wem wurde geholfen? — Abg. Weikhart: Auch Ihnen! — Zwischenrufe und Gegenrufe. — Präsident Böhm gibt das Glockenzeichen.*) Herr Kollege Koplénig! Hunderte von Rauchfängen und Schloten würden in diesem Staat nicht rauchen und Hunderte von Rädern würden sich nicht drehen und nicht surren, wenn wir nicht in schwerster Zeit die Marshall-Hilfe empfangen hätten, um jene Maschinen ersetzen zu können, die uns im Wege der Demontage hier in der Ostzone entzogen worden sind. (Zustimmung bei den Regierungsparteien. — Erregte Zwischenrufe. — Abg. Weikhart: *Der Hehler ist ärger als der Stehler!* — Abg. Koplénig: *Die Semmeln haben die österreichischen Arbeiter schwer verdient! Wir haben nichts geschenkt bekommen!*)

Präsident Böhm (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe, meine Herren! (Heftige Zwischenrufe. — Abg. Honner: *Ihr seid die Kettenhunde der Kapitalisten!* — Abg. Koplénig zu den Sozialisten: *Die anderen haben das Fleisch bekommen, und ihr freßt die Knochen der Kapitalisten!*) Meine Herren, wie soll sich der Redner verständlich machen! (Abg. Frühwirth: *Ganze Linksfront, kehrt euch!* — Abg. Koplénig: *Die einen essen die Marshall-Knochen und die anderen das Marshall-Fleisch!*)

Abg. Dr. Koref (fortsetzend): Der Herr Abg. Fischer hat in gewohnt demagogischer Weise davon gesprochen, die Sowjetunion habe in Paris einen Abrüstungsvorschlag eingereicht, der von den Westmächten brüsk abgelehnt worden sei. So viele Worte, so viele Lügen! Die Westmächte haben verlangt, daß die Abrüstung in allen Staaten, die in Frage kommen, von Organen der Vereinten Nationen zu kontrollieren sei, und diesen in der Natur der Sache begründeten, selbstverständlichen Vorschlag hat die Sowjetunion bisher abgelehnt. (Abg. Koplénig: *Aber zuerst hat Amerika das Verbot der Atombombe abgelehnt!*)

Der Herr Abg. Fischer hat ferner behauptet, England und Amerika müßten aus wirtschaftlichen Gründen aufrüsten. Auch das ist eine alte, aufgewärmte Lüge. Wir konnten uns heuer selbst davon überzeugen und haben es aus einer Reihe amtlicher Daten und Statistiken sowie aus den Aussagen mancher Industrieller erfahren, daß die militärische Rüstung der Vereinigten Staaten ungefähr 20 bis 25 Prozent der industriellen und gewerblichen Kapazität ausmacht. Das amerikanische Volk wäre in Wahrheit glücklich, wenn auch diese 20 oder 25 Prozent der industriellen und gewerblichen Produktion zur Hebung des Lebensstandards des amerikanischen Staatsbürgers verwendet werden könnten, obwohl dieser Lebensstandard mindestens sechs- bis achtfach so hoch ist wie der Lebensstandard des Arbeiters oder Angestellten in der Sowjetunion.

Der Herr Abg. Fischer hat hier mit dem ihm eigenen verdächtigen Pathos feierlich erklärt: Wir sind für die volle Souveränität Österreichs! Abg. Fischer möge einmal zusammen mit den Herren seiner Partei den Mut aufbringen und möge den heißen Wunsch des gesamten österreichischen Volkes nach dieser Souveränität an der richtigen Stelle zum Ausdruck bringen! (*Starker Beifall bei den Regierungsparteien.*) Jedenfalls weiß das österreichische Volk, daß das Zustandekommen des österreichischen Staatsvertrages bisher trotz der, mehr als 260 Sitzungen, die stattgefunden haben, auf das laufende „Njet“ der sowjetrussischen Vertreter zurückzuführen ist, jenes Wörtchen „njet“, das in den Sprachschatz des österreichischen Volkes eingegangen ist (*Abg. Koplénig: Durch Ihre „Stimme Amerikas“!*) und das noch in Jahrhunderten eine traurige Erinnerung an diese traurige Zeit sein wird.

Abg. Fischer hat hier erklärt, auch die sowjetrussische Militärmacht habe schon hier in Wien gelegentlich Wohnungen freigegeben, die österreichische Regierung habe aber niemals von dieser Freigabe publizistisch Gebrauch gemacht. Auch das ist eine Lüge. Es wäre spielend leicht, den Herrn Abg. Fischer an Hand der offiziellen Nachrichten eines Besseren zu belehren. Auch die jüngst erfolgte Räumung zweier Wiener Gemeindebauten und des Arbeiterheims in Favoriten ist der Bevölkerung Österreichs bekanntgegeben worden.

Hohes Haus! Ich möchte aber noch ein Wort zu der angeblichen Aufrüstung, der Errichtung von Flugplätzen und Militärschießplätzen und dergleichen in den westlichen Zonen Österreichs sprechen. Ich möchte den Herrn Abg. Fischer nur an das Wort Döllersheim und an die Leiden der Kurstadt Baden erinnern. Dann möge er es wagen, nochmals

hierher zu treten und von einer Aufrüstung in der Westzone zu sprechen!

Ich kann dem Abg. Fischer mitteilen, daß es in Oberösterreich einen Flugplatz gibt, den Flugplatz Hörsching bei Linz, der in amerikanischer Verwaltung steht. Die amerikanische Flugplatzverwaltung ist an die Gemeinde Linz herangetreten und hat anlässlich der Errichtung von Fluglinien der holländischen KLM, der jugoslawischen JAT sowie der Swissair der Stadt Linz ohne weiteres den Vorschlag gemacht, den Ramp Service, den Flugplatzdienst, zu übernehmen. Wir haben uns an die Bundesregierung um die diesbezügliche Unterstützung gewendet. Jeder Österreicher, der über eine Flugkarte verfügt, kann jederzeit den Militärflugplatz in Hörsching betreten, weil die amerikanische Militärverwaltung eben nichts zu verbergen hat.

So, verehrte Anwesende, Damen und Herren, sieht also das Lügengewebe des Herrn Abg. Fischer in Wahrheit aus. (*Zwischenrufe beim Linksblock.*) Und wenn er behauptet, Österreich unternehme nichts gegen die intensiven Kriegsvorbereitungen, so möge die heutige Debatte ihm den Beweis dafür liefern, daß wir in aller Offenheit über diese Dinge sprechen, und er möge bei einiger objektiver Erwägung darüber nachdenken, auf welcher Seite in Wahrheit die intensiven Kriegsvorbereitungen stattfinden. (*Abg. Frühwirth: Das kann ein Pharisäer nicht!*) Es sind einfach dummste, lächerliche Behauptungen, die der Herr Abgeordnete bewußt hier zum Ausdruck brachte. (*Abg. Ernst Fischer: Es ist euch aber sehr auf die Nerven gegangen! Eure Nerven reißen fast!*)

Ich darf wohl mit Zustimmung des Hohen Hauses — und das weiß der Herr Abg. Fischer ebensogut — sagen, daß es kaum ein Land auf dieser Erde gibt, das so total und restlos abgerüstet wurde und abgerüstet hat wie die Bundesrepublik Österreich, in der es wohl Polizei und Gendarmerie gibt, die Ihnen freilich sehr zuwider ist, aber nicht einen einzigen Soldaten. Daß wir die Verpflichtung haben, Polizei und Gendarmerie entsprechend auszurüsten, Herr Abg. Fischer, das haben die Ereignisse vom Oktober vorigen Jahres uns, dem Parlament und der Regierung gezeigt. (*Abg. Ernst Fischer: Herr Dr. Gruber hat schon gesagt, wie das war! — Abg. Koplénig: Das müssen Sie den Arbeitern in Linz und Steyr erzählen! — Abg. Honner: Das wäre für die Betriebsratswahlen sehr günstig! Schade, daß Sie das nicht ein paar Tage vor den Betriebsratswahlen gesagt haben!*)

Ebenso verlogen ist die Behauptung des Abg. Fischer, daß wir eine systematische

2490 67. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 6. Dezember 1951.

Hetze gegen die Sowjetunion betreiben. Ich möchte hier mit Nachdruck feststellen: Wir achten jede Regierungsform, die sich ein Volk in freier Wahl gegeben hat oder gibt. Wir können auch gegen eine Regierungsform nichts unternehmen, die einem großen, unglücklichen Volk aufgezwungen ist. (*Abg. Ernst Fischer: Ist das keine Hetze gegen die Sowjetunion?*) Wir enthalten uns jeder wie immer gearteten Einmischung in die Verhältnisse eines anderen Landes. Wir haben aber auch das Recht, dasselbe für uns zu beanspruchen, weil wir uns auch das Recht der freien Kritik nicht beschneiden und nehmen lassen.

Wir sind uns klar darüber: Machtpolitisch stehen wir zwischen zwei Staatengruppen. Militärisch sind wir hilflos, sind wir ohnmächtig. Und diese Tatsache verpflichtet uns zu strikter Neutralität (*Abg. Koplénig: Ihre Neutralität!*), verpflichtet uns zu dem Grundsatz der Nichteinmischung. Aber ich möchte das namens meiner Partei unterstreichen, was der Herr Außenminister Doktor Gruber heute hier erklärt hat: Wir fühlen uns zu Europa gehörig, zu dem Europa, das die abendländische Kultur zu verfechten und zu verteidigen hat. (*Starker Beifall bei SPÖ und ÖVP. — Abg. Honner: Die amerikanische Lynchjustiz, den Boogie-Woogie! — Abg. Koplénig: Die hat der Hitler auch schon verteidigt! — Abg. Honner: Den „perfekten Mörder“! — Präsident Böhm gibt das Glockenzeichen.*) Ideologisch lehnen wir jede Form der Diktatur ab, lehnen wir jede Art von Totalitarismus entschieden ab. Hohes Haus! Das Ideengut des demokratischen Sozialismus — diese Behauptung wage ich in aller Feierlichkeit von dieser Stelle aus aufzustellen — ist der mächtigste Wall in diesem Staat und weit über seine Grenzen gegen jedes volksdemokratische Experiment. (*Starker Beifall bei der SPÖ. — Abg. Koplénig: In England hat es zu Churchill geführt! — Lebhaftige Zwischenrufe und Gegenrufe.*)

Präsident Böhm (*das Glockenzeichen gebend*): Meine Herren! Ein bißchen mehr Ruhe!

Abg. Dr. Koref (*fortsetzend*): Wir wären Narren, wenn wir in der Sowjetunion nicht eine Großmacht ersten Ranges anerkennen würden, aber das Prinzip der Nichteinmischung dürfen wir auch für uns in Anspruch nehmen. Infiltrationsmethoden volksdemokratischer Art abzulehnen ist unser gutes Recht, und in diesem Recht und in diesem Bestreben sind wir von der überwältigenden Mehrheit des österreichischen Volkes gedeckt. (*Abg. Honner: Aber ihr werdet immer weniger! — Lebhaftige Zwischenrufe des Abg. Horn.*)

Präsident Böhm: Herr Abg. Horn! Beim Wort ist ein anderer Redner! (*Abg. Frühwirth: Die Liliputaner sind es ja nicht wert, daß man soviel über sie redet! — Heiterkeit.*)

Abg. Dr. Koref (*fortsetzend*): Wir haben wiederholt einen feierlichen Appell an die Welt gerichtet, man möge endlich das in Moskau gegebene feierliche Versprechen einhalten, das man Österreich und seiner Bevölkerung gemacht hat. Ja, wir verlangen auch heute wieder — und werden es auch in Zukunft tun — mit aller Offenheit und mit allem Mut, daß uns endlich die Souveränität, und zwar die volle und vorbehaltlose Souveränität, gegeben werde. Wir verlangen, daß die Besatzungstruppen endlich Österreich verlassen, und zwar die Besatzungstruppen jeder Couleur. Wir wollen es nicht haben, daß zum Schluß die Besatzungstruppen einer bestimmten Couleur zurückbleiben, denn damit würde das österreichische Volk wahrhaftig noch weniger Freude haben. Es muß also der gleichzeitige Abzug aller Besatzungstruppen erfolgen. (*Abg. Koplénig: Daß sie das Gegenteil tun, ist eure Demagogie! — Heftiger Widerspruch bei den Regierungsparteien. — Abg. Olah: Euch sollen sie mitnehmen, damit ihr glücklich seid im „Paradies“! — Unruhe.*)

Die Einheit des Landes haben wir mit unendlich viel Liebe, großen Opfern und mit bewunderungswürdiger Geduld hergestellt. Die Einheit des Bundesstaates Österreich ist das Hauptprinzip unserer Innen- und Außenpolitik, und darin lassen wir uns nicht irremachen. Die Außenpolitik Österreichs — mag sie auch noch so bescheiden und zurückhaltend sein — muß auf eine möglichst breite Grundlage gestellt werden, um in der Bevölkerung eine entsprechende Resonanz zu finden. Das ist wichtig, das ist, Herr Minister, eine *Conditio sine qua non*. Wir würden es sehr begrüßen, wenn der Herr Außenminister Dr. Gruber hier im Hause über seine Reisen und über seine Gespräche mit maßgeblichen Staatsmännern öfter Bericht erstatten würde. Wir würden es sehr begrüßen, wenn auch der Außenpolitische Ausschuß durch eine entsprechende Reform der Geschäftsordnung aktiv gemacht werden könnte, denn es ist notwendig, daß die österreichische Bevölkerung über die Prinzipien unserer Außenpolitik unterrichtet und belehrt wird. (*Zustimmung bei den Sozialisten.*)

Wir finden es sehr begreiflich, daß der Herr Außenminister häufig Reisen in die Weltstädte unternimmt. Wir haben es begrüßt, daß er in Paris mit Harriman, Wyszinski, Eden und anderen mächtigen und einflußreichen Staatsmännern Zwiesprache gehalten hat. Wir glauben aber, daß er hier

darüber Bericht erstatten sollte, damit wir die österreichische Bevölkerung — wie schon erwähnt — über die Grundzüge unserer Außenpolitik informieren und uns eine einheitliche Basis für unsere außenpolitische Tätigkeit schaffen können. Hohes Haus! Je breiter diese Basis ist, desto eher werden wir dazu gelangen, unsere berechtigten Wünsche vorzubringen und schließlich auch durchzusetzen. Und wenn es gelingen sollte, die überwältigende Mehrheit des österreichischen Parlamentes auf eine außenpolitische Linie, unter Verzicht auf die Mitwirkung des linken Flügels, zu einigen, dann, glaube ich, wäre dem österreichischen Volk ein ganz großer Dienst erwiesen!

Über den Staatsvertrag ist schon viel die Rede gewesen. Der Herr Vizekanzler Doktor Schärf hat auf dem Parteitag meiner Meinung nach mit vollem Recht erklärt, daß manche Bestimmungen des österreichischen Staatsvertrages durch die Tatsachen längst überholt sei, daß beispielsweise die Ablöse des Deutschen Eigentums in der Form eines uns schwer belastenden Betrages von 150 Millionen Dollar seitens der in Frage kommenden Staatsmacht längst schon um ein Vielfaches aus der österreichischen Wirtschaft herausgeholt wurde (*lebhaft Zustimmung bei der Sozialistischen Partei*), daß deshalb einzelne oder viele Bestimmungen des Staatsvertrages gewiß nicht nach unserem Geschmack sind und wir uns auch darüber im klaren sind, daß sie uns schwere Lasten auferlegen.

Hohes Haus! Der Ruf nach dem Staatsvertrag ist berechtigt, weil das österreichische Volk keinen sehnlicheren, keinen intensiveren und stärkeren Wunsch hat, als endlich seine Freiheit, seine volle Handlungsfreiheit, seine volle Souveränität wiederzuerlangen. Es ist heute hier der Platz, das Verlangen nach Wiederherstellung der Souveränität in alle Welt hinauszurufen.

Schließlich sei mir gestattet, noch einige ganz kurze Bemerkungen zu schwebenden außenpolitischen Problemen zu machen. Die Südtiroler Frage hat noch immer keine befriedigende Lösung gefunden. Das sosehr begrüßte Pariser Abkommen läßt in seiner Durchführung viel zu wünschen übrig. Die Autonomie, die Rücksiedlung, die Sprachenfrage, die Gemeindevahlen und manche andere Fragen sind noch offen und belasten begreiflicherweise die Stimmung unserer braven Nordtiroler, mit denen wir ja solidarisch sind. Vielleicht bringt die Begegnung unseres Bundeskanzlers mit dem italienischen Ministerpräsidenten De Gasperi, die im August dieses Jahres, glaube ich, stattgefunden hat, schließlich doch auch in dieser Hinsicht gute Früchte. Die

vor kurzem erfolgte Erneuerung und Erweiterung des Sonderabkommens zwischen Österreich und Italien, betreffend den Warenverkehr zwischen Südtirol und unseren Bundesländern Tirol und Vorarlberg, hat schließlich manchen Erfolg gebracht.

Die so begrüßenswerte Besserung der Beziehungen zwischen Österreich und Jugoslawien, der offizielle Verzicht Jugoslawiens auf kärntnerisches Gebiet hat eine ganz beträchtliche Entspannung weit über die Grenzen Österreichs hinaus, ja ich kann sagen, europäischen Maßstabes mit sich gebracht. Die Frage des österreichischen Eigentums in Jugoslawien wird hoffentlich in einer erheblich gebesserten Atmosphäre auch zu lösen sein.

Es wäre auch noch manches über den Osthandel zu sagen, über die Außenhandelspolitik, über unsere Vertretung in handelspolitischer Hinsicht im Ausland. Ich glaube, daß aber dazu noch bei einem anderen Kapitel Gelegenheit sein wird.

Hohes Haus! Abschließend möchte ich feststellen: Die Sozialistische Partei Österreichs verfolgt mit dankbarer Aufmerksamkeit und mit größtem Interesse die Außenpolitik unserer Regierung. Sie begrüßt die Bemühungen, Österreich in den Europarat einzuschalten, und ebenso die Bemühungen Österreichs, als gleichberechtigtes Mitglied in die Vereinten Nationen aufgenommen zu werden, gutnachbarliche Beziehungen nach allen Seiten zu pflegen, Einmischungen abzuwehren und den Abschluß eines Staatsvertrages herbeizuführen, um die volle Freiheit und Souveränität des Landes zu erzielen.

Die Sozialistische Partei Österreichs verlangt größere Publizität der österreichischen Außenpolitik, Mehrung und Verbesserung der Handelsverträge und Mitarbeit am Werke des Friedens, weil kein größeres Unglück über unser Volk, über unsere Heimat, über den ganzen Kontinent und über die ganze Menschheit überhaupt hereinbrechen könnte als ein dritter Weltkrieg.

Österreich bekennt sich in seiner überwältigenden Mehrheit zu den Prinzipien echter Menschlichkeit und wird in allen Situationen heiß bemüht sein, einen tunlichst großen Beitrag zur Sicherung der Freiheit und des Friedens zu leisten. Die Sozialistische Partei Österreichs wird ihre historische Mission erfüllen.

In seinem verwegenen „Offenen Brief“ an den englischen Schriftsteller John Boynton Priestley schreibt Ernst Fischer in jener Sprache, die — er möge mir verzeihen, wenn ich seine eigenen Worte gebrauche — „zum Gemeinplatz wird, auf dem die Frechheit

2492 67. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 6. Dezember 1951.

mit der Dummheit tanzt“, von der Geisteskrankheit des Antikommunismus. Hohes Haus! Wir hoffen, daß an dieser von Fischer als Geisteskrankheit bezeichneten geistigen Widerstandskraft, daß an diesem erfolgreichen Antitoxin (*Zwischenrufe beim Linksblock*) die Welt vom Kommunismus genesen wird, von jener Form eines Pseudosozialismus, die die Welt mit der Geißel der Unfreiheit, der Gleichschaltung, der seelischen, geistigen, kulturellen und materiellen Versklavung und Vermassung bedroht! (*Abg. Ernst Fischer: Die Welt wird kommunistisch! Sie können überzeugt sein!*) Der Verhinderung dieses unsagbaren, in seinen Konsequenzen nicht absehbaren Unglücks haben wir über allesonstigen politischen, wirtschaftlichen und weltanschaulichen Differenzen hinweg unsere ganzen gemeinsamen Kräfte zu widmen, nicht zuletzt auch auf dem außenpolitischen Sektor. Wir leben nun nicht in einer splendid isolation. So etwas gibt es heutzutage nicht mehr. Wir leben im Gegenteil inmitten eines gewaltigen Kräfte- spiels, eines gigantischen Machtkampfes, vielleicht des gigantischsten Machtkampfes überhaupt, den die Weltgeschichte registriert.

Ich möchte mit der Feststellung schließen: In dieser schweren und schicksalhaften Situation finden wir Ernst Fischer und seine Konsorten nicht an unserer Seite! (*Abg. Ernst Fischer: Nein!*) Daher ist der Aufruf an den nationalen Widerstand seitens des Herrn Abg. Fischer völlig deplaciert. Er gehört in sein berüchtigtes Arsenal von Lügen, von Heuchelei und von gleisnerischen Methoden. (*Beifall bei den Sozialisten. — Lebhaftige Rufe und Gegenrufe. — Präsident Böhm gibt wiederholt das Glockenzeichen.*)

**Abg. Dr. Strachwitz:** Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist heute eine Atmosphäre in diesem Raum, die mehr und mehr die Überzeugung aufkommen läßt ... (*Abg. Dr. Gorbach: Nur weiterreden!*), daß der Gegenstand, der zur Debatte steht, mit Recht die Gemüter aller Abgeordneten bewegt. Und wenn mir der Abg. Dr. Gorbach die Aufforderung zum Weiterreden übermittelt, so hoffe ich, daß der Grund nicht darin gelegen ist, daß die Uhr bereits eine vorgerückte Stunde anzeigt; denn ich kann Ihnen versichern, daß ich gar nicht lange zu diesem Thema sprechen werde.

Ich habe mich hier zum Wort gemeldet, weil ich tief beeindruckt bin von dem Pathos, mit dem hier Dinge vorgetragen worden sind, die jetzt von meinen Vorrednern wohl in sehr harter Weise zurückgewiesen wurden, die aber doch eine bestimmte atmosphärische Spannung in diesem Saal hinterlassen haben.

Wir haben uns heute den ganzen Nachmittag de facto mit einer Fraktion auseinandergesetzt, von der immer behauptet wird, daß sie eine Lächerlichkeit ist. Ich bedauere es, daß ich den Namen Fischer sooft in dieser Debatte heute hören mußte. Ich bin bei Gott nicht sein Freund, und ich glaube, ich stehe auch nicht im Verdacht, seinen Aspirationen zu huldigen. Aber man macht sie ja hier selbst zu mehr, als sie sind, und das, was sie hier aufführen, ist die Methode dieser Gruppe, daß sie nämlich dort, wo sie nichts darstellen, durch Geschrei den Gegner einzuschüchtern versuchen. Das ist die Methode, mit der letzten Endes der internationale Kommunismus alle Staaten sturmreif machen will, was letzten Endes der Staat, die Sowjetunion, selbstverständlich von sich aus offiziell nicht macht. Diese Unterscheidung ist wertvoll und notwendig. Dem internationalen Kommunismus, dem Kominformismus in unserem Lande absolut die Stirn zu bieten ist daher unsere Aufgabe.

Ich bedauere es aber, daß in diesem Zusammenhang die Alliierten wieder in einer Weise zitiert worden sind, die ich nicht begrüße. Ich glaube, auch hier stehe ich nicht im Verdacht, der Freund der einen oder der anderen Besatzungsmacht zu sein. Wenn mir Dr. Migsch gestern zugerufen hat: „Die Alliierten sind eine Realität!“, so weiß ich, daß diese Realität besteht. Es ist aber meiner Meinung nach diesen Alliierten gegenüber viel zuviel an Verbeugungen geschehen. Ich will das mit einem einzigen Satz beweisen.

Die entscheidenden Fragen der österreichischen Innenpolitik, die Fragen, die die heute noch in unserem Lande bestehende Ungleichheit zum Gegenstand haben, die Fragen, die mit mächtigen Vermögensverschiebungen zu tun haben, alle diese Fragen wurden unter dem außenpolitischen Aspekt behandelt, daß ihre Behandlung angeblich die Voraussetzung für den österreichischen Staatsvertrag sei. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser österreichische Staatsvertrag, der die Voraussetzung für die Freiheit dieses Landes wäre, ist trotz der Demütigkeit und trotz dem Folgewillen der damaligen verantwortlichen Männer nicht zustandegekommen. Ich gestehe es, daß eine oder die andere Besatzungsmacht mehr Verschulden daran hat, der Erfolg ist aber letzten Endes in der Politik allein ausschlaggebend, und wenn wir heute, sieben Jahre nach der Befreiung oder Besetzung — heute ist der Ausdruck Besetzung moderner geworden —, wenn wir also heute, sieben Jahre nach der Besetzung, wieder um den Staatsvertrag überhaupt rechten, so muß uns doch irgendwie klar werden, daß Grundsätze

der Politik zumindest nicht so richtig gehandhabt worden sind, wie sie letzten Endes gehandhabt hätten werden müssen.

Es werden hier Debatten, die von grundsätzlicher Bedeutung sind, in einer Atmosphäre abgeführt, die wohl in einem ehelichen Zwist möglich sein soll. Aber zeichnete es nicht die österreichische Diplomatie seit Jahrhunderten aus, daß sie mit Verstand, Überlegung, Tradition und geschichtlichen Kenntnissen geführt wurde?

Um diese Grundlagen hat man sich im Jahre 1945 nicht bemüht. Man hat damals gegen diese Grundlagen verstoßen, weil man dem Haßgefühl Lauf gelassen hat. Wir leben nun einmal hier in einem Raum, der ein geschichtlicher und traditioneller ist, und diesen Grundlagen wird daher auch die Außenpolitik Rechnung tragen müssen.

Auch hier nur ein Beispiel: Wie haben wir damals unsere Brüder, die aus den Ländern gekommen sind, mit denen wir jahrhundertlang einen Staat gebildet haben, behandelt? Wie haben wir das Volksdeutschenproblem gelöst? Das ist kein Problem von lästigen Ausländern, sondern es ist ein Problem dieses Raumes, und es ist ein Problem unserer österreichischen und europäischen Sendung. Und wie haben wir die Beziehungen zu einem Land vergiftet, mit dem letzten Endes der Nationalismus gerade so viel und so wenig zu tun hatte wie mit unserem? Wie haben wir die diplomatischen Beziehungen vergiftet durch das Deutsche Eigentum und durch verschiedene Gehässigkeiten, die sonst noch passiert sind? Ich erspare es mir, hier ins Detail einzugehen.

Man kann aber nicht gegen die Grundlagen einer Politik verstoßen, ohne bestraft zu werden. Und ich glaube, wir sind bitter bestraft worden; denn wir sind das einzige Land, das befreit wurde, und wir sind das einzige Land, das noch denselben Status hat wie 1945. Und wir sind ein Land, das letzten Endes in einem Zustand lebt, von dessen atmosphärischer Stimmung die heutige Parlamentsdebatte Ausdruck gegeben hat.

Es steht mir nicht zu, und ich will es auch nicht, über alles, was geschehen ist, zu richten und zu rechten. Ich will aber nur auf die Grundlagen und Grundsätze zurückkommen. Grundlagen und Grundsätze gehören in die Politik, nicht das Weiterwursteln oder das Glauben an Versprechungen, die dann eben doch nicht eingehalten werden.

In diesem Zusammenhang nun einige kleine Detailfragen: Was hier über die Alliierten gesagt wurde, beschämt mich tief. Es ist eine Schande, daß wir heute noch eine Besatzung

haben und daß diese Besatzungen in unsere eigenen und ureigensten Rechte eingreifen. Aber mit dem Reden ist hier nicht gedient, und ich habe so den Verdacht, daß man eine Polizeizensur, eine Zensur unserer Telephone auch dazu verwendet, um Gespräche abzu hören, die manchem, der hier im Hause sitzt, nicht sehr genehm sind. Ich kenne diese Methoden und ich kenne die Apparate, die zur Verfügung stehen, damit solche Gespräche und Unterhaltungen Politikern zugänglich gemacht werden, die nicht immer Alliierte sind. Ich bedauere es, daß wir noch eine Post- und Briefzensur haben, aber ich bedauere es auch, daß sich der Nationalrat erst heute, nach sieben Jahren, entschlossen hat, diese Beamten einfach nicht mehr zu bezahlen. Eines darf ich dazu sagen: Auf die Dauer wird auch in der Politik nur der Mutige Erfolg haben! Mut gehört nun einmal dazu, wenn wir in einer Entwicklung stehen, in der eine Welt in Aufruhr geraten ist. (*Abg. Dr. Gorbach: „Mut zeigt auch der Mameluck“!*) Daher: „Gehorsam ist des Christen Schmuck“, Herr Dr. Gorbach!

Ich möchte nach diesen allgemeinen Worten nun noch zu einem Spezialproblem kommen, das mich als Bewohner eines Grenzlandes besonders interessiert, eines Grenzlandes, das gewohnt war und ist, mit seinen Nachbarn in einem guten Verhältnis zu leben, und wo insbesondere seine Bewohner von einem guten oder schlechten Verhältnis zum Nachbarstaat wirtschaftlich und auch politisch Vor- und Nachteile haben. Ich will aber dann noch weiter gehen und zum Grundsätzlichen kommen, zum österreichischen Staatsvertrag.

Ich denke hier zunächst an die Grenzbevölkerung Steiermarks und an die Entschließung, die der Ausschuß der Bundesregierung vorgelegt hat, wonach sie ersucht wird, beschleunigte Verhandlungen mit Jugoslawien herbeizuführen, die eine Regelung der Besitzverhältnisse der österreichischen Doppelbesitzer im jugoslawischen Grenzgebiet zum Ziele haben. Das kann aber nur ein sehr bescheidener Anfang sein; denn nachdem Österreich-Ungarn im Jahre 1919 zerschlagen war, hat der Friedensvertrag, den uns die Alliierten wahrlich auch nicht geschenkt haben, nicht die Enteignung des gesamten österreichischen Auslandsbesitzes gefordert. Jetzt war, in den Staatsvertragsverhandlungen der österreichische Auslandsbesitz, obwohl wir offiziell befreit sind, aufgegeben, er wurde nicht von uns gefordert, sondern es wurde ein Geschenk gegeben und nicht dagegen Stellung genommen. Hier ist schärfster Protest einzulegen. Dr. Reimann hat es schon gesagt: Was aufgegeben ist, was uns die anderen mit Gewalt nehmen, dagegen können wir uns heute nicht wehren! Aber selber aufgeben ist eine

2494 67. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 6. Dezember 1951.

Handlung wider den Auftrag, den die Bevölkerung der jetzigen Regierung gegeben hat. Ich appelliere daher an den Herrn Außenminister, gegen diese Aufgabe österreichischen Vermögens einzutreten und alles zu unternehmen, damit dieser Artikel 45 des Staatsvertrages verschwindet.

Es ist aber auch noch vieles andere im Staatsvertrag nicht so, daß wir es heute, nach sieben Jahren, unterschreiben könnten. Die Zeiten haben sich sehr rasch geändert. Es ist heute nicht mehr so, daß wir alle die Härten einschließlich wirtschaftlicher Natur, die auch die Westmächte in diesen Staatsvertrag hineingenommen haben und die sie zum Teil durch österreichische Gesetze im Inneren schon vorweggenommen haben, akzeptieren müssen, während wir uns andererseits nicht mehr getrauen, Gesetze zu machen, weil wir den Staatsvertrag vielleicht vorwegnehmen könnten. Ich erinnere hier nur an verschiedene auch in der Österreichischen Volkspartei laufende Gespräche über die Rückstellungsgesetzgebung.

Im großen und ganzen ist zu sagen: Die österreichische Außenpolitik ist selbstverständlich auf Grund der internationalen Lage und auf Grund unserer Halbsouveränität dadurch gekennzeichnet, daß wir in großen Dingen nichts mitzusprechen haben. Wir dürfen aber unser Recht nicht aufgeben, und wir haben auch die Möglichkeit, zu protestieren und uns vorzubereiten auf die Aufgaben, die unserem Lande einmal noch — und davon bin ich überzeugt — wieder erwachsen werden; denn wenn wir an die Zukunft glauben wollen, dann kann diese schreckliche, diese greuliche Übergangszeit nur eine Übergangszeit sein, und wenn wir wieder eine Zukunft haben wollen, dann muß unsere Politik wieder mit Verstand

und klarer Überlegung und in dem Bewußtsein geführt werden, daß wir in einem Raum leben, dem wir gerecht zu werden haben, daß wir aus einem Volke stammen, das in der Führung der Politik und Diplomatie hunderte Jahre hindurch tonangebend und in seiner Art beispielhaft war.

Ich bin nun mit meinen Ausführungen zu diesem Punkt am Ende.

Ich gestatte mir, noch kurz auf eine Rede des Herrn Abg. Tončić zu replizieren. Der Herr Abg. Dr. Tončić hat es in seinen Ausführungen für notwendig befunden — während der Herr Abg. Dengler sich nur durch Zwischenrufe ausgezeichnet hat —, eine sachliche und von mir sehr fair geführte Debatte ins Persönliche zu bringen. Ich habe nicht vor, Dinge, die persönlich sind und von denen ich Kenntnis habe, in diesem Hause zu verwerten. Ich muß mich aber dagegen verwahren, daß man es auch nur versucht, mich in meiner Ehre anzugreifen, besonders wenn das von einem Mann geschieht, dem letzten Endes die Ritterlichkeit auf Grund seiner Familie, Erziehung und Bildung ein Gesetz seines Handelns sein müßte.

Präsident **Böhm**: Wir brechen nun die Verhandlungen ab.

Die nächste Sitzung berufe ich ein für morgen, Freitag, den 7. Dezember, 11 Uhr, mit der Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über die Gruppe III und Behandlung der Gruppen IV und V.

Ich mache darauf aufmerksam, daß um die Mittagszeit die Abstimmung über die Gruppen I und II stattfinden wird.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluß der Sitzung: 18 Uhr 55 Minuten.**